E 2814

# MENSCHEN MACHEN MEDIEN

Medienpolitische ver.di-Zeitschrift Nr. 02/05 Jahrgang 54

ver.di

## dju-Debatte in Berlin: PR und Journalismus

## Eingriff in die Rundfunkfreiheit

### Öffentlich-rechtliche Anstalten in der Strukturdebatte

Foto: Petra Dreßler

**Dach des ARD-Hauptstadtstudios**

# inhalt

## titelthema rundfunkfreiheit


8 **Gebühr als Knebel der Politik?**
Von Günter Herkel

10 **Beschädigtes Verfahren**
Gerd Nies, Jurist und ehemaliges Bundesvorstandsmitglied von ver.di zu verfassungsrechtlich unzulässigen Eingriffen in die Rundfunkfreiheit

11 **ARD und ZDF im Visier der EU**

12 **Harakiri bei Radio Bremen**
ARD-weit einmaliges Outsourcing mit drastischen rundfunkpolitischen Folgen

13 **Reform mit Blick auf Europa**
Der öffentlich-rechtliche Rundfunk muss Grenzen überdenken


## aktuell


5 **Welle der Hilfsbereitschaft**
Gewerkschaft ruft zu weiteren Spenden auf

15 **Springer entzieht sich Tarifbindung**

15 **Manteltarifvertrag für Zeitschriftenredakteure**

15 **Neuer Internetauftritt des Presserats**

15 **CinemaxX zu keiner Einigung bereit**

15 **Netzwerk Presseclubs gegründet**


## porträt


6 **Eine Ehre, die Erste zu sein**
Inge Schneider: Editorin aus Leidenschaft mit eigenem Stil


## kolumne


7 **Viel zu spießig?**
Jugendliche sind ganz anders, als die Medien glauben


## rubriken


4 Briefe an M
39 Service / Seminare / Kontakte
40 Impressum
41 Leute / Preise


## journalismus


16 **Journalismus auf dem gesponserten Lotterbett?**
Debatte um Glaubwürdigkeit und Unabhängigkeit der Berichterstattung auf dem 18. Journalistentag der dju

19 **Buchrezension: Die Abrechnung**

20 **Arbeit ohne Maß und Ende**

21 **Mehr als graue Theorie**
Erfolgreiche Medienmacher mussten sich Fragen des Nachwuchses stellen

22 **Ratzfatz erziehen – die Kamera hält drauf**
Fünf Millionen sahen die Super Nanny am Bildschirm

23 **Kaputt sparen**
Landesmedientag der dju in Hessen und Rheinland-Pfalz / Saar zu journalistischer Qualität


## recht


24 **Enteignung verhindern**
Urheber haben von der neuen Novelle nichts Positives zu erwarten

25 **Statt Amtsgeheimnis mehr Transparenz**

25 **Aktuelle Urteile zum Urheberrecht**


## print


26 **Interessenvertreter über Ländergrenzen hinaus**
Mehr Europäische Betriebsräte trotz schwieriger Zusammenarbeit in Gründung

27 **Kein Anschluss unter dieser Nummer**
Redakteur trotz gewonnenem Prozess ins „Exil" getrieben

28 **Zeitungseinerlei**
Hamburg braucht eine neue Tageszeitung, meinen Journalisten

28 **Verlagsgenossenschaft gibt Zeitung heraus**

28 **Rottweiler Zeitung durch Bürgerengagement**


## rundfunk


30 **Teleheimarbeit im ZDF**
Debatte entfacht über Chancen der Arbeit von Zuhause aus

31 **Tariferhöhung bei RTL für 2005 vereinbart**

31 **Rundfunkorchester München vor der Auflösung?**

32 **Eskalation im RBB**
Runder Tisch soll Wogen glätten

33 **Digitales Kino kommt**
Initiative „Dokuzone" mit Akteuren der alternativen Filmwirtschaft


# pro &

## Notwendige Journalistenpreise

**Von Roland Stahl** | Journalisten als „Wächter der Demokratie" stellen sich nur ungern vergleichenden Betrachtungen oder einem Qualitätsranking ihrer Arbeit. Noch viel weniger mögen sie Kritik an ihren Berichten oder Bewertungen. Von daher ist es verständlich, dass viele Journalisten Preisauszeichnungen kritisch gegenüber stehen. Zweifelsohne gibt es viele Preise, die von den Stiftern, insbesondere wenn es sich um Unternehmen handelt, zur eigenen Öffentlichkeitsarbeit eingesetzt werden. Warum auch nicht? Denn die Tatsache, dass solche Preise zum Instrumententool der Öffentlichkeitsarbeit eines Unternehmens gehören, heißt nicht, dass sie „schlecht" sind oder der Instrumentalisierung der berichtenden Zunft dienen.
Zum einen stecken Budgets und Ausgaben dahinter. Von daher ist es nur legitim, dass die Preisstifter ihre Verleihungen auch vermarkten. Noch wichtiger aber ist: Die Preisverleihungen greifen einen Umstand auf, der mit der schneller werdenden Medienwelt leider immer häufiger um sich greift: Die handwerkliche journalistische Arbeit lässt – nicht immer, aber immer öfter – deutlich zu wünschen übrig. Längst ist es nicht mehr selbstverständlich, dass das grundlegende Rüstzeug des journalistischen Handwerks beherrscht wird. Der gleiche negative Trend ist bei der Trennung von Bericht und Kommentar festzustellen. Sogar in Artikeln von Nachrichtenagenturen verschwimmen schon mal die Stilformen und fließen persönliche Wertungen der Autoren ein. Ärgerlich auch: Konkurrenz- und Zeitdruck verführen immer mehr zur ungeprüften Übernahme von Zahlen, Behauptungen und Scheinfakten. Die Qualität der journalistischen Arbeit stimmt einfach in vielen Fällen nicht mehr.
Von daher sind Journalistenpreise eine höfliche Aufforderung, wieder handwerklich sauber zu arbeiten. Nur so werden Medien ihrer in einer Demokratie notwendigen Wächterfunktion genügen können. Journalistenpreise sind keine öffentlichkeitswirksamen Auszeichnungen unkritischer Berichte, sondern rücken die Qualität medialer Arbeit in den Vordergrund. Und das ist gut so! Wenn es fast ausschließlich handwerklich gut gemachte Artikel geben würde, ja dann wären Preisverleihungen tatsächlich überflüssig. So aber muss es doch zu denken geben, dass offenbar sachlich korrekte, inhaltlich kritische oder gar wirklich investigative Berichte so selten und somit auffällig geworden sind, dass sie sogar ausgezeichnet werden.

*Dr. Roland Stahl, Pressesprecher und Leiter der Abteilung Kommunikation der Kassenärztlichen Bundesvereinigung (KBV), absolvierte ein klassisches Tageszeitungsvolontariat.*

# editorial


**34 Unsichtbare Kunst sichtbar machen**
„film+". Forum für Filmschnitt und Montagekunst
**34 Filmrezension: Olga Benario, ein Leben für die Revolution**
**35 Neue trotzige Dokfilm-Rebellen**


## *internationales*


**36 Bereicherung der Gesellschaft**
Türkischsprachige Medien haben sich in Deutschland etabliert
**37 Aktion für Víctor Manuel Ulín Hernández, Mexiko**
**38 WAZ im Osten**
**38 53 Journalisten starben 2004**


## Zeit zum Nachdenken

Jahreswechsel sind Zeiten des Rück- und Ausblicks. Diesmal waren und sind es Tage der Emotionen, der Nachdenklichkeit – angesichts der Katastrophe in Südasien. Auch Kollegen starben, 200 werden vermisst (S. 5). Vergleichbar gering die Probleme in Deutschland und dennoch für einige existenzbedrohend: die gegenwärtige Politik der deutschen Steuermänner. Wie spiegeln die Medien diese Wirklichkeit in all ihren Facetten, beleuchten Hintergründe und enthüllen das nicht für jeden Einsehbare, widersetzen sich Abhängigkeiten, üben aber auch Selbstkritik? Fragen, die sicher noch vieler Diskussionen bedürfen, ehe befriedigende Antworten gefunden werden. Für den öffentlich-rechtlichen Rundfunk bricht mit Strukturreformen eine Zeit der besonderen Herausforderung an, der Umgang mit Gebührengeldern steht mehr denn je auf dem Prüfstand, nicht zuletzt durch den europäischen Blick auf das deutsche Rundfunksystem. (Titelthema S. 8–14; RBB S. 32)
Nicht nur in dem rankt sich vieles um journalistische Qualität. Deshalb ist es an der Zeit, verstärkt und öffentlich darüber nachzudenken. Interessante Anstöße lieferte der Journalistentag der dju im November, bei dem die Glaubwürdigkeit des Journalismus, seine Unabhängigkeit oder eine Einbettung in die PR im Mittelpunkt standen (S. 16-19). Unstrittig auch in dieser Veranstaltung mit 200 Teilnehmern: der Zusammenhang zwischen den Arbeitsbedingungen von Journalistinnen und Journalisten und der Qualität der Medien. Dabei ist der Faktor Zeit eine entscheidende Größe. Zeit für Recherche, Zeit für Gründlichkeit und Kreativität; Freizeit, um wieder aufzutanken. Die Intensität der Arbeit ist größer geworden, Fremdtätigkeiten rauben Zeit für die eigentliche Profession. Eine wissenschaftliche Studie bestätigt diese Erkenntnis.(S. 20–21)
Wieviel kostet Zeit für journalistische Arbeit? Sind die Unternehmen noch bereit, dafür zu bezahlen? (S. 23)
Ein Thema jedweden Tarifstreits, jedweder Strukturveränderung in der Verlagsbranche und jedweder Verhandlungen um „angemessene Vergütungen" für freie Journalistinnen und Fotografen. Den Urhebern bringt der von der Politik vorgelegte Gesetzentwurf nichts Positives (S. 24–25). Die ver.di-Betriebsgruppe im ZDF fand es an der Zeit, eine Debatte um Teleheimarbeit, deren konkrete Chancen und Risiken, anzuregen (S. 30). Zeit zum Lesen und Nachdenken mit der ersten 2005er M wünscht

*Karin Wenk,*
*verantwortliche Redakteurin*

Foto: Christian von Polentz / transit

**dju-Journalistentag in Berlin: Zeit für Gespräche**

# contra

## Unkalkulierbare Nebenwirkungen

**Von Gisela Sonnenburg** | Man könnte jubeln, man könnte so glücklich sein: Immer mehr Journalisten- und Medienpreise werden vergeben. Da fällt viel ab vom Gönnertisch der Stiftungen, Firmen und Verbände: von klitzekleinen Mini-Ehrungen bis hin zur veritabel-lukrativen Großauszeichnung. Die gilt der Fachwelt mehr als Examina oder Zeugnisse. Zum ehrenvollen Beispiel: Egon-Erwin-Kisch-, Grimme-, Wächter-Preis. Wer so einen hat, ist anerkannter 1-A-Supersahne-Journalist, von geprüfter Güte. Scheinbar gerecht, das Gewinner-Karussell.
Warum aber profitieren meist diejenigen vom Preis-Roulette, die ohnehin die größte Reichweite, den höchsten Verdienst, die stärkste Rezeption, die besten Bedingungen haben: Hochbezahlte Autoren von Spiegel, Stern, Geo oder Zeit sahnen oft ab; nur selten trifft es „Ärmere". Und wehe dem, der politisch geschmäht wird – oder zu kleinauflagig vorgeht: Wer beim Neuen Deutschland, dem Holsteiner Landboten oder Radio Regional schuftet, mag zwar für vergleichsweise wenig Geld gute journalistische Ergebnisse erzielen. Aber fette Preise?
Oft steckt auch noch ein kapitales Problem dahinter: Preisverleiher – ob Pharmakonzerne, Kirchen, Parteien oder Karnickelzüchter – müssen ihr eigenes Wohl im Blick haben. Es ist raffinierter Lobbyismus, wenn sie Preise verteilen: Je wichtiger die Preisempfänger, desto mehr blühen die Spender auf. Eine Imagepolitur mit hohem Nutzen bei geringen Kosten: Kaum eine Maßnahme macht so schnell so einseitig positiv bekannt wie eine Preisvergabe. Der Auslober erhält viel freundliche Aufmerksamkeit – und beifälliges Nicken der Medien. Ein harmloses Beispiel: Früher wusste kaum ein Journalist, dass es die Bundestierärztekammer gibt. Sie hob vor der Einführung des Euro die Tierarzt-Honorare drastisch an. Und spendierte 2000 Euro Preisgeld, damit Journalisten „Verständnis für den tierärztlichen Beruf" wecken. Die Folge: Jetzt sind sogar journalistische Tierhasser an der Thematik interessiert. Nicht nur schön: Etwaige Missstände in Praxen werden gerne übersehen.
Auf solchem und auf anderem Weg: Medienpreise haben unkalkulierbare Nebenwirkungen. Sie sind Wunschmaschinen und beeinflussen die öffentliche Meinung stärker, als sie wollen und sollen. Das ist gefährlich. Zumal ständig die Versuchung lockt, im Hinblick auf Preislorbeer bestimmte Dinge zu veröffentlichen und andere nicht. Ehrlicherweise dürfte es nur Preise für PR geben – denn PR ist der geheime Zweck jeder Verleihung.

*Gisela Sonnenburg, studierte Philosophin und Kulturkritikerin, arbeitet als freie Journalistin in Berlin.*

# briefe an «m»

**Wir freuen uns über Briefe.
Vor allem über kurze.
Wir wollen möglichst viele
zu möglichst vielen Themen
erhalten und abdrucken.
Manchmal müssen wir
Leserbriefe kürzen.
Wir bitten um Verständnis.**

ver.di Bundesverwaltung
Karin Wenk, «M»-Redaktion
10112 Berlin
Telefon: (030) 69 56 23 26
Fax: (030) 69 56 36 76
E-Mail: karin.wenk@verdi.de

## Mechanismen nennen

**„Hochmut und Niedergang?"
in «M» 12 / 2004 – 01 / 2005**

Wer einem Feuilleton der „Rezensionen, die Lust auf ein Konzert, ein Buch, einen Film" machen, das Wort redet, sollte nicht schweigen von den Mechanismen, die dort zum Tragen kommen: die zunehmend unklare Abgrenzung gegenüber redaktionell gewandeter PR-Arbeit, die tendenziell ins Korrupte changierenden Netzwerke von Abhängig- und Gefälligkeiten, in denen sich insbesondere (aber nicht nur) freie Autoren solcher Textformen gegenüber den Anbietern und Herausgebern der zu besprechenden Kulturgüter befinden. Zuzustimmen ist auch dem Einwand des Kollegen Peter Korfmacher (Leipziger Volkszeitung), was die besondere Problemstellung abseits der drei, vier relevanten (bzw. sechs, sieben relevant sich wähnenden) Blätter im Lande angeht.

Mir – sei es als Leser, sei es als gelegentlich für Feuilletons Arbeitender – erscheint ein am eigenen Anspruch sich dann und wann überhebendes (im weitesten Sinne) „politisches Feuilleton" allemal gebotener als eines, das sich mit besseren Einkaufsempfehlungen begnügt, wahrscheinlich macht es am Ende auch schlicht die Mischung aus. Wer indes Anstoß daran nimmt, dass – so es denn überhaupt stimmt – „Vom Zahnersatz zu ökologisch bedenklichen Bremsbelägen, vom Schmelzen der Polkappen bis zu Geschlechtskrankheiten der Sänger im 17. Jahrhundert … kein Gegenstand … von irgendwie kulturkritischer Betrachtung verschont" bleibt, stellt damit wenig mehr unter Beweis als den eigenen, durchaus engstirnigen Begriff von der Kultur selbst; diese findet demnach nur auf Sprech- oder Tanztheaterbühnen statt, zwischen Buchdeckeln oder – aber nur, wenn es denn unbedingt sein muss – auf silbernen Ton- oder Datenträgern.

*Alexander Diehl, Hamburg, per Mail* ■

## Neoliberale Larve enthäuten

**Zweifelhafte Botschafter"
in «M» 12 / 2004 – 01 / 2005**

Ein investigativer Bericht über die Initiative Neue (keine) soziale Marktwirtschaft war längst überfällig. Es spricht für ver.di, zu den Ersten zu gehören, die sich mit dem obskuren Netzwerk auseinandersetzen. Eines darf aber nicht übersehen werden. Bei den Machern handelt es sich nicht um Idealisten, die das Gemeinwesen nach einer Ideologie verbessern wollen, sondern lediglich um kalte Lobbyisten, die kurzfristig Gelder zu ihren Gunsten umverteilen möchten. Deshalb reden sie unter anderem den Standort Deutschland schlecht und bekämpfen so auf ihre Weise das Wirtschaftswachstum. Die beste Gegenwehr ist, die neoliberale Larve einfach zu häuten und deren Thesen mit der Realität zu konfrontieren. So sind die meisten Vorzeigeprojekte mindestens einmal bereits gescheitert: die Gesundheitskopfpauschale in der Schweiz, Studiengebühren in Italien und die Schaffung neuer Arbeitsplätze durch Steuergeschenke in der Ära Helmut Kohl!

*Rasmus Ph. Helt, Hamburg, per Mail* ■

## Alles ein bisschen und nichts richtig

**„Lottokönig und Wiedschäj"
in «M» 12 / 2004 – 01 / 2005**

Es hat mich bei dem Artikel „Lottokönig und Wiedschäj" doch etwas überrascht, das der Autor Werner Donat einerseits (berechtigterweise!) über Video-Journalisten lästert, andererseits aber den Ausbildungsberuf zum „Mediengestalter Bild und Ton", „der entscheidend von den gewerkschaftlichen Vertretern geprägt wurde", lobend erwähnt – gerade diese Ausbildung, bei der die Azubis alles ein bisschen und nichts richtig lernen, ist die perfekte Grundlage für die spätere Arbeit als Video-Journalist!

*Hans-Jürgen Schmitz, Darmstadt, per Mail* ■

## Technik für einfache Veröffentlichungen

**„Blogs sind kein Journalismus"
in «M» 12 / 2004 – 01 / 2005**

Holger Wenks Behauptung, Blogs seien kein Journalismus, ist etwa so sinnvoll wie zu sagen, Redaktionssysteme seien kein Journalismus. Weblogs sind erst einmal eine Technik, die es ihren Betreibern so einfach wie nie zuvor möglich macht, zu veröffentlichen. …

Blogs, so Wenk, hätten den Ausgang der US-Präsidentschaftswahl nicht so gut vorausgesehen wie traditionelle Medien und Wettbüros. Die Blogs als Gesamtheit? Einzelne ausgewählte? Mit welchen Mitteln hätten sie es tun sollen? Haben sie (wer ist das überhaupt: Sie?) behauptet, dass sie es könnten? Müssen sich Blogger, weil sie unter Umständen Trends auf ihrem Fachgebiet früher erkennen als traditionelle Medien, von nun an daran messen lassen, ob sie Wahlausgänge vorhersagen können? Schon hier verlässt Wenk den Boden einer nachvollziehbaren Diskussion, weil er nur behauptet, nichts belegt und erst recht nicht begründet, was er damit sagen will. Aber es kommt noch besser.

Wenk schreibt weiter: „Ein subjektiver Blogger ist nur sich selbst verpflichtet, hat nichts zu verlieren – außer seinem Selbstwertgefühl." Und seiner Glaubwürdigkeit, möchte ich hinzufügen, so wie „traditionelle" Medien auch. Nur, dass er erst gar keinen Vorschuss hatte und sich in einem Meer anderer Stimmen einen herausgehobenen Platz erst erkämpfen muss, um wahrgenommen zu werden. Ganz im Gegensatz zum Journalisten, der nach Wenks Ansicht seinen Job verliert, wenn er nur seinem Gefühl folgt, nur seine Meinung wieder gibt. Es sei denn, diese von keinen Fakten untermauerte Meinung gibt die von der Redaktionsleitung ausgegebene These wieder, die es zu untermauern gilt.

„Ist also jeder Laie berufen, journalistisch eine Art Gegen-Öffentlichkeit zu schaffen? Mitnichten! Journalisten in einer demokratischen Gesellschaft sind dazu berufen, möglichst objektiv- oder entsprechend nachvollziehbarer Kriterien der Medienbesitzer (Tendenz) – die Realität widerzuspiegeln." Oh jeh, … Über Objektivität verliere ich besser gar kein Wort; vielleicht hat er einfach nicht bemerkt, dass dieses Konstrukt in seriösen Diskussionen über Journalismus nichts zu suchen hat. …

*Matthias Spielkamp, Berlin, per Mail* ■

*Der hier wiedergegebene Brief ist aus Platzgründen um mehr als die Hälfte gekürzt. Aber er kann im Netz gelesen werden, ebenso wie die darauffolgende Diskussion in verschiedenen Blogs, die vor Beschimpfungen und Beleidigungen gegenüber dem Autoren und «M» nur so strotzen. Schade! «M» will mit Pro & Contra Debatten um Probleme des Berufsstandes anregen. Dabei wird in der kurzen Kommentarform völlig legitim zugespitzt. Sachliche Kritik und engagiertes Streiten sind gefragt und erwünscht. Diese Chance wurde hier offenbar verschenkt.*

*Die Redaktion* ■

# Welle der Hilfsbereitschaft

Die verheerende Katastrophe in Südasien hat nicht nur Millionen Menschen in der Region betroffen, sondern auch Medien und Journalisten. Wie die indonesische Alliance of Independent Journalists (AJI) berichtete, sind mindestens 36 AJI-Mitglieder in Banda Aceh und Umgebung betroffen: Drei Journalisten sind tot, acht werden noch vermisst. AJI-Generalsektretär Nezar Patria verlor allein 20 Verwandte durch die Tsunami. In der gesamten Region werden nach Angaben der Internationalen Journalisten-Föderation IFJ 200 Kolleginnen und Kollegen vermisst.

Besonders betroffen hat die Flutwelle die indonesische Zeitung „Serambi Indonesia“, berichtet das Komitee zum Schutz von Journalisten (CPJ). Die Redaktionsräume wurden völlig zerstört, 80 Mitarbeit werden weiter vermisst und es sei zu befürchten, dass sie tot sind. In den 90er Jahren gegründet, gilt die Zeitung als unabhängige Stimme aus der Konkfliktprovinz. Mehrfach wurde sie Opfer von Einschüchterungen und Gewalt durch die indonesischen Sicherheitskräfte wie durch die GAM-Rebellen.

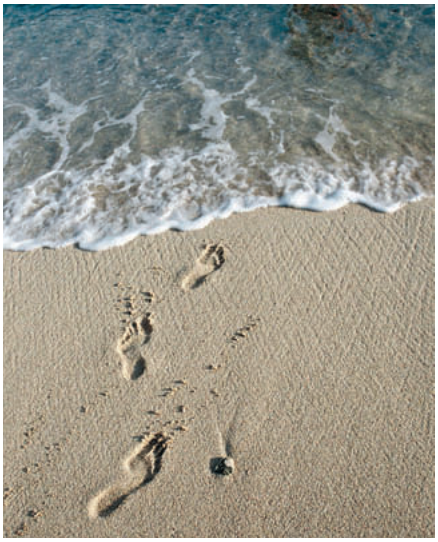

Foto: Ilja Hendel / VISUM / buchcover.com

Nach einem Hilferuf von AJI hat die IFJ bislang 18.000 € an Spenden für die betroffenen Journalisten und ihre Familien bereitgestellt. Weitere Spenden nimmt der IFJ Safety Fund entgegen.

**www.ijf.org** *how* ■

## Gewerkschaften rufen zu weiteren Spenden auf

Die Vorsitzenden der DGB-Gewerkschaften und des DGB haben in einem gemeinsamen Appell dazu aufgerufen, für die Opfer der Flutkatastrophe in Südostasien zu spenden. Der DGB-Vorsitzende Michael Sommer sagte Anfang des Jahres in Berlin: „Die Menschen in den betroffenen Ländern brauchen jetzt alle Unterstützung, um wieder Hoffnung schöpfen zu können. Jede Spende trägt dazu bei, die Not der Überlebenden zu lindern.“ Der Deutsche Gewerkschaftsbund hatte bereits am 28. Dezember 50.000 Euro vom gewerkschaftlichen Spendenkonto „Gewerkschaften helfen“ überwiesen. Darüber hinaus sollen nun alle Spendengelder, die unter dem Stichwort „Seebeben“ eingehen, für Unterstützungsaktionen vor Ort eingesetzt werden. Im Internet wird der DGB regelmäßig über die Verwendung der Mittel berichten, unter www.dgb.de ■

**Spendenkonto:**
**SEB Düsseldorf,**
**Konto-Nr. 1 756 906 400, BLZ 300 101 11,**
**Stichwort „Seebeben“.**

Anzeige

Fotos: Jürgen Seidel

# Eine Ehre, die Erste zu sein

## Inge Schneider: Editorin aus Leidenschaft mit eigenem Stil

**Von Ulla Lessmann** | „Ich wußte schon seit meinem 13. Lebensjahr, dass ich Cutterin werden wollte." Inge Schneider weiß, dass das ein ungewöhnlicher Berufswunsch war, eigentlich sollte sie Zahnärztin werden wie der Großvater. „Vielleicht war mein Name Programm", lacht sie. Mit 13 sah sie im Kino – „ich war ständig im Kino" – einen Bericht über den Beruf des Filmschneidens und „da wußte ich, das will ich machen". 44 Jahre später hat Inge Schneider, deren Berufsbezeichnung nicht mehr Cutterin, sondern Editorin lautet, im Rahmen des Kölner Forum für Filmschnitt und Montagekunst, „film+", (s. Seite 34 – 35) als Erste den neuen Preis für die beste Montage eines Kinodokumentarfilms bekommen, den das Kulturwerk der VG Bild Kunst mit 7.500 € ausgestattet hat. Inge Schneider, ein äußerst bescheidener und branchenuntypisch zurückhaltender Mensch, ist stolz und gerührt: „Das ist eine große Ehre, als Erste einen Preis zu bekommen, der eine Leistung würdigt, die normalerweise nicht so beachtet wird."

Auch wenn die zierliche Frau aus Berlin nicht gerne im Mittelpunkt steht, ihrer herausragenden Schnittkunst ist sie sich bewußt. „Ich setze mich auch gegen den Regisseur durch, wenn ich an eine bestimmte Montage glaube." Mehr als sechs Monate hat sie für jenen Film am Schneidetisch verbracht, für den sie nun ausgezeichnet wurde: „Die Spielwütigen" von Andres Veiel. In der Langzeitdokumentation begleitete der Regisseur über sieben Jahre vier junge Schauspieler auf dem Weg in ihren Traumberuf. Inge Schneider liebt den Dokumentarfilmschnitt. „Beim Spielfilm hat man ein Drehbuch und ist ziemlich festgelegt. Dokumentarfilme zu montieren ist viel kreativer, es gibt höchstens ein Exposé, man weiß nicht, was herauskommt, der Film entsteht am Schneidetisch. Erst dort entwickelt sich die gesamte Dramaturgie. Und es gibt eine viel intensivere Zusammenarbeit mit dem Regisseur."

### Sensible, sinnliche Montage

Die Editorin, die in der DDR aufwuchs, an der HFF in Babelsberg zur Schnittmeisterin ausgebildet wurde und 1978 in den Westen kam, lebt bei einer solchen Produktion „ganz mit dem Film. Ich träume nachts davon." Sie spricht von der „Leidenschaft", mit der sie ihren Beruf ausübt, eine Hingabe, deren Ergebnis die Jury des Schnitt-Preises Dokumentarfilm überzeugte: „Inge Schneider gelingt mit ihrer Montage ein Meisterwerk, das in einem großen erzählerischen Bogen vier Jugendliche in ihrer Entwicklung begleitet. Durch die sensible und sinnliche Montage vermittelt sich darüber hinaus ein Bild von Menschen, die alles dafür geben, um ihren Traum zu verwirklichen. Es ist eine reife, intelligente Leistung, die den Film zu einem emotionalen und mitreißenden Erlebnis macht." Herbert Schwering, Kölner Film-Produzent und Mitglied der Jury, beeindruckte, mit welchem Respekt die vier Protagonisten gleichwertig im Film behandelt werden, „das ist eindeutig eine Editorinnenleistung". Regisseur Andres Veiel würdigte Schneiders „Feingefühl für seismographische Momente" und ihre Fähigkeit zu „permanenter Selbstkritik". Eine Montage, die eine eigene Handschrift erkennen läßt, ist selten, Schneider glaubt, ihre sei durchaus sichtbar: „Ich mag beispielsweise keine Off-Töne und keine Kommentare, das ist mein Stil." Gerade hat sie einen Dokumentarfilm von Judith Keitel und Antje Kruska fertig montiert, die dritte Arbeit für diese Regisseurinnen, auch den ersten Film von Veiel über die Schauspielschüler von 1997, „Drei von Tausend", hat sie geschnitten. Sie schätzt eingespielte Zusammenarbeit und ist froh, gefragt zu sein. „Der Markt wird härter, für junge Leute wird es schwerer. Viele Filmemacher wollen keine Schnittassistenten bezahlen, die dürfen das Material digitalisieren und das war es dann." Sie versucht, wo es geht, ihre immense Erfahrung weiterzugeben, bei „Die Spielwütigen" konnte sie ihren Assistenten André Nier mitbringen und „in den Schaffensprozess einbinden". Von der Kunst der Montage wird sie nicht lassen, solange sie kann. „Ich hatte nie das Bedürfnis, irgendetwas anderes zu machen." ■

### Kölner Dokfilmfestival „Jenseits der roten Teppiche"

Mit Thea Eymèsz (Bild) wurde auf dem Kölner Dokfilm-Festival auch die Editorin der frühen Fassbinder-Filme für ihr Lebenswerk geehrt. Preiswürdig fand die Jury ebenfalls Andrew Birds Schnitt von „Gegen die Wand" von Fatih Akin, was dem Engländer und Partner Akins in zahlreichen Produktionen seit 1996, den mit 7.500 € dotierten Preis der Filmstiftung NRW einbrachte. „Sein Rhythmus ist es", befand die Jury, „der den Übergang von Selbstzerstörung zu unbedingtem Lebenswillen gestaltet und so den enormen emotionalen Sog des Films wesentlich mitverantwortet." (Siehe Seite 33)

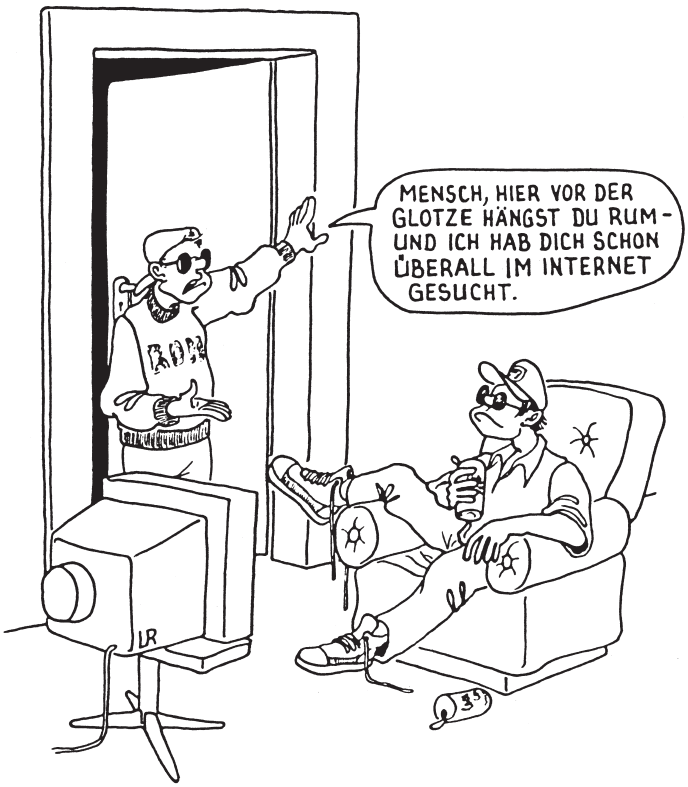


Abb: Reinhold Löffler

# Viel zu spießig?

## Jugendliche sind ganz anders, als die Medien glauben

**Von Tilmann P. Gangloff** | Fernsehen für die „Kids?“ Ist doch einfach: Ganz egal, was man zeigt, Hauptsache, der Mann (oder die Frau) an der Kamera schwankt wie ein Seebär bei heftiger Dünung. Bei zufällig zuschauenden Älteren führt derlei zwar leicht zu Symptomen von Seekrankheit, doch die Aufmerksamkeit der Jugendlichen lässt sich nun mal nicht anders wecken. Tja, falsch gedacht. Nach gründlichen Diskussionen mit 370 Menschen um die 16 war den Mitarbeitern des Internationalen Zentralinstituts für das Jugend- und Bildungsfernsehen (das IZI ist eine Einrichtung des Bayerischen Rundfunks) klar: Fernsehjournalisten haben von den konkreten Erwartungen Jugendlicher an die Medien nur eine höchst diffuse Vorstellung. Dies ist das Fazit des Projekts „Journalismus mit Jugendlichen für Jugendliche“, einer Studie, die das IZI gemeinsam mit der Bundeszentrale für politische Bildung durchgeführt hat.

Nun war man ja bei ARD und ZDF auch bisher schon nicht mit Blindheit geschlagen, schließlich sprechen die Zahlen eine unmissverständliche Sprache: Das Fernsehen ist für Jugendliche zwar ebenso ein Leitmedium wie für alle anderen, aber öffentlich-rechtliche Informationsprogramme ignorieren sie mit fast schon wieder bewundernswerter Konsequenz; selbst wenn sie, was selten genug vorkommt, direkt angesprochen werden. Aus früheren Studien ist bekannt, dass Jugendliche die Präsentationsform der Beiträge langweilig finden und sich für Nachrichten kaum interessieren. Sie ziehen ganz eindeutig Boulevard-Magazine wie „Explosiv“ (RTL) oder „Blitz“ (Sat.1) vor. Die Befragungen im Rahmen des IZI-Projekts zeigten nun, dass ihr Interesse wächst, wenn die Beiträge „an ihre eigene Alltagswelt anschließen“.

Zur Überraschung der Forscher wünschen sich die Jugendlichen nicht nur eine klare Strukturierung der Beiträge, sie kritisieren auch die modische Bildgestaltung: „Dynamische Kameraführung, stark bewegte Hintergründe und ungewöhnliche Kameraeinstellungen, die von den Autoren als besonders frische Elemente eingesetzt wurden, kamen bei den Jugendlichen nicht gut an“, heißt es in einem ersten Entwurf des Berichts. Auch von den Beiträgen in Jugendmagazinen erwarten die jungen Zuschauer in erster Linie Information: „Der Unterhaltungswert und ästhetische Aspekte spielen eher eine untergeordnete Rolle“. Spätestens jetzt ist wohl klar, dass Redakteure und Autoren von den konkreten Kriterien der Jugendlichen keine Ahnung haben.

Aus diversen Jugendstudien weiß man, dass Freundschaft, Musik, Liebe und Partnerschaft sowie Ausbildung und Beruf die großen Jugendthemen sind. Selbst bei solchen Berichten aber schalten Jugendliche offenbar ab, „wenn der Bezug zur eigenen Lebenswelt nicht deutlich wird“. Politische Themen hätten durchaus eine Chance, die Aufmerksamkeit zu erregen, wenn es den Autoren gelinge, „Jugendliche und ihre Perspektiven in den Mittelpunkt zu stellen oder ihnen zumindest Anknüpfungspunkte zu bieten“. Außerdem erwarteten sie fundierte Information: Sie „möchten meist möglichst umfassende Einblicke in ein Thema erhalten. Deshalb wird häufig kritisiert, dass nur ein bestimmter Aspekt und nicht die gesamte potenzielle Bandbreite eines Themas dargestellt wird“.

Besonders wichtig ist den jungen Zuschauern offenbar „die große Bandbreite unterschiedlicher Positionen“. Dabei wollten sie nicht nur „O-Töne“ von Gleichaltrigen, sondern auch Standpunkte von Personen mit unterschiedlichen Erfahrungshorizonten: „Auf diese Weise erhalten sie Einblicke in Denkweisen und Standpunkte, die ihnen aus ihren eigenen Erfahrungen nicht vertraut sind“. Je vielschichtiger der Kreis der befragten Personen sei, desto besser werde ein Beitrag von den Jugendlichen bewertet. Dies sei vor allem bei Themen der Fall, zu denen sie die Meinungen ausgewiesener Experten wünschten, und zwar „die gesamte Bandbreite von absoluter Zustimmung bis zu kategorischer Ablehnung“. Die Jugendlichen wollten sich als Rezipienten ihre eigene Meinung bilden und nicht das Gefühl bekommen, es werde ihnen „eine einseitige Sichtweise aufgedrückt“. Sie erwarten von den Medien einen anwaltschaftlichen Journalismus, der aber „nicht wertet, sondern unparteiisch sein Thema aufrollt“.

Interessant waren auch die Ergebnisse einer Tagung, die das IZI Anfang Dezember veranstaltete. Dabei ging es neben dem Thema „Jugend und Journalismus“ auch um die Frage, was die Altersgruppe der 12- bis 17-Jährigen von Sex im Fernsehen hält. Die verblüffende Erkenntnis: gar nichts. Jungen und Mädchen ist es offenbar am liebsten, wenn‘s bei Andeutungen bleibt und den Rest die Fantasie erledigt. Pornografie finden gerade die Mädchen widerlich, Sex in Verbindung mit Gewalt lehnen sie generell ab. Das mag vielleicht verblüffen, passt aber prima ins Bild: Möglicherweise zum Schrecken ihrer Eltern, die vor zwei Jahrzehnten noch gegen Nachrüstung und Atomkraft demonstriert haben, ist die Jugend von heute leicht spießig. „Rebellieren gegen die Eltern ist out“, stellte eine Jugendforscherin lapidar fest.

Mehr zum Thema „Jugend und Journalismus“ in der vom IZI herausgegebenen aktuellen Ausgabe der „Televizion“. Die Studie wird im Frühjahr in Buchform erscheinen. ■

# Gebühr als Knebel der Politik?

**Der Tabubruch ist da. Beim Länderkompromiss über den 8. Rundfunkänderungsstaatsvertrag wurde erstmals von der Empfehlung der unabhängigen KEF abgewichen. Nach massiven Eingriffen der Politik in die Rundfunkfreiheit scheint die Zukunft des öffentlich-rechtlichen Rundfunks fragiler denn je. Neben den innenpolitischen Gegnern machen ARD und ZDF auch die wettbewerbspolitischen Hardliner der EU-Kommission massiv zu schaffen.**

Von Günter Herkel

Foto: Stefan Boness / Ipon

**Bayerns Landesvater Edmund Stoiber (CSU) redet von einer „ganz beachtlichen Gebührenerhöhung" mit der sich die Ministerpräsidenten über die KEF-Empfehlung hinweggesetzt haben. Peer Steinbrück (rechts), Ministerpräsident in NRW (SPD) scheint ihm andächtig zuzuhören. Mit dem sächsischen Ministerpräsidenten Georg Milbradt (CDU) (Foto S. 9, links) fand Stoiber einen dritten Verbündeten.**

Monatlich zwei Gebührenеuro mehr hatten ARD und ZDF den Rundfunkteilnehmern ursprünglich abnehmen wollen, und zwar vom Jahresbeginn 2005 an. Eine zu üppige Erhöhung, befand die unabhängige Kommission zur Ermittlung des Finanzbedarfs der Rundfunkanstalten (KEF) und bewilligte 1,09 Euro, gerade mal die Hälfte. Dann aber entdeckte die SMS-Koalition der Stoiber-Milbradt-Steinbrück plötzlich ihr Herz für den krisengebeutelten Bürger und stutzte den Betrag noch einmal zusammen. Nach der zusätzlichen Minderung um 21 auf 88 Cent werden die Rundfunkteilnehmer also vom 1. April an monatlich 17,03 Euro für den Radio- und Fernsehempfang berappen müssen – vorausgesetzt, alle 16 Länderparlamente stimmen dieser Abmachung der Ministerpräsidenten bis dahin zu. Was noch keineswegs sicher ist.

Bayerns Landesvater Edmund Stoiber redete Tacheles: In Zeiten, da alle möglichen staatlichen Sozialleistungen zur Disposition stünden – von der Lernmittelfreiheit bis hin zum „Blindengeld", so der CSU-Vorsitzende Anfang Oktober bei der Verkündung des Ministerpräsidentenentscheids, sei eine „ganz beachtliche Erhöhung" der Rundfunkgebühren dem Publikum schlechterdings „nicht darstellbar". Das vorgeschobene Argument einer vermeintlichen „Sozialverträglichkeit" der verminderten Gebühr konnte indes nicht über den Tabubruch beim bisherigen System der Gebührenermittlung hinweg täuschen. Erstmals in einer Gebührenrunde haben sich die Politiker über die KEF-Empfehlung hinweggesetzt. Das bisher als – auch im europäischen Vergleich – mustergültige, weil staatsferne Verfahren der Gebührenfestsetzung wurde durch diese Intervention massiv beschädigt, die Autorität der KEF herabgewürdigt.

Selbst Stoibers rheinland-pfälzischer Ministerpräsidentenkollege und Vorsitzender der Rundfunkkommission der Länder Kurt Beck kam nicht umhin, den von ihm zähneknirschend mitgetragenen fragwürdigen Länder-„Kompromiss" als

Foto: Sven Doering / VISUM

„kunstvoll gedrechselt“ zu beschönigen. Die Behauptung des SPD-Mannes, damit „verfassungsrechtlich auf der sicheren Seite“ gelandet zu sein, traf allerdings – nicht nur bei den unmittelbar Betroffenen – auf massiven Widerspruch. Der stellvertretende ARD-Vorsitzende Fritz Pleitgen hielt es für „außerordentlich bedenklich“, dass die Berechnungen der KEF durch „politisch motivierte Überlegungen“ abgelöst worden seien. Dieser „Methodenwechsel“ könne zu einem „irreparablen Schaden“ führen. Auch DGB-Chef Michael Sommer sah nach dem Beschluss der Ministerpräsidenten die Arbeit der KEF „ausgehebelt“. Und ver.di-Vize-Chef Frank Werneke forderte die Intendanten von ARD und ZDF auf, „wegen der sonst drohenden dauerhaften Beschädigung des Verfahrens“ eine Verfassungsbeschwerde in Karlsruhe einzureichen.

## Einschnitte beim Personal

Laut Vorgabe des Bundesverfassungsgerichts darf die Politik die Gebühr nicht als Knebel zur Einflussnahme auf die Rundfunkfreiheit und die Programmautonomie instrumentalisieren. Das Vorgehen der Ministerpräsidenten läuft aber – wie die Lektüre des Achten Rundfunkänderungsstaatsvertrags nebst Protokollerklärungen belegt – in mehrfacher Hinsicht auf einen massiven Eingriff in diese Rundfunkfreiheit hinaus. Per Selbstverpflichtung wurden die Anstalten dazu verdonnert, Einschnitte in Programm- und Personalplanung hinzunehmen. Das reicht von eher kleinteiligen Punkten wie der Begrenzung der „Kinderkanal“-Sendezeiten bis hin zum Imperativ eines Personalabbaus von 550 Planstellen bei ARD und ZDF innerhalb der kommenden Gebührenperiode. Durch die Festlegung von Programmobergrenzen werde „die Entwicklung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks beschnitten und massiv in die Programmhoheit und Organisationsfreiheit der Anstalten eingegriffen“, urteilte ver.di-Vize Frank Werneke. Zudem würden die finanzwirksamen Selbstverpflichtungen per Staatsvertrag zum Bestandteil des Gebührenermittlungsverfahrens deklariert; dadurch verlören sie den bisherigen Status der Freiwilligkeit.

Ursprünglich hatte die SMS-Bande weitaus radikalere Schnitte anvisiert. Doch musste sie sich nach öffentlichem Widerstand von einigen ihrer Maximalforderungen verabschieden: etwa denen nach sofortigen „tief greifenden Stukturveränderungen in den Anstalten“ und einer deutlichen Verminderung der Programme. Jetzt erklärten sich die Länderchefs in einer Protokollerklärung geradezu großzügig bereit, „längerfristig die Programmaktivitäten im jetzigen Umfang zu finanzieren“. Das Ganze gekoppelt an eine „Überprüfung der Strukturen, technologischer Fortentwicklung“ und „Gleichwertigkeit der Versorgung“. Das alles ist stark auslegungsbedürftig und will sagen: Bestandsgarantie ja, Weiterentwicklungsgarantie eher nicht.

Immerhin ein Fortschritt gegenüber den teilweise hanebüchenen Vorschlägen der Herren Stoiber, Milbradt und Steinbrück aus dem Jahre 2003. Seinerzeit wurde unter anderem gefordert, die Kulturkanäle ARTE und 3sat zusammen zu legen. Von ARTE lässt man inzwischen die Finger, aber beim Gemeinschaftsprogramm 3sat wollen die Länder nun geprüft wissen, „ob und inwieweit“ es „auf deutscher Seite in die alleinige programmliche Zuständigkeit des ZDF überführt werden kann“. Eine kleine Kampfansage an die ARD pünktlich zum 20. Geburtstag des österreichisch-schweizerisch-deutschen Kooperationsprojekts 3sat. Das ZDF applaudierte; schließlich rückt durch diese „Anregung“ der Traum von der eigenen „Senderfamilie“ näher. Bei der ARD winkte man dagegen ab. Zwar akzeptiere man die Federführung des ZDF, bekundete SWR-Intendant Peter Voß, aber die ARD sei „gerne bei 3sat“ und wolle „auch gerne dort bleiben“. Die ARD ist erst seit 1993 Partner beim Kulturprogramm, nachdem sie – auch auf Drängen der Medienpolitik – auf ihr eigenes Satellitenprogramm Eins Plus verzichtet hatte.

Der Vorgang lässt ahnen, dass es unter dem Druck der Politik künftig zu verschärftem Konkurrenzverhalten zwischen beiden öffentlich-rechtlichen Anstalten kommen könnte. Einen ersten Vorgeschmack darauf gab die Auseinandersetzung um „Konter-Programmierungen“, die sich die Programmdirektoren Günter Struve (ARD) und Thomas Bellut (ZDF) zur Jahreswende lieferten. „Tagesthemen“ kontra „heute Journal“, Kerner gegen den ARD-Heimkehrer Harald Schmidt? Ein gefährliches Spiel, denn von einem möglichen Verdrängungswettbewerb würden vermutlich zuallererst die Privatsender profitieren. Eine Binnen-Kannibalisierung der Öffentlich-Rechtlichen käme auch jenen gelegen, die die Schwächung von ARD und ZDF zum strategischen Leitziel ihrer standortpolitisch motivierten Absichten auserkoren haben. Allen voran NRW-Landeschef Peer Steinbrück, der sich offenbar vor den Landtagswahlen im Mai 2005 als besonders privatfunkfreundlich profilieren möchte. Das „Ringen um eine Neujustierung“ des öffentlich-rechtlichen Rundfunks werde 2005 weitergehen, drohte er unlängst an. Die Diskussion über einschneidende Strukturveränderungen „völlig unabhängig von irgendwelchen Gebührenrunden“, so Steinbrück, müsse dem Ziel dienen, ARD und ZDF durch „Konzentration auf ihren Kern“ zukunftsfähig zu machen.

## Erhöhte Kostentransparenz

Einige der Forderungen Steinbrücks wie die nach „erhöhter Kostentransparenz“ oder nach kritischem Hinterfragen von Aktivitäten wie Beratung, Datenbanken, Partnervermittlung und Product Placement könnte sicher auch jeder brave Gewerkschafter unterschreiben. Gemessen

an bisherigen Kahlschlag-Szenarien von Steinbrück & Co. drängt sich allerdings eher das Bild vom Wolf im Schafspelz auf. Steinbrücks lobender Hinweis auf das Sanierungsbeispiel der BBC, die kürzlich unter der Losung „more value for money“ einen Stellenabbau von zehn Prozent oder 2.900 Stellen angekündigt hat, wurde vom scheidenden ARD-Vorsitzenden Jobst Plog denn auch als „abwegig“ zurückgewiesen. Die ARD-Sender, so Plog, hätten ihre Strukturen „sehr viel früher reformiert“ als die BBC. Erst nach dem anvisierten Stellenabbau werde die BBC im Jahr 2008 das heutige Niveau der ARD erreichen. Zudem habe die BBC im Zeitraum 2000 – 2004 eine Gebührenanpassung von 16,3 Prozent erlebt, die ARD dagegen lediglich von 9,6 Prozent.

„Konzentration auf den Kern“? Das liefe auf ein Abdrängen der Öffentlich-Rechtlichen in die Nische hinaus, in das Ghetto einer eher restriktiv definierten Grundversorgung. Es gehört wenig Phantasie dazu, sich vorzustellen, wie die Strukturveränderer bei ausbleibendem Publikumserfolg eines abgemagerten öffentlich-rechtlichen Rundfunks bald die Schicksalsfrage nach der Gebührenlegitimation stellen würden. Insofern lässt sich die Debatte eben nicht „unabhängig von irgendwelchen Gebührenrunden“ führen. Bayerns Edmund Stoiber jedenfalls sieht bereits gute Aussichten für eine Nullrunde beim nächsten Gebührenpoker, „weil so viele Strukturveränderungen in der kommenden Gebührenperiode stattfinden, dass man mit denselben Gebühren mehr machen kann“. Und sein Generalsekretär Markus Söder schwadronierte unlängst im Herrenmagazin „GQ Gentlemen‘s Quarterly“ gar von einer regional gespaltenen Rundfunkgebühr. Bayern habe schließlich die meisten Gebührenzahler. „Und wer zahlt, sollte sich auch im Programm wieder finden dürfen“, so Söder, daher könne er sich „eine gesplittete Gebühr für jedes Land“ vorstellen. Und ist‘s auch Wahnsinn, hat es doch Methode. Der Mann ist immerhin Vorsitzender der CSU-Medienkommission.

## Sparen beim Programm

Die öffentlich-rechtlichen Anstalten haben auf den von der Politik ausgegebenen Imperativ einer „Konzentration auf den Kern“ bereits reagiert. Wie zu befürchten war, trifft der Sparwille der Anstalten vor allem das Programm – es ist schlicht die flexibelste Größe im Kostengefüge der Sender. Wenn sich nach der Ratifizierung des 8. Rundfunkänderungsstaatsvertrags durch die Länderparlamente der Pulverdampf verzogen hat, wird sich zeigen, wie groß der angerichtete kulturelle Schaden ausfällt. Zugleich wird sich dann die Frage stellen, ob die Anstalten willens sind, gegen die Demontage des bislang als vorbildlich angesehenen Gebührenermittlungsverfahrens auch mit juristischen Mitteln anzugehen. Der Gang nach Karlsruhe birgt Risiken, könnte aber für Klarheit sorgen. Die Demontage der KEF spielt jenen Kräften in die Hände, die seit jeher die deutsche Rundfunkgebühr als eine Art Staatssteuer missverstanden haben. Also vor allem der EU-Kommission, die – angefeuert von deutschen Privatsendern – die unterstellte „Wettbewerbsverzerrung“ von ARD und ZDF nun umso aggressiver angreifen werden.

Sollten sich die Öffentlich-Rechtlichen nicht zu einer Klage vor dem Bundesverfassungsgericht durchringen, muss über Alternativen zum bisherigen System der Rundfunkfinanzierung nachgedacht werden. Denkbar wäre etwa eine feste Gesamtbudgetierung der Anstalten, die mit einem bestimmten Steigerungsindex gekoppelt wird. Oberstes Kriterium: Ein Verfahren, das den absurden Symbolkampf um die Gebührenhöhe der Willkür interessegeleiteter Machtpolitiker ein für alle Mal entzieht. ■

# Beschädigtes Verfahren

**Gerd Nies, Jurist und ehemaliges Bundesvorstandsmitglied von ver.di, zu verfassungsrechtlich unzulässigen Eingriffen in die Rundfunkfreiheit**

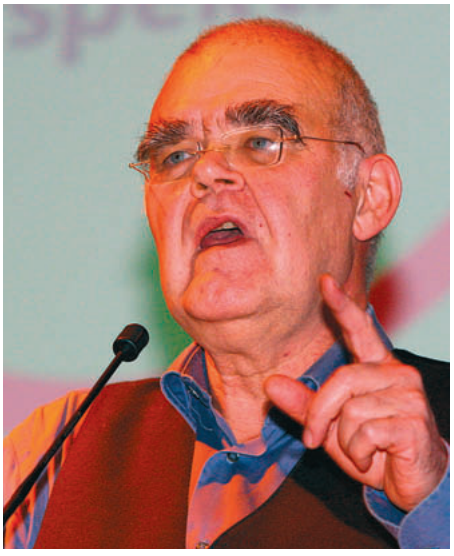

Foto: Christian von Polentz / transit

**M |** *ver.di hat den jüngsten Gebührenentscheid der Ministerpräsidenten als „massiven Eingriff in die Rundfunkfreiheit“ kritisiert. Warum?*

**GERD NIES |** Offensichtlich gibt es den Versuch der Politik, oder Teilen davon, aber in allen politischen Lagern, den öffentlich-rechtlichen Rundfunk zu schwächen. Die Öffentlich-Rechtlichen sind manchen zu unabhängig, zu selbstbewusst geworden. So gab es Stimmen im Umfeld von Stoiber, die die Schuld an der Wahlniederlage bei der letzten Bundestagswahl der Berichterstattung der Öffentlich-Rechtlichen zugeschoben haben. Zugleich gibt es auch eine klare Tendenz der unmittelbar interessierten Ministerpräsidenten Standortpolitik zu Gunsten der Privaten zu machen.

**M |** *Wo sieht ver.di verfassungsrechtliche Probleme?*

**NIES |** Der Staatsvertrag beschneidet den öffentlichen Rundfunk. Die Gebührenerhöhung auf vier Jahre gerechnet liegt unter der allgemeinen Teuerung und unter der Entwicklung der öffentlichen Haushalte. Real ist es keine Erhöhung, sondern eine Kürzung. Und die programmlichen Vorgaben schränken die Entwicklungsmöglichkeiten ein. Das ist nicht nur eine Verletzung des Gebührenverfahrens, sondern ein Eingriff in die Programmhoheit. Das alles ist verfassungsrechtlich meines Erachtens eindeutig unzulässig.

## ARD und ZDF im Visier der EU

Seit langem schon schwelt der Streit zwischen der Europäischen Kommission und den öffentlich-rechtlichen Anstalten in Deutschland. Die EU überprüft, ob der Umgang der Sender mit den Rundfunkgebühren gegen das europäische Wettbewerbsrecht verstößt. Der Hauptkonflikt kreist um die Frage, ob die Online-Aktivitäten von ARD und ZDF vom Programmauftrag gedeckt sind. Nach bisheriger inoffizieller Einschätzung der EU entsprechen sie nicht den geltenden Normen. Diese Aktivitäten, von WDR-Intendant Fritz Pleitgen noch vor einigen Jahren als „drittes Standbein" der Öffentlich-Rechtlichen charakterisiert, sind auch den privaten Konkurrenten von ARD und ZDF ein Dorn im Auge. Diese fühlen sich benachteiligt, weil – so die Unterstellung – „ausufernde Online- und E-Commerce-Aktivitäten" der Öffentlich-Rechtlichen widerrechtlich aus den Rundfunkgebühren finanziert würden. Aus diesem Grund hat der Privatfunk-Verband VPRT in Brüssel Beschwerde eingelegt, über die derzeit verhandelt wird.

ARD und ZDF verweisen auf den Rundfunkstaatsvertrag, der den Sendern programmbegleitende Mediendienste und Online-Aktivitäten erlaubt. Über das, was als programmbegleitend interpretiert werden kann, gehen die Meinungen allerdings auseinander. ARD und ZDF sind bemüht, mit der Definition klarer Verhaltensregeln den medienpolitischen Forderungen der EU teilweise entgegen zu kommen. Unlängst schlugen WDR-Intendant Pleitgen und ZDF-Intendant Markus Schächter die Entwicklung eines Verhaltenskodex vor. Dieser solle „marktkonformes Verhalten bei unseren gewerblichen Tätigkeiten nach außen dokumentieren und nach innen sicherstellen". Ob die EU sich mit diesem Zugeständnis zufrieden gibt, erscheint eher zweifelhaft. Dem Vernehmen nach wollte die EU-Kommission bereits Ende 2004 ihren Bericht vorlegen. Nach den bislang durchgesickerten Informationen wird ARD und ZDF darin mit der Einleitung eines formellen Prüfverfahrens gedroht. Gespannt darf man darauf sein, ob die EU – wie vermutet – die bundesdeutschen Rundfunkgebühren als unerlaubte staatliche Beihilfen für die öffentlich-rechtlichen Anstalten einstufen. Der soeben abgeschlossene Gebührenpoker der bundesdeutschen Ministerpräsidenten dürfte dieser Sichtweise neue Argumente geliefert haben. Bei einem entsprechenden EU-Verdikt wären die Folgen für das deutsche Rundfunksystem unabsehbar. *kel* ■

**M |** *Sollen ARD und ZDF dagegen Klage beim Bundesverfassungsgericht einreichen?*

**NIES |** Da bin ich dennoch zurückhaltend. Zunächst mal ist abzuwarten, ob der Gebührenstaatsvertrag überall verabschiedet wird. Der Gang nach Karlsruhe wird keine höheren Gebühren bringen. Es ist eine Abwägung, was sind die Hauptfragen für die Zukunft des öffentlich-rechtlichen Rundfunks. Die eine betrifft sicher die Zukunft der Gebührenfestsetzung. Da wird sich etwas ändern müssen, weil das bisherige Verfahren unwiderruflich beschädigt ist. Die andere Frage betrifft die Strukturdiskussion. Da sehe ich die größeren Herausforderungen.

**M |** *Gibt es Alternativen zur bisherigen Praxis der Gebührenfestsetzung durch die KEF?*

**NIES |** Das ist schwer. Ich sehe politisch keinen Ansatz dafür, dass etwa eine Dynamisierung der Gebühr eine Chance hat. Ich denke aber, man wird ein neues Verfahren finden müssen unter Einschaltung der KEF, in dem einerseits die Politik in einer langjährigen Perspektive die rundfunkpolitischen Eckdaten setzt und in dem die KEF möglicherweise sogar in jährlicher Anpassung in kleineren Schritten den jeweiligen Bedarf festlegt. Eine Art Mittelweg zwischen einer Dynamisierung bzw. Indizierung der Gebühr und der bisherigen Methode.

**M |** *ARD und ZDF drohen auch Gefahren von der europäischen Kommission. Angriffsziel sind die Online-Aktivitäten und die Rundfunkgebühren selbst, die die EU als unerlaubt staatliche Beihilfen geißelt. Was ist davon zu halten?*

**NIES |** Mittelfristig birgt die europäische Entwicklung eine große Gefahr. Wir müssen ja sehen, dass in den meisten Ländern Europas der öffentliche Rundfunk ein Staatsfunk und kein unabhängiger Rundfunk wie hierzulande ist. Wir haben in Europa nicht viele Verbündete für einen öffentlich-rechtlichen Rundfunk nach unserem Modell. Es gibt nirgends einen so starken und im Kern gesunden öffentlich-rechtlichen Rundfunk, außer vielleicht in England. Andererseits sehen wir gerade im Ausland – Italien und manche der neuen EU-Mitgliedsstaaten sind hier als negative Beispiele zu nennen – wie wichtig ein unabhängiger Rundfunk für eine demokratische Gesellschaft ist. Das Verständnis in der EU-Kommission dafür ist jedoch gering.

**M |** *Welchen Handlungsspielraum haben die Verteidiger des deutschen Systems?*

**NIES |** Die Öffentlich-Rechtlichen und ihre Verbündeten werden für diese Sache in Strassburg und Brüssel deutlicher um Verständnis werben müssen – und von der Politik erwarte ich, dass sie klare Grenzen zieht, auch gegenüber der Kommission. Das Bundesverfassungsgericht hat erst jüngst wieder deutlich gemacht, dass deutsches Verfassungsrecht – und darum geht es bei der Rundfunkfreiheit – nicht einfach zur Disposition europäischer Entscheidungen steht.

**M |** *NRW-Ministerpräsident Peer Steinbrück meinte unlängst, ARD und ZDF müssten durch „Konzentration auf ihren Kern" zukunftsfähig gemacht werden...*

**NIES |** Das ist wieder der beschränkte Blick der Standortpolitik. Letztlich wird die Standort-, beschäftigungspolitische und wirtschaftliche Bedeutung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks sträflich unterschätzt. Konzentration auf den Kern läuft dabei auf einen Nischenrundfunk hinaus. Die Ergänzung der Privaten durch ein paar Nischenprogramme kann kein Zukunftskonzept für den öffentlich-rechtlichen Rundfunk sein. Mit der fortschreitenden Digitalisierung (und damit Mehrung) der Programme ist es ein notwendiger Weg, dass es eine Vielfalt von Angeboten auch aus dem öffentlich-rechtlichen Bereich gibt. Wenn der öffentlich-rechtliche Rundfunk mit seinen unterschiedlichen Angeboten die Mehrheit der Bürger nicht mehr erreichen kann, wird er keine Zukunft haben.

**M |** *Wo müsste eine sinnvolle Strukturreform von ARD und ZDF ansetzen?*

**NIES |** Ich halte in der Zukunft eine verstärkte Debatte über Programme und Programmschwerpunkte für unvermeidlich. Dazu gehört auch eine Kosten-Nutzen-Debatte. Programme sind unterschiedlich teuer. Man muss fragen, wie weit sie passen, wie notwendig und vertretbar sind sie im öffentlich-rechtlichen Angebot. Das wird eine sehr schwierige Diskussion, bei der es kaum die eine große, klare Linie geben dürfte. Da ist viel Kleinarbeit zu leisten, um herauszubekommen, was verändert werden kann, was bleiben muss. Klar ist: Information und der gesellschaftliche Diskurs müssen ein Schwerpunkt bleiben. Und die Frage nach der Qualität ist nicht nur eine Frage der Inhalte, sondern auch der handwerklichen, der sinnlichen, im besten Fall künstlerischen Qualität. Hier liegen Stärken, die gepflegt und weiterentwickelt werden müssen – und die Konsequenzen bis in die Strukturen der Rundfunksanstalten haben. Zum anderen wird die digitalisierte Rundfunkwelt den Bürger mit einer ungeheuren Programmvielfalt konfrontieren.Hier müssen sich die Öffentlich-Rechtlichen positionieren.

*Interview: Günter Herkel* ■

# Harakiri bei Radio Bremen

## ARD-weit einmaliges Outsourcing mit drastischen rundfunkpolitischen Folgen

**Bei Radio Bremen (RB) sollen die komplette Fernsehtechnik, große Teile der Hörfunk-Produktion und damit rund ein Drittel der Belegschaft ausgelagert werden. Ein so weit gehendes Outsourcing wäre „einsamer ARD-Rekord", meinen Personalvertreter. Zu hinterfragen sind auch die Pläne für einen gebührenfinanzierten Neubau in Bremen, der einem großen Teil privaten Nutzern offen stehen soll.**

Das war wohl die denkwürdigste Pressekonferenz, die der RB-Personalrat je veranstaltet hat. Denn die Konferenz Ende des vergangenen Jahres wurde von leitenden Angestellten überwacht: Einer wollte die Veranstaltung zunächst mitschneiden lassen. Als die Personalräte „nein" sagten, setzte er sich mit einem weiteren Aufpasser in eine Ecke und machte sich Notizen.

Der Personalrat wollte nicht mehr und nicht weniger, als die Presse über ein Streitthema zu informieren: In ungefähr zwei Jahren, wenn die bisher getrennten Funkhäuser für Hörfunk und Fernsehen von Radio Bremen in einem Neubau zusammengefasst werden, sollen große Teile der Technik in eine externe Gesellschaft ausgelagert werden. Dabei ist nicht etwa, wie es naheliegender wäre, die NDR-Tochter Studio Hamburg als Hauptanteilseignerin im Gespräch, sondern die Münchener Bavaria Film GmbH. Zu deren Besitzern zählen unter anderem die WDR-Mediagroup und die SWR-Holding. Radio Bremen wäre dann nur Minderheitsgesellschafter.

### Kürzungen betreffen etwa ein Drittel der Beschäftigten

Betroffen wäre etwa ein Drittel jener 412 RB-Beschäftigten, die Ende 2006 nach ständigem Personalabbau noch auf der Gehaltsliste des Senders stehen, der wegen der massiven Kürzungen des ARD-Finanzausgleichs unter extremem Spardruck steht. Die Sendeanstaltsleitung verspricht zwar „gleichbleibendes Jahresgehalt, gleichbleibende Altersversorgung, Rückkehrrecht im Falle von Insolvenz". „Die sozialen Besitzstände werden sich aber verschlechtern", erwidern Personalvertreter und nennen zum Beispiel das Krankengeld oder den tariflichen Kündigungsschutz bei Rationalisierungen. Hinzu komme, dass die Ausgliederung „die in Jahrzehnten gewachsenen Arbeitsbeziehungen zwischen Programm und Technik" zerreißen würde.

„Das Risiko ist zu einseitig verteilt", so Inez Kühn, Bereichsleiterin Medien in der ver.di-Bundesverwaltung. Was hier stattfinde, sei „Zerschlagung und Demontage". Darüber hinaus „sind diese Pläne verfassungsrechtlich bedenklich". Denn der RB verliere dadurch seine Eigenproduktionsfähigkeit. Laut Personalratsvorsitzendem Bernd Graul „einer der Grundpfeiler der Unabhängigkeit des öffentlich-rechtlichen Rundfunks". Das schlimmste Szenario: Ein Jumbo-Jet stürzt auf Bremen, aber RB hat keinen Ü-Wagen parat, weil die Tochterfirma gerade mit anderen Aufträgen, auch für Privatsender, ausgelastet ist. Hier werde allerdings eine vertragliche Absicherung angestrebt: RB soll vorrangigen Zugriff auf die Technik haben, verlautete aus der Chefetage.

### Luftschlösser gebaut

Unklar bleibt für die Personalvertreter der Sinn des Ganzen. Personalratsvorsitzender Graul findet: „Es rechnet sich nicht." Intendant Heinz Glässgen hofft offenbar, dass die Tochterfirma eines Tages neue Mitarbeiter zu niedrigeren Tarifen einstellen kann. Monika Grüning, Vorsitzende des ver.di-Betriebsverbandes bei RB und Mitglied des Geschäftsführenden Bundesvorstands der ver.di-Fachgruppe Rundfunk, Film und Audiovisuelle Medien (RFAV), sieht die billigeren Nachrücker aber in weiter Ferne: Frühestens 2015 würden die nächsten RB-Beschäftigten in den Ruhestand gehen, nachdem bereits jetzt eine Welle von Vorruhestand und Altersteilzeit durch den Sender gelaufen ist.

Der Personalrat teilt auch nicht die Hoffnung des Intendanten, dass der Mehrheitsgesellschafter neue Aufträge mitbringt und dadurch Stellen sichert. „Nach gründlicher Recherche erscheint es

Foto: Jürgen Seidel

**Monika Grüning, Vorsitzende des ver.di-Betriebsverbandes bei RB und Mitglied des Geschäftsführenden Bundesvorstands der ver.di-Fachgruppe Rundfunk, Film und Audiovisuelle Medien (RFAV)**

äußerst unwahrscheinlich, dass solch ein beträchtliches Auftragsvolumen tatsächlich nach Bremen kommt."

Unterstützt werden die Belegschaftsvertreter vom RFAV-Bundesvorstand. Er sieht den RB-Intendanten „Luftschlösser" bauen und fordert die anderen ARD-Anstalten auf, den Sender „von diesem medienpolitischen Harakiri abzuhalten". Auch die Personalratsvorsitzenden von ARD, ZDF, Deutschlandradio und Deutscher Welle fordern, „die Ausgliederungspläne sofort zu stoppen".

### Finanzierungen hinterfragen

Und ver.di-Vizechef Frank Werneke fürchtet, dass die RB-Spitze mit ihrer „schweren medienpolitischen Fehlentscheidung" „tendenziell das öffentlich-rechtliche Rundfunksystem insgesamt in Misskredit" bringt. Er moniert, dass 60 Prozent des neuen Produktionsgebäudes an der Weser in der Bremer Innenstadt, das vor allem durch eine 64-Millionen-Strukturhilfe der ARD und damit aus Rundfunkgebühren finanziert wird, an private Produktionsfirmen vermietet werden sollen. Es sei davon auszugehen, dass diese offensichtlich noch unbekann-

ten Firmen allein ihren jeweiligen unternehmerischen Zweck verfolgen und damit nicht den aus Gebühren finanzierten Programmen von Radio Bremen dienen. Hier stelle sich die Frage, ob mit dieser Immobilientransaktion Gebührengelder rundfunkpolitisch zulässig verwendet werden, so Werneke. Intendant Glässgen bleibt jedoch unbeeindruckt und drischt lieber auf die Kritiker ein. Dass der Personalrat während noch laufender Verhandlungen mit „Unterstellungen“ in die Presse gegangen sei, verurteilte Glässgen „auf das Schärfste“. Diese „Querschläge“ hätten „selbstverständlich massive negative Auswirkungen auf die Zusammenarbeit“ mit dem Personalrat.

### Bereit zu Kompromissen

Dabei sind die Gewerkschafter durchaus kompromissbereit: Sollte sich die Ausgliederung nicht verhindern lassen, würden sie über eine Lösung wie beim MDR verhandeln: Dort wurden Beschäftigte nicht per Betriebsübergang, sondern durch „Personalgestellung“ ausgegliedert, also durch eine Art Arbeitnehmerüberlassung. „Nur so sind ihre Rechte langfristig gesichert“, meint der RB-Personalrat, und er appelliert an Glässgen, einen Weg zu wählen, „der die Kolleginnen und Kollegen überzeugt“. *Eckhard Stengel* ■

# Reform mit Blick auf Europa

## Der öffentlich-rechtliche Rundfunk muss Grenzen überdenken

**Wirkliche Reformen müssen den öffentlich-rechtlichen Rundfunk fit machen, seine Leistungen für eine demokratische Kommunikationskultur auch in einer veränderten gesellschaftlichen Umwelt weiterhin zu erbringen. Mit dem Blick auf Europa bedeutet das, die europäische Berichterstattung zu verstärken. Das bedarf grundlegender Überlegungen für die Strukturen und Inhalte der öffentlich-rechtlichen Sender.**

Die Reform des öffentlichen Rundfunks ist überfällig, suggerieren Papiere, Forderungen, politische Stellungnahmen, Finanzierungsentscheidungen und mehr. Vieles davon verfolgt einen anderen Zweck als den, die Leistungen des öffentlich-rechtlichen Rundfunks für seine Zuschauer und HörerInnen attraktiver und leistungsfähiger zu machen – und Leistungsverbesserungen sollte gemeinhin der Sinn einer Reform jedweder Organisation sein. Es soll hier nicht in Abrede gestellt werden, dass etliche Einzelvorschläge der vielen Reformer durchaus sinnvoll oder gar notwendig sein mögen. Sendeanstalten könnten mehr kooperieren, Arbeitsabläufe könnten effektiver sein; mancher Radiosender ließe sich auf seinen Mehrwert hin hinterfragen. Es ist auch überlegenswert, ob der öffentlich-rechtliche Rundfunk jedes neue Format, das im privat-kommerziellen Fernsehen Quote bringen soll, nachahmen soll. Und das Nachdenken über Reformen, die Leistungen und Kostenbewusstsein in den Anstalten verbessern, ist ja auch durchaus mit weitreichenden Folgen in den öffentlich-rechtlichen Sendern in Gange und hat schon Ergebnisse gezeitigt. Misstrauen ist jedoch angesagt, wenn Reformen gesagt, aber Schwächung gemeint ist. Und es gibt einen weiteren Grund, weshalb die Reformdiskussion über weite Strecken einen falschen Zungenschlag hat. Denn es gibt eine wichtige Tendenz, die besondere Reformanstrengungen erfordert: Durch die europäische Integration entsteht ein größerer Kommunikationsraum, der einer Begleitung durch eine grenzüberschreitende Öffentlichkeit bedarf. Das heißt, dass wir grundsätzlich mehr europa-bezogene Programmangebote benötigen, um Europa in den Köpfen seiner Bürgerinnen und Bürger lebendiger und erfahrbarer werden zu lassen.

Foto: plainpicture / Grimm

### Vielfältige Sprachräume

Wenn also die Medien ein Interesse an europäischen Themen haben sollen, so ist zu fragen, unter welchen Bedingungen dies entstehen kann. Medien haben ein Interesse an europäischen Themen, wenn dafür schon ein gewisses Maß an Aufmerksamkeit gegeben ist. Dieser Zusammenhang ist für kommerzielle Medien besonders ausgeprägt, weil sich Aufmerksamkeit für ihre Angebote als Markt darstellt, über den Gewinn erzielt werden soll. Dieser Markt für europäische Themen ist umso schwieriger zu entwickeln, je kleiner die Sprachräume sind, die die Medien bedienen. Gerade die vielfältigen Sprachräume sind aber eine Gegebenheit, der europäische Öffentlichkeit gerecht werden muss.

Europäische Berichterstattung zu verstärken, erfordert, die entsprechenden Ressourcen dafür bereitzustellen (kompetente Korrespondenten und Heimatredakteure, die die Thematik für die nationalen und lokalen Publika aufbereiten können, Programmplätze etc.) – auch wenn sich dies nicht unmittelbar in Aufmerksamkeit, Quoten – letztlich Einnahmen ausdrückt. Für die verstärkte Darstellung von Europaberichterstattung, die beim Publikum eben noch nicht auf das Interesse stößt, das einen bestimmten Einsatz von Ressourcen ökonomisch rechtfertigen

würde, bedarf es eines Anreizes oder Anstoßes jenseits des Marktmechanismus. Dies wird im Rahmen der Eigenlogik kommerzieller Medien schwerlich gelingen. Der öffentlich-rechtliche Rundfunk hat den Vorteil, dass er aufgrund der gesellschaftlichen Bindung, die ihn auf grundlegende kulturelle oder gesellschaftliche Zwecke verpflichtet, leichter in den Prozess der Europäisierung von Öffentlichkeiten einzubinden ist. Das erfordert allerdings, dass ihm diese Aufgabe auch zugeschrieben wird.

Im Rundfunkstaatsvertrag und in den Landesrundfunkgesetzen finden sich dagegen nur wenige Hinweise auf einen europabezogenen Programmauftrag. Dieser ist angesprochen, wenn der Rundfunkstaatsvertrag fordert, dass der Hauptteil von Sendungen europäischen Werken vorbehalten werden soll. Die gesetzlichen Grundlagen, die den Programmauftrag der öffentlich-rechtlichen Sender regeln, machen ihrerseits keine Vorgaben in europäischer Hinsicht.

## Senderäume öffnen

Dabei liegen die entsprechenden Anknüpfungspunkte auf der Hand: Die Grundidee des Bundesverfassungsgerichtes zum öffentlich-rechtlichen Rundfunk, die es in mehreren Rundfunkurteilen ausgeführt hat, besagt, dass dieser eine zentrale Funktion in unserer Rundfunklandschaft und eine besondere gesellschaftliche Aufgabe hat, nämlich der freien öffentlichen und individuellen Meinungsbildung zu dienen. Wenn also öffentlicher Rundfunk soziale Realität in umfassender Weise reflektieren und begleiten soll, dann muss er Prozesse wie Europäisierung (und auch Globalisierung) in seinen Strukturen und Inhalten aufgreifen.

Damit ist eine Betrachtung der Rolle des öffentlich-rechtlichen Rundfunks, die sich weiterhin nur in nationalen Rahmen bewegt, zu eng. Natürlich werden Rundfunkgesetze im gegebenen Staat gemacht – aber auch in Brüssel. Umgekehrt muss eine Reform des öffentlich-rechtlichen Rundfunks diese europäische Perspektive mit berücksichtigen.

ARD, ZDF, Arte und Phönix leisten schon jetzt einiges, Europa ihren Fernsehzuschauern vertrauter zu machen, und sie haben auch beträchtliche Ressourcen dafür. Es lassen sich über diese Angebote hinaus aber weitere Aktivitäten denken, die diese Sender konsequenter als einen Faktor europäischer Öffentlichkeit positionieren könnten. Dabei wird durchaus mitgedacht, dass einige der hier aufgestellten Forderungen Veränderungen der bisherigen medienpolitischen Rahmenbedingungen erfordern würden. Aber auch darum geht es ja bei Reformen.

Denkbar ist die Öffnung von Senderäumen. Diese ist de facto schon existent, wenn man beispielsweise an die Sprachräume in Europa denkt, in denen nationale Sender grenzüberschreitend in andere Sendegebiete strahlen. Dies ließe sich systematisch im Verbund öffentlicher Sender ausbauen, beispielsweise durch grenzüberschreitende Vereinbarungen zur Übernahme von öffentlichen Sendern in die Netze, die auch die Programmangebote kleiner Nationen in die Aufmerksamkeit großer tragen. Die Erweiterung der nationalen Mandate um eine europäische Dimension wäre eine unabdingbare Voraussetzung für solch eine technisch zu bewerkstelligende Erweiterung der Senderäume. Die könnte sich dann im Weiteren auch in der Programmgestaltung niederschlagen. Für solche Perspektiven sind natürlich Abstimmungen innerhalb Europas notwendig.

## Gegenseitige Hospitation

Eine Zusammenarbeit zwischen den öffentlichen Sendern in grenzüberschreitenden Regionen, wie sie in Einzelfällen (z. B. rbb mit dem polnischen Fernsehen) schon stattfindet, ließe sich europaweit ausbauen. Die Entwicklung von Austauschbeziehungen könnten den Europa-Gedanken fördern: Gegenseitige Hospitationen von Redakteuren und Journalisten in den öffentlichen Sendern anderer europäischer Länder könnten das gegenseitige Verständnis, Interesse und ganz praktisch auch Recherchemöglichkeiten jenseits der bestehenden Ressourcen fördern. Die Entwicklung und Diversifizierung von europabezogenen Sendeformaten und -genres macht Europa für den Zuschauer interessanter. Sicherlich sind die bestehenden Formate noch davon entfernt, das ganze mögliche Spektrum auszuschöpfen. Mit der Etablierung von Videobrücken (bei Arte), europäisch dimensionierten Unterhaltungsshows etc. liegen Einzelbeispiele vor, die weiterzuentwickeln wären. Diese Vorschläge laufen dem Trend zuwider, Deregulierung als das oberste Gebot im europäischen Rundfunksektor zu sehen. Sie setzen statt dessen auf die bewusste Nutzung eines gesellschaftlich verantworteten Mediums, das für gesellschaftliche Zwecke zu optimieren ist. Und sie sprechen für Reformen, die diesen Namen verdienen.

Foto: Thomas Koehler / photothek

**Fersehstudio des Deutschen Bundestages vor Beginn der Aufzeichnung einer Gesprächsrunde für Phoenix.**

*Barbara Thomaß* ■

*Die Autorin ist Professorin für „Mediensysteme im internationalen Vergleich" am Institut für Medienwissenschaft der Ruhr-Universität Bochum.*

## ARD-Jahrbuch 04 / 05 erschienen

Das neue ARD-Jahrbuch ist erschienen. Es ergänzt den Blick auf die deutsche Situation durch aktuelle Beiträge von ARD-Korrespondentinnen und -Korrespondenten zur Lage der Rundfunksysteme in anderen Ländern. Es wirft zudem einen Blick auf die herausragenden sportlichen Ereignisse der vergangenen beiden Jahre: die Rückkehr der Fußball-Bundesliga in die Sportschau im Ersten und die Übertragung der Olympischen Spiele in Athen. Weitere Beiträge widmen sich den aktuellen Trends in Hörfunk und Fernsehen und zeigen technische Entwicklungen wie etwa die Einführung von DVB-T auf.

Das Buch gibt einen zusammenfassenden Überblick über das Geschehen in der ARD und um die ARD herum während des vorangegangenen Jahres. Der Abschnitt „Organisation und Personalien" stellt das aktuelle „Who's who" der ARD dar.

ARD-Jahrbuch 04 / 05, 450 Seiten, über 300 zumeist farbige Bilder, Grafiken und Karten. Herausgegeben von der ARD. Verlag: Hans-Bredow-Institut. Auslieferung: Nomos Verlagsgesellschaft Baden-Baden. (ISBN 3-8329-1125-1). Preis: 9,– Euro.

Foto: Christian von Polentz / transit

## Springer entzieht sich der Tarifbindung

Die Axel Springer AG und die Ullstein AG GmbH erklärten zum 31. März 2005 ihren Austritt aus dem Verein der Zeitungsverleger Berlin-Brandenburg e.V. „Damit will sich Springer der Tarifbindung entziehen, das ist nicht hinnehmbar“, erklärte Andreas Köhn, stellvertretender Landesleiter in Berlin. ver.di erwartet die schnellstmögliche Aufnahme von Haustarifverhandlungen mit dem Ziel, ab dem 1. April die Tarifbindung an die bundesweit geltenden Flächentarifverträge beizubehalten.

## Manteltarifvertrag für Zeitschriftenredakteure

BERLIN. Kurz vor Jahresende konnte die dju in ver.di in der 5. Verhandlungsrunde mit den Zeitschriftenverlegern in Berlin noch zu einem Ergebnis kommen. Danach wird es ab Januar 2005 eine Gehaltserhöhung von 1,3 % geben. Der Gehaltstarifvertrag tritt rückwirkend zum Juni 2004 wieder in Kraft und hat eine Laufzeit bis Ende Mai 2006. Zusätzlich wurde vereinbart, dass der Manteltarifvertrag mindestens ein Jahr länger gilt und frühestens Ende 2006 gekündigt werden kann. Nach 4 Stunden intensiven Verhandlungen und Sondierungen in kleiner Runde konnte damit eine Perspektive für die 7.000 Redakteurinnen und Redakteure an Zeitschriften durch Einkommenserhöhungen und Sicherung der grundlegenden Tarifbedingungen erzielt werden. Die Erklärungsfrist läuft am 21. Januar 2005 ab. „Das Verhandlungsergebnis ist ein Kompromiss, der unsere Einkommensforderung nicht erfüllt, aber zusammen mit der Verlängerung des MTV von der dju-Verhandlungskommission letztlich doch akzeptiert wurde. Ein Erfolg ist auch, dass wir einen erneuten Eingriff in die Berufsjahresstaffel verhindern konnten“, erklärte dju-Verhandlungsführer Matthias von Fintel. ■

## Neuer Internetauftritt des Presserats

BONN. Der Deutsche Presserat hat seine Homepage neu gestaltet.

Unter www.presserat.de bietet die Seite den Nutzern ein erweitertes Konzept im modernen Design. Neben dem Service, sich verschiedene Informationen wie den Pressekodex als PDF-Datei herunter laden zu können, erwarten den Benutzer umfangreiche Informationen zur Arbeit und Geschichte des Selbstkontrollgremiums, seine Statistiken und aktuelle Pressemitteilungen. Zukünftig sollen auch die Mitglieder des Presserats persönlich vorgestellt werden, den Anfang macht die Sprecherin, Dr. Ilka Desgranges. Die Möglichkeit, Broschüren und Publikationen online zu bestellen, sowie eine umfangreiche Dokumentation mit einer Chronik der öffentlichen Rügen und häufigen Fragen an den Presserat (FAQs) runden die Seiten ab.

Von der weiterhin bestehenden Seite www.redaktionsdatenschutz.de gelangt der Nutzer ab jetzt über einen speziellen Menüpunkt direkt auf die allgemeine Seite des Presserats. Ein weiterer Ausbau mit Informationen in englischer, französischer und spanischer Sprache ist in Vorbereitung.

**www.presserat.de** ■

## CinemaxX zu keiner Einigung bereit

BERLIN. Auch nach über einem Jahr Kinostreiks und nach 8 Runden Tarifverhandlung waren die CinemaxX-Vertreter zu keinem Abschluss bereit, legten stattdessen sogar neue Forderungen nach. Ein neuer Verhandlungstermin ist nicht absehbar. Die Kinostreiks müssen für einen Tarifvertrag sogar noch ausgeweitet werden.

„Anscheinend hat sich CinemaxX grundsätzlich gegen einen Tarifabschluss entschieden. Die bisherigen Streikaktivitäten haben nicht den Druck auf die Unternehmensleitung entfaltet, der zu einem Einlenken hätte führen können. Die sozialen Auswirkungen von Armutslöhnen und auseinenderklaffenden Tarifbedingungen an gleichen Arbeitsplätzen spielen für den CinemaxX-Vorstand anscheinend keine Rolle. So bleibt es beim tariflosen Zustand für mittlerweile 400 Beschäftigte und der Tarifnachwirkung für alle anderen der über 2.000 Kinobeschäftigten“, erklärte ver.di-Verhandlungsführer Matthias von Fintel.

ver.di hatte versucht, durch ein langfristiges Tarifangebot eine Einigung zu erzielen. Bis 2007 sollte eine stufenweise Anpassung der Tarifbedingungen für Neueingestellte erreicht werden. Die Löhne sollten sich zunächst für alle um 25 Cent gleichmäßig erhöhen. Urlaubsansprüche und Jahresleistungen sollten für Neueingestellte nach und nach angehoben und den bisherigen Tarifregelungen angeglichen werden. CinemaxX hat dieses Angebot ausgeschlagen.

Offenbar will die Unternehmensleitung auch über das Jahr 2007 hinaus eine gespaltene Belegschaft, einheitliche Mindeststandards soll es in den nächsten Jahren nicht geben. ■

## Umfrage

Das Projekt „Islambilder in der multikulturellen Gesellschaft“ der Universität Bielefeld benötigt dringend Antworten von Journalistinnen und Journalisten zum Thema „Wie islamfreundlich/-feindlich ist unsere Gesellschaft?“. Unterstützt wird die Arbeit der Uni vom Bundesministerium für Wissenschaft, Forschung und Bildung.
Der Link zum Online-Fragebogen sowie Informationen zum Projekt finden Sie unter:
http://www.uni-Bielefeld.de/psychologie/ae/AE13/projekt.html.

Fotos: Christian von Polentz / transit

# Journalismus auf dem gesponserten Lotterbett?

## Debatte um Glaubwürdigkeit und Unabhängigkeit der Berichterstattung auf dem 18. Journalistentag der dju

**Embedded Forever? Verkommt der Journalismus im bequemen Bett von PR und Marketing? Der Titel des 18. Journalistentages der dju in ver.di war der im Irak-Krieg zum Begriff gewordenen „eingebetteten" Berichterstattung entlehnt, die Krieg als blutiges Ereignis vergessen machen soll. Der spannende 27. November zeigte, dass die Diskussion zu Abgrenzungen zwischen Journalismus, PR und Werbung erst beginnt.**

Das Prinzip der „Einbettung" von Journalisten in die Ereignisse bewirke die „größte Beeinflussung von Medien und Öffentlichkeit," sagte dju-Sprecher Manfred Protze zur Einführung vor mehr als 200 Teilnehmerinnen und Teilnehmern aus der gesamten Bundesrepublik in der Berliner ver.di Bundesverwaltung. Wahrhaftig, transparent und unabhängig von wachsender Schleichwerbung und hochgerüsteter PR zu berichten – wie realistisch sind diese journalistischen Grundsätze in heutiger redaktioneller Praxis? „Mit eigenen Augen gesehen, mit eigenen Ohren gehört oder gewissenhaft recherchiert", das sei nicht mehr selbstverständlich, spitzte Protze das Problem für den Tag zu.

Verantwortung für das journalistische Produkt oder schrittweise Entqualifizierung? Mit dem Thema habe die dju ins Schwarze getroffen, stellte ver.di-Vorsitzender Frank Bsirske zur Begrüßung fest. In einer Situation tief greifender gesellschaftlicher Umbrüche, der Wandlungen in der Arbeitswelt, in der man den Eindruck haben könne, ein Film laufe rückwärts, müsse auch über die Rolle der Medien in der Demokratie und die Manipulation von Journalisten geredet werden. Welche Bilder die Menschen in den Köpfen haben, liege auch in der Verantwortlichkeit der Medien. Damit müsse man sich auseinandersetzen. „Die Indienstnahme der Medien für mächtige Interessengruppen bildet eine zunehmende Gefahr für qualitätsvollen Journalismus," sagte Bsirske und forderte, dass dieser unabhängig bleiben müsse gegenüber PR, Marketing und Produktplacement. „Voraussetzungen dafür zu schaffen, ist nicht nur politische Aufgabe für die dju, sondern für ver.di insgesamt."

### Gezielte Beeinflussung

Am Beispiel der „Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft" (siehe Titelthema «M» 12/04 – 1/05) zeigte Prof. Rudolf Speth Strategien auf, wie außerordentlich geschickt Politik zum Marketing wird, Journalisten und die öffentliche Meinung beeinflusst. Mit solch hochprofessionell geführten Kampagnen einflussreicher Wirtschaftskreise könnten Grenzen zwischen Journalismus und PR niedergerissen werden. Bestimmte Themen würden nicht wissenschaftlich fundiert aufgegriffen, sondern eher mit einem Nimbus versehen. Ziel solcher Kampagnen, die sich den Anschein parteiübergreifender Netzwerke geben, sei es, das Meinungsklima langfristig zu ändern. 400.000 Meinungsführer sollten beeinflusst und über diese Gruppe die Bevölkerung erreicht werden. Auch die Journalisten seien eine Zielgruppe, die die Initiative zu gewinnen trachte. Ein Fazit aus Speths im Auftrag der Hans-Böckler-Stiftung entstandenen Studie zu den politischen Strategien der Initiative ist, dass so die Abkehr vom bundesdeutschen Konsensmodell vorangetrieben werden soll. „Diese Initiative steht für eine andere Republik", sagte Speth.

**Prof. Rudolf Speth (oben), Frank Bsirske, Ines Kühn, Ulrike Maercks-Franzen (rechts).**

Schon dieser erste Beitrag rief heftige Debatten hervor. Wie sollten sich Journalisten sauber auseinandersetzen, meinte beispielsweise Ekkehard Sieker, freier Journalist, seien sie doch auch als Freie abhängig und Medien kapitalistisch arbeitende Unternehmen. Öffentlich rechtliche Anstalten seien zudem massiv politisch kontrolliert. Burkhard Rexin, Freier aus Bonn, fragte, was an den Methoden der Initiative störend sei, Gewerkschaften könnten davon lernen. Franz-Josef Hanke, dju-Bundesvorstandsmitglied, gab zu bedenken, dass Demokratie immer käuflich sei. Lediglich die Methoden des verdeckten Unterjubelns von Inhalten seien bei der Initiative neu.

### Wunschartikel gegen Bares

Elke Hoffmann berichtete aus ihrer Praxis als freie Food-Journalistin. „Ich möchte gern schreiben, was aus meiner Sicht stimmt." Im Jonglieren zwischen den Interessen von Fachzeitschriftenverla-

**Elke Hoffmann (oben), Doris Trapmann (unten), Dr. Volker Lilienthal (rechts)**

gen und denen der Produkthersteller sei das nicht immer einfach. Gute Anzeigenkunden wollten sich auch im redaktionellen Teil wieder sehen, was für Journalisten „sachliche Zwänge“ bedeuten könne. Doch müsse es wohl zu denken geben, wenn eine Informationskampagne zur Zahngesundheit ausgerechnet von der Zuckerindustrie bezahlt werde. Bei fachlicher Einschätzung würden ihr die Erfahrungen aus langjähriger Festanstellung und dem Dranbleiben an der Branche helfen. Doch sie müsse auch PR machen, um zu überleben. Es sei ein ständiges Spannungsfeld, um den Lebensunterhalt zu verdienen und gleichzeitig glaubwürdig zu informieren. Da helfe „kein Rezept, aber ein Bauchgefühl“.

Vom Umgang mit unmoralischen Angeboten berichtete Doris Trapmann. Dabei sei ihr der Begriff „schwarze PR“ erst seit kurzer Zeit bekannt. Dass aber Journalisten Wunschartikel gegen Bares verfassen, sei mehrfach – von einer Institution, einem Unternehmen und einem Verband – an sie herangetragen worden. Das erste Mal verschämt, das zweite und dritte Mal offener. Sie sollte einen von der Institution bezahlten Auftragsartikel schreiben, unter eigenem Namen als unabhängige Journalistin in die Medien bringen und dort dafür noch mal kassieren. Jedes Mal habe sie abgelehnt. Diese Praxis, Journalisten anzuheuern, sei offenbar günstiger, als PR-Berater zu engagieren. Ihr sei bestätigt worden, dass das funktioniere. Die Redaktionen nehmen diese Beiträge. Und Pressestellen räumten ein, es sei gar kein Problem, Journalisten für solche Aufträge zu finden. Sie selbst sei in einer relativ guten Position mit genügend Aufträgen, kinderlos und einem fest angestellten Mann. „Wer die Printhonorare kennt, dem muss ich nicht erzählen, dass man angesichts dieser Hungerhonorare bei solch unmoralischen Angeboten schnell Eurozeichen in die Augen bekommen kann.“ Klar sei auch, dass viele Freie ohne Mischkalkulation nicht über die Runden kämen, ein PR-Auftrag finanziere die aufwändige Geschichte, für die nur 150 Euro bezahlt werden, die aber zwei Tage binde. Jedoch: „Wenn ich Geld von Pressestellen kassiere, dann habe ich einen Vertrag mit ihnen, bin nicht mehr Anwältin der Leser. Denn es ist einfach unmöglich, gleichzeitig deren und den Interessen der Leser genüge zu tun,“ meinte Trapmann. Ihr Fazit: Würden freie Journalisten besser bezahlt, wären sie der PR nicht so nahe.

## Aus der Resolution

... Journalisten sammeln, prüfen, bewerten und publizieren Informationen unabhängig und sorgfältig. Sie erfüllen damit eine öffentliche Aufgabe. Entsprechend lassen sie sich bei ihrer Arbeit ausschließlich vom öffentlichen Interesse leiten.

Schleichwerbung – gleich, ob vorsätzlich oder fahrlässig – ist mit der öffentlichen Aufgabe und mit der journalistischen Profession unvereinbar.

... Die Ressourcen für die Beschaffung und sorgfältige Prüfung von Informationen in angemessenem Umfang sowie für die eigene unabhängige Beobachtung von Ereignissen werden in dramatischem Umfang verknappt. Mit Outsourcing wird zugleich publizistische Verantwortung abgeschoben und vernebelt. Mächtige und vermögende Gruppen und Unternehmen versuchen, die entstehenden Schwachstellen in den Medien gezielt für ihre Partikularinteressen zu nutzen. In der Maske redaktioneller PR-Dienstleistungen und in der Verkleidung journalistischer Darstellungsformen wird versucht, Werbung für Produkte, Firmen und politische Kampagnen in die Massen-Medien einzuschleusen.

Die Versammelten fordern die Medieneigentümer daher auf, ihrer besonderen Verantwortung und ihren Privilegien gerecht zu werden und ihre Redaktionen professionell leistungsfähig und resistent gegen verdeckte und offene Einflussnahme zu halten.

Sie fordern die Kolleginnen und Kollegen auf, sich gegen die Indienstnahme für die Partikularinteressen zur Wehr zu setzen.

Sie fordern die Öffentlichkeit auf, wachsam zu bleiben und den Medien jene Glaubwürdigkeit und Sorgfalt abzuverlangen, auf die sie einen Anspruch hat.

Die gesamte Resolution steht unter:
**www.dju.verdi.de**
Die Dokumentation des Journalistentages wird Anfang März herausgegeben.

### Jede Menge unredlicher Angebote

Ein Schelm, wer Arges dabei denkt. Doch wenn in einer sechsteiligen ZDF-Spielfilmserie allzu oft nagelneue VW-Karossen, zungenbrecherische Rebsorten aus Rheinland-Pfalz, spezielle Angebote der Deutschen Post oder das CMA-Logo vorkommen, sollte man schon stutzig werden, meinte Dr. Volker Lilienthal, der nächste Referent. Denn dann handelt es sich womöglich um sogenanntes „Drittmittelfernsehen“, bei dem „Medienpartner“ ihre Werbespots nicht zwischen den Sendeblöcken platzieren, sondern dafür bezahlt haben, dass Produktwerbung ganz unverblümt mit der Serienhandlung verknüpft wird. Da trinkt ein Lehrerkollegium dauernd Wein, die Hauptdarstellerin kickt mit ihrem Volkswagen mühelos einen Mazda aus und in der schuleigenen Milchbar leuchtet hinter den Shakes neongrell das CMA-Logo. Jeweils sechsstellige Eurobeträge soll den Kooperationspartnern das wert gewesen sein, recherchierte Volker Lilienthal, stellv. Leiter von epd medien, der dem Auditorium auch die entsprechenden Filmsequenzen vorstellte. Durch seine Berichterstattung über solche und andere „grenzverletzende Kooperationen“ im öffentlich-rechtlichen Fernsehen sei der „Legitimationsdruck in Gremien und Rundfunkräten erhöht“ worden. Sogar ein „10-Punkte-Plan“ gegen die „schleichende Selbstkommerzialisierung“ sei in die Diskussion gekommen. Gegensteuern bleibe dringend nötig, meinte Lilienthal, es seien von solchen Praktiken inzwischen nicht nur Unterhaltungsfilme, sondern auch Informationssendungen betroffen. 30.000 Euro soll beispielsweise die Bundesagentur für Arbeit für spezielle Informationsbeiträge in einem Verbrauchermagazin locker gemacht haben. Dass die genannten Beispiele „leider keine Einzelfälle“ seien, bekräftigte Dr. Manfred Redelfs aus dem Publikum. Als Leiter der Rechercheabteilung von Greenpeace bekomme man „jede Menge unredlicher Angebote“ von Medienproduktionen, die Markenwerbung und Unterneh-

menspräsentation „optisch attraktiv“ gegen Finanzierung zusichern, etwa in einem Dokumentarfilm über das Ballonfahren. Er forderte dazu auf, solche „Erosion von Journalismus“ nicht zu unterstützen und Widerstand zu formieren.

## Starke PR nimmt schwache Redaktionen in den Griff

Die Frage, ob eine starke PR zunehmend schwache Redaktionen in den Griff bekomme, bejahte Prof. Michael Haller von der Uni Leipzig weitgehend. Die Arbeit von PR-Agenturen habe sich in den vergangenen Jahren erheblich verbessert und auf die Bedürfnisse von Redaktionen eingestellt. „Öffentlichkeitsarbeit simuliert Journalismus oder versucht, sich als Trojanisches Pferd unerkannt einzuschleichen“, meinte Haller. Bei jüngsten Analysen seien zum Beispiel beim Hamburger Abendblatt durchschnittlich an jedem dritten Tag klassische PR-gesteuerte Berichte aufgefallen. Weniger offensichtlich sei das, wenn versucht werde, den Redaktionen Themen oder Texte unterzujubeln, bei denen Journalisten die PR-Zusammenhänge selbst kaum noch durchschauten. PR produziere sogar „affine Medien“ als Parallelsysteme zum Journalismus. Es gebe Fälle, wo PR Journalisten mittels Bestechung oder Rufschädigung diskreditiere.

Eine kontinuierliche Analyse des Lokalteils von sechs Regionalzeitungen habe ergeben, dass seit 1998 die Zahl der Texte, die nur noch auf eine Quelle verweisen, von 20 auf 30 Prozent gestiegen sei. Die Zahl der Beiträge mit zwei, drei oder gar mehr Quellen liege mittlerweile unter zehn Prozent. „Die Medien sägen an dem

Ast, auf dem sie sitzen“, schlussfolgerte Haller und verwies darauf, dass die „Zivilgesellschaft auf Transparenz angewiesen“ sei. Die könne nur durch innere Unabhängigkeit von Journalisten gewährleistet werden. In einer laufenden Benchmarking-Studie des Leipziger Instituts habe sich gezeigt, dass die Journalisten täglich für Recherche zur Verfügung stehende Zeit seit 1993 von 130 auf 90 Minuten gesunken sei. Haller wertete das als „deutliches Anzeichen, dass durch Produktionsdruck und schwindende Manpower in den Redaktionen die Tendenz zu unkritischer Berichterstattung wächst“. Um klarere Trennlinien zwischen Öffentlichkeitsarbeit und Journalismus zu ziehen, müsse redaktionelle Unabhängigkeit gestärkt und journalistische Infrastrukturen wieder verbessert werden, forderte der Referent. Auch die Journalismus- und Mediennutzungsforschung sowie bessere Aus- und Weiterbildung von Journalisten sollten dazu beitragen.

Fotos: Christian von Polentz / transit

**Bodo Hombach, Manfred Protze, Prof. Klaus Kocks (oben, v.l.n.r.) Prof. Michael Haller (unten) Inez Kühn moderierte (rechts)**

## Keine keck verführte heilige Jungfrau

Als „schwarzer Ritter der PR“ angekündigt, erklärte Prof. Klaus Kocks vom CATO-Institut zunächst, dass Öffentlichkeitsarbeit „mit Glaubwürdigkeit überhaupt nichts zu tun“ habe, „auch nichts mit Unabhängigkeit“. PR sei heute „kein Angebotsmarkt mehr, sondern ein Nachfragemarkt“. Das hänge auch damit zusammen, dass PR-Erzeugnisse mitunter besser seien als journalistische Texte. Ordnungspolitisch sei im PR-Bereich „nichts unklar“: Ein „PR-Manager verkauft identifizierbare Einzelinteressen“. Dagegen sei die Frage, wessen Interessen Journalisten vertreten, so einfach nicht zu beantworten. Das klassische Redaktionsmodell, das von einer gewissen Unabhängigkeit der Berichterstattung ausgeht, sei tot, meinte Kocks und belegte das mit einem fortschreitenden „Feauturerismus“, der sowohl die Trennung zwischen Information und Kommentierung als auch zwischen redaktionellem Teil und Werbung aufgehoben habe. Insofern habe sich ein „historisches Koordinatensystem aufgelöst“. Journalisten, aber auch kritische Leser, sollten sich zunehmend wie Historiker zu verhalten, für die gelte: „Jede Quelle ist suspekt.“ Insofern gelte es auch, den Journalismus vom Schein zu befreien, die vierte Gewalt zu sein. Er sei „keine heilige Jungfrau, die von kecken PR-Leuten verführt“ werde. Die Journalisten täten gut daran, eine Debatte um die Inhalte und die letztliche Verantwortung vor dem Leser im Interesse einer demokratischen Kultur selbst anzustoßen.

Der Beitrag löste heftige Diskussionen aus. „Soll man den Leuten sagen, sie mögen ungeschützt bumsen, nur weil HIV ohnehin auf dem Vormarsch ist?“, brachte der freie Journalist Dirk Dietz die mehrfach berührte Frage auf den Punkt, ob die aufgezeigten Tendenzen als unaufhaltbar hingenommen werden sollten. Nach der „Vermischung“ von PR und Journalismus müsse die Frage nach der „Entmischung“ legitim sein. Das fordere, über Wahrhaftigkeit zu reden, machte Diskussionsredner Rainer Butenschön geltend. Kersten Artus, Vorsitzende des Bauer-Konzern-Betriebsrats, forderte, über die Arbeitsbedingungen in den Redaktionen zu reden und eine Gegenöffentlichkeit zu schaffen. In zunehmender Aufweichung des redaktionellen Teils durch versteckte PR sah sie auch ein längerfristiges Risiko für das Anzeigengeschäft der Zeitungsverlage: „Wenn die Werbekunden solche PR bekommen, schalten sie keine Anzeigen mehr“. Eine „Gefahr der Systemvernichtung für beide Professionen“ hielt Prof. Kocks in seiner Replik durchaus für gegeben.

## Alle denkbaren Verstöße gegen das Trennungsgebot

Mit der Bemerkung, dass ein Verlag den Werberaum, den er vergebe, auch bezahlt haben wolle, knüpfte WAZ-Geschäftsführer Bodo Hombach an. Er sah weiteren Diskussionsbedarf und „durchaus gemeinsame Interessen“ am Disput, hielt sich dann aber an sein vorbereitetes Referat zur neuen Bedeutung des Tren-

nungsgebotes. Darin betonte er, dass in der wichtigen Frage der Durchsetzung und Belebung dieses Grundsatzes zwischen Verlagsmanagern und Deutscher Journalistinnen- und Journalisten-Union „im Ziel Übereinstimmung möglich ist“. Zur Situation analysierte Hombach: „Wir haben schon alles an Verstößen gegen das Trennungsgebot, was gegenwärtig ausdenk- und organisierbar ist.“ Ganze Berufsstände seien entstanden, die versuchten, „statt bezahlter Werbung bezahlte PR anzubieten oder beides zu kombinieren“. Für den Unterhaltungsbereich seien gar alle Dämme gebrochen. Nach seiner Beobachtung wirkten solche Tendenzen bei den elektronischen Medien und Magazinen noch ausgeprägter als bei Zeitungen, speziell regionalen. Doch auch hier verstärkten sich die Einflussversuche auf das Redaktionelle. Der Kampf gegen Schleichwerbung sei aus ökonomischen wie auch aus publizistischen Gründen nötig, erklärte Hombach und nannte als vorrangigen Grund die Glaubwürdigkeit. Nicht nur die Verlage, auch die Werbekunden könnten kein Interesse daran haben, dass „ihr Trägermedium an Glaubwürdigkeit verliert“. Was journalistische Qualität unter den veränderten Bedingungen bedeute, müssten zuerst die Journalisten unter sich diskutieren. „Wir Verlagsmanager müssen Qualität möglich machen“, endete Hombach. Eine Belebung des Trennungsgebotes gehöre zweifellos dazu.

In der Debatte wurde das Problem auskömmlicher Honorare für gut recherchierte Beiträge angeschnitten und, etwa von Burkhard Rexin, nach notwendigen Investitionen in feste Redaktionen gefragt. Den Grundsatz, am Produkt nicht zu sparen, habe die WAZ-Gruppe bisher durchgehalten, meinte Hombach. Martin Krehl (Westfälische Rundschau) hielt dem entgegen, dass die WAZ sich mit den Schülern der Journalistenschule Ruhr eine „Billiglohntruppe heranziehe“. Auch die Aussage, dass zwölf Volontäre mehr eingestellt worden seien, relativiere sich mit Blick auf deren Entlohnung und eine weitere Flexibilisierung der Beschäftigung im Konzern.

### Großes Bedürfnis nach inhaltlicher Debatte

Wegen Zeitverzuges entfiel die obligatorische Podiumsdiskussion. Das Programm war wohl allzu voll gepackt und das Bedürfnis nach inhaltlicher Debatte zu den einzelnen Referaten unterschätzt worden. Die Chance, unterschiedliche Standpunkte im direkten Aufeinandertreffen zu prüfen, wurde so leider vergeben. Trotzdem verließen die Teilnehmer die Veranstaltung mit Gewinn. Wesentliche Positionen wurden zum Abschluss in einer Resolution fixiert. Das brisante Thema werde alle Praktiker und natürlich die Journalistinnen- und Journalisten-Union auch in Zukunft beschäftigen, bekräftigte dju-Sprecher Malte Hinz im Schlusswort.

*Bettina Erdmann / Helma Nehrlich* ■

## Buchrezension: Die Abrechnung

# Ein Polizeireporter berichtet über 20 Jahre im Boulevardjournalismus

Dies ist „das erste echte Enthüllungsbuch über deutsche Redaktionsstuben seit Wallraffs legendärer Bücher über die Bild-Zeitung“, steht im Klappentext. Was ist von einem Buch zu halten, das so für sich wirbt? Mich stört der falsche Dativ. Müsste es nicht „seit Wallraffs legendären Büchern“ heißen? Was soll's, schon lese ich weiter im Klappentext: ... selbst gemachte Erfahrungen bei der großen deutschen Tageszeitung ... fast unglaubliche Begebenheiten aus der TV-Welt ... Manipulation des Bürgers durch die Medien – das sind Satzfetzen, an denen ich hängen bleibe. Traut sich da wirklich wieder mal einer, über Internas des Boulevardjournalismus zu schreiben?

Neugierig schlage ich „Die Abrechnung – Deutschland, deine Journalisten“ auf – neugierig auch auf den Autor Udo Schulze. Der ist 42 Jahre alt, ein Kind des Ruhrgebiets und seit 20 Jahren Journalist – man könnte auch sagen: angelernter Polizeireporter. Einige Uni-Semester Politik, Jura und Psychologie und vier Wochen Praktikum reichten 1984 für den Berufseinstieg. Auf ein Volontariat hofft Schulze vergeblich. Was er als freier Mitarbeiter – zeitweise auch fest angestellt – bei WAZ und NRZ in Essen, Bild in Kettwig, Halle, Stuttgart und Aachen, B.Z. in Berlin und beim RTL-Fernsehen in Köln erlebt, macht den Kern des Buches aus.

Bereits im Vorwort wird der Leser aufgefordert: „Lehnen Sie sich bequem zurück, suchen Sie Halt im Sessel. Denn was jetzt kommt, ist traurige Realität. Eine Realität, wie ich sie nahezu jeden Tag erlebte und noch erlebe.“ Journalismus in Deutschland – das ist für Schulze „der Tummelplatz der Eitelkeiten, der Treffpunkt von Barbaren und Cholerikern, von Kranken und Diktatoren; ein Mekka der Gesetzesbrecher und ein Sammelbecken Asozialer.“ In den meisten Redaktionen träfen sich täglich „geballte Ladungen“ Selbstüberschätzung und Unfähigkeit. „Was morgens im Briefkasten steckt oder abends über die Mattscheibe flimmert, ist in nicht wenigen Fällen das Produkt von gefährlichen Patienten“, so Schulze.

Die Täter, die morgens um 11 Uhr schon den Rotwein kreisen lassen, sind Schulzes frühere Kollegen und Chefs. Für kaum einen – übrigens praktisch alles Männer – hat er ein gutes Wort übrig. Alle nennt er mit Namen, auch wenn es nicht immer die echten sind oder nur Initialen. Immer ist klar, zu welcher Redaktion sie gehören. Personalisierung erzeugt Glaubwürdigkeit – nicht nur im Boulevardjournalismus. Schulze versteht sein Handwerk. Seine „Abrechnung“ mit den deutschen Journalisten – nicht nur seinen unmittelbaren Kollegen, liest sich über weite Stecken wie ein Krimi: Tatort Redaktion. Schulze lässt durchblicken, dass er unter dem Druck in den Redaktionen oft gelitten hat. Als freier Mitarbeiter fühlte er sich aber immer als schwächstes Glied, das mitspielen musste. Mit diesem Buch traut er sich heute mehr. Das gilt auch für den Extrem-Verlag in Alsfeld, der als britische LTD nur schwer zu verklagen ist und sich im Übrigen darüber freut, dass das Bundesministerium für Gesundheit und Soziale Sicherung bereits ein Exemplar bestellt hat. *Burkhard Rexin* ■

**Udo Schulze,**

**Die Abrechnung, Extrem-Verlag Alsfeld 2004,**

**ISBN 3-935054-13-0**

**204 Seiten, 19,80 Euro**

# Arbeit ohne Maß und Ende

## Redakteure und die Wahrnehmung ihrer Zeitinteressen

**Arbeit ohne Maß und Ende nimmt das Leben vieler Redakteurinnen und Redakteure in einer Intensität in den Griff, wie dies früher nicht annähernd der Fall war. Diese subjektiv geprägte Erkenntnis wird jetzt auch durch eine wissenschaftliche Studie bestätigt.**

Wie lange arbeite ich? Wie viele Stunden möchte ich arbeiten? Zu welchen Zeiten? Welchen Einfluss habe ich auf Lage und Länge meiner Arbeitszeit? Kann ich meine Freizeit verlässlich planen? Habe ich Zeit für mich selbst, für Freunde und Familie? Sind Arbeit und Leben noch in der Balance?

In den Streikwochen des vergangenen Frühjahrs, als quer durch die Republik zahlreiche Redakteurinnen und Redakteure an Tageszeitungen gegen die Zumutung der Verleger aufstanden, die tarifliche Wochenarbeitszeit unbezahlt um 3,5 Stunden verlängern zu wollen, wurden solche Fragen heiß diskutiert. Die Antworten fielen ernüchternd bis wütend aus.

Thomas Haipeter, Mitarbeiter des Instituts für Technik und Arbeit in Gelsenkirchen, hat auf Initiative von ver.di den Umgang mit der Zeit in Zeitungsverlagen untersucht – und eine gespaltene Realität entdeckt: Eine „Zone der Stabilität“ und daneben eine „Zone der Entkoppelung“ und „Entgrenzung“, wie Haipeter während einer Tagung der ver.di-Arbeitszeit-Initiative in Berlin formulierte.

Als „Zone der Stabilität“ beschreibt er die Abteilungen Druck und Verlag. Hier lägen die tarifvertragliche 35-Stunden-Woche und die tatsächlich geleisteten durchschnittlichen Wochenarbeitszeiten (35,8 Stunden in der Technik, 37,7 Stunden im Verlagsbereich) erfreulich eng beieinander. Der Druck, den das Medienkapital durch Rationalisierung, Personalabbau und Auslagerung auf die Intensivierung der Arbeit ausübe, habe für das Gros der dort Beschäftigten nicht zu einer Ausdehnung der tatsächlichen Arbeitszeiten geführt. Dank wachsamer Betriebsräte hätten Tarifverträge und Betriebsvereinbarungen diesem Druck auch dort stand gehalten, wo Arbeitszeiten (etwa über Zeitkonten oder Gleitzeitmodelle) flexibel geregelt seien.

### Keine Zeiterfassung

Dramatisch anders sei die Lage in den Redaktionen: „In diesen Bereichen ist die Prägekraft kollektivvertraglicher Arbeitszeitnormen weitgehend erodiert“, ermittelte der Wissenschaftler. In den Redaktionen seien vertragliche und tatsächlich abgeleistete Arbeitszeiten entkoppelt. Im Durchschnitt lägen sie über 43 Stunden und damit „mehr als 6,5 Stunden über dem vertraglichen Niveau.“ In den seltensten Fällen seien dies beantragte Mehrarbeitsstunden. Hinzu komme, dass Zeiterfassung in den Redaktionen die Ausnahme sei: „Arbeitszeiten, die nicht erfasst werden, werden aber auch nicht oder nur zu geringen Teilen kompensiert.“ Der Verfall von Arbeitszeiten – und damit auch relative Gehaltsminderungen – seien deshalb „in den Redaktionsbereichen ohne Zeiterfassung gängige Praxis.“

Die einzige tarifliche Arbeitszeitnorm, die in den Redaktionen mehr oder weniger prägend sei, „ist die Regelung der freien Tage und der Urlaubstage“. Allerdings werde auch der im Tarifvertrag für Mehrarbeit und freie Tage vorgegebene Ausgleichszeitraum von drei Monaten häufig nicht eingehalten: „In einzelnen Unternehmen oder einzelnen Redaktionsbereichen schieben die Beschäftigten eine große Zahl freier Tage vor sich her.“ Für diese „gravierenden Probleme“ ermittelte Haipeter mehrere Ursachen. Redakteure wiesen – ähnlich wie andere hoch qualifizierte Beschäftigte – „eine hohe intrinsische Motivation hinsichtlich der Inhalte ihrer Arbeit“ auf. Dieser innere Antrieb werde von ihnen „als ausgeprägtes Interesse an fachlich guter Arbeit und als journalistisches Ethos“ thematisiert. Das inhaltliche Interesse könne sich mit „einer engen Verbundenheit mit dem Unternehmen und dem Unternehmenserfolg“ paaren. Aus der Kombination beider Faktoren lasse sich eine „grundsätzliche Bereitschaft schließen, im Interesse an der Qualität der eigenen Arbeit und am Erfolg des Unternehmens durchaus auch länger zu arbeiten.“

Dies sei in den Redaktionen auch traditionell geschehen. Heute habe sich aber vieles grundlegend geändert: Die langen Arbeitszeiten hätten einen anderen Umfang und vor allem eine andere Qualität bekommen: „Waren sie früher eher eine freiwillige Gabe der Beschäftigten an ihr Unternehmen, so sind sie heute zu einem fast unentrinnbaren Sachzwang für die Beschäftigten geworden“, erläutert Haipeter. Der scheinbare „Sachzwang“ ergebe sich aus Strategien des Medienkapitals. Wie andere Unternehmer auch, konfrontierten die Verleger ihre Beschäftigten immer stärker direkt mit den Anforderungen und Risiken des Marktes. Durch Auslagerungen, Rationalisierung und eine „Personalpolitik der untersten Linie“ würden „betriebswirtschaftliche Probleme der Unternehmen in unmittelbare Probleme der Beschäftigten“ verwandelt. Die müssten sich nun direkt mit Fragen auseinander zu setzen, „die vormals Probleme des Managements waren“. Zugleich würden die Redaktionen aber weiterhin „nach konventionellen Mustern organisiert“. Zwar seien Redaktionen – bedingt durch die Anforderungen an journalistische Arbeit – traditionell durch ein hohes Maß an Selbstorganisation der Beschäftigten charakterisiert. „Aber auch in den Redaktionen ist formale Partizipation ein Fremdwort. Personelle Kontrolle, beispielsweise in Form der Anwesenheitskontrolle durch den Vorgesetzten, spielt weiterhin eine große Rolle.“ Anwesenheit werde als Indikator für Leistungsbereitschaft positiv sanktioniert. Ein Rückzug der Hierarchie, wie er moderne Formen einer ‚indirekten Steuerung‘ kennzeichnet, lasse sich „in den Zeitungsverlagen nicht erkennen“, urteilt Haipeter. So entstehe die Gefahr eines leistungspolitischen ‚Double Bind‘ für die Beschäftigten, einer „Überlagerung von Leistungsanforderungen“ durch klassische hierarchische und durch marktförmige Steuerungsformen.

### Betriebsräte als Anker

Die streikenden RedakteurInnen waren sich im Frühjahr 2004 bewusst, dass die abgewehrte Verlängerung der tariflichen Arbeitszeit ihnen nicht mehr als eine zweite Chance eröffnet hat: Statt die Verträge der schlechten Realität anzugleichen, können sie nun umgekehrt versuchen, ihre Arbeitszeiten zu begrenzen und

### Mehr ...

Mehr über Haipeters Studie und die Zeitinitiative von ver.di findet sich in dem materialreichen Buch: Frank Bsirske u.a.( Hrsg.):
Es ist Zeit. Das Logbuch für die ver.di-Arbeitszeitinitiative, VSA-Verlag, Hamburg 2004,
278 Seiten, 19,80 Euro

Abb: Dave Plunkert / Picture Press

auf ein menschliches und vertragskonformes Maß zu reduzieren. Dazu gilt es, in den Redaktionen entschiedene Initiativen zu ergreifen.

Haipeter gibt Hinweise, die aus Platzgründen hier nur teilweise skizziert werden können, woran diese Aktivitäten sich orientieren sollten. So weist er zu Recht darauf hin, dass den Betriebsräten eine „entscheidende Rolle" zukomme. Sie seien eine Art „Anker", müssten ihre Mitbestimmungsrechte ähnlich konsequent nutzen wie in der „Zone der Stabilität".

Die Interventionen müssten am traditionellen Selbstverständnis von Hochqualifizierten einer zumindest in Grenzen selbst organisierten Arbeitsgestaltung ansetzen: „Arbeitszeit muss wieder als relevante Variable in das Entscheidungskalkül der Beschäftigten eingehen. Dies aber lässt sich nur realisieren, wenn die Beschäftigten selbständig ihre Arbeitszeitinteressen wahrnehmen. Dann werden sie zwangsläufig auch die Auswirkungen der Unternehmensreorganisation zu diskutieren beginnen, sofern diese als Problem für die Wahrnehmung ihrer Zeitinteressen in Erscheinung treten", meint Haipeter. Er hofft, dass so Ansatzpunkte geschaffen werden, um in den Redaktionen „die Personalreduzierung und die Konfrontation der Beschäftigten mit den Marktrisiken als politische Probleme zu thematisieren und zu einem politischen Handlungsfeld für Beschäftigte, Betriebsräte und Gewerkschaften zu machen."

### Erfahrungsaustausch notwendig

Dies sei keine leichte Aufgabe, räumt Haipeter ein, doch wie die Kampagne „Arbeiten ohne Ende" der Betriebsräte bei IBM gezeigt habe, sei sie auch nicht ohne Erfolgsaussicht. Vordringliche Aufgabe von dju und ver.di wird es sein, schleunigst den Erfahrungsaustausch über Durchsetzungsstrategien für Arbeitszeitbegrenzungen in den Redaktionen zu intensivieren. Zu hoffen ist, dass sich daran Redakteure und Betriebsräte möglichst vieler Zeitungen beteiligen. Klar sollte sein: Wird diese Aufgabe verfehlt, dann wird der Streikerfolg verspielt und eine dritte Chance wird es für lange Zeit nicht geben. Das träfe gerade viele junge Kollegen, die die Verleger dank der Arbeitswut der fest angestellten Redakteure bislang mit prekären Beschäftigungsverhältnissen abspeisen. Wer wagt es, weiterhin so unsolidarisch zu sein?

*Rainer Butenschön* ■

# Mehr als graue Theorie

## Erfolgreiche Medienmacher mussten sich Fragen des Nachwuchses stellen

**An Universitäten, so eine weit verbreitete Meinung, lassen sich keine Journalisten ausbilden. Vom Elfenbeinturm aus könne man keine Praxis vermitteln, schon gar nicht angesichts der chronischen Unterfinanzierung der Hochschulen. Anhänger dieser Theorie straft jetzt Juniorprofessor Dr. Bernhard Pörksen Lügen.**

Gemeinsam mit dem Brand Eins-Redakteur Jens Bergmann gab Pörksen vom Institut für Journalistik und Kommunikationswissenschaft der Hamburger Universität 24 Studenten die Gelegenheit, ihr eigenes Buch zu schreiben. Fest stand zu Beginn des Semesters lediglich die Idee: Der Journalismus bleibt für viele ein Traumberuf, aber der Weg dorthin ist steinig – was fehlt, ist eine Orientierungshilfe. Wie schafft man den Einstieg in eine sich ständig verändernde Medienwelt? Wie bleibt man drin? Wie hält man sich flexibel? Ein Interviewband sollte entstehen, in dem sich die erfolgreichsten Medienmacher der Republik Fragen des Nachwuchses stellen.

Hitzige Diskussionen entbrannten im Seminar darüber, welche Profis interviewt werden sollten. Am Ende stand eine prominente Namensliste von Stefan Aust und Reinhold Beckmann bis zu Michael Spreng und Anne Will. Mit einer einzigen Ausnahme waren alle Angefragten bereit, bei dem Projekt mitzumachen. Spätestens jetzt war auch der Verleger Herbert von Halem überzeugt und nahm das „Trendbuch Journalismus" in seine neue Reihe Edition Medienpraxis auf. Für die Studenten begann das arbeitsintensivste Seminar ihrer Universitätslaufbahn: In Zweiergruppen bereiteten sie sich akribisch auf ihre Gesprächspartner vor, sammelten Informationen, legten Archive an, diskutierten mögliche Fragen und orakelten über eventuelle Antworten. Schließlich wäre nichts peinlicher, als vor den Profis amateurhaft zu wirken. Trotz penibelster Recherchen trat wohl keiner der Studierenden ohne erhöhten Puls seinem Gesprächspartner gegenüber. Es ist nun einmal alles andere als alltäglich, bei Kai Diekmann, dem Chefredakteur der Bild, auf dem heimischen Sofa zu sitzen oder mit dem Chef der Werbeagentur Scholz & Friends, Sebastian Turner, im ICE nach Berlin zu fahren.

Die Studenten merkten schnell, dass ein Interview nicht mit dem geführten Gespräch beendet ist. Die Verschriftlichung erwies sich sogar vielfach als noch schwieriger: Sollte das Interview ins Buch aufgenommen werden, musste es die Hürde des unbarmherzigen Textchefs Jens Bergmann nehmen. Es spricht also für die Qualität der Interviews, dass alle 28 geführten Gespräche im „Trendbuch Journalismus – Erfolgreiche Medienmacher über Ausbildung, Berufseinstieg und die Zukunft der Branche" veröffentlicht werden, das am 15. Dezember im Herbert von Halem Verlag erschien (300 Seiten; 16,– Euro; ISBN: 3-931606-87-2).

So viel, darüber sind sich die Studenten mit ihrem Professor einig, haben sie in so kurzer Zeit noch nie gelernt. Im nächsten Semester geht es weiter – mit der Vermarktung des Buches. *Julia Eikmann* ■

# Ratzfatz erziehen – die Kamera hält drauf

## Fünf Millionen sahen Supernanny am Bildschirm

**Erziehung ist manchmal mühsam, erfordert einen langen Atem, stellt komplexe Anforderungen an die Eltern. Ein schnelles Rezept gegen Nachwuchssorgen ist da verständlicherweise gefragt. Aber was haben Journalisten damit zu tun? Offenbar eine Menge: Denn mit den Erziehungsproblemen lässt sich Quote machen, wie die RTL- Reihe „Super Nanny" zeigt.**

Abb.: Lothar Schneider

Bis zu fünf Millionen Zuschauer verfolgen in der „Super Nanny" am Bildschirm, wie die Diplompädagogin Katharina Saalfrank für zwei Wochen in eine Problemfamilie mit verhaltensauffälligen Kindern geht, dort für Zucht und Ordnung sorgt und innerhalb kürzester Zeit aus den schwierigen Kindern (äußerlich) brave Kinder macht. Super Nanny gibt strenge Regeln vor, sperrt die Kinder auf „stille Treppen" oder ins Kinderzimmer, und rüffelt die Eltern für inkonsequentes Verhalten. Die Kamera ist ständig dabei – ob der renitente Nachwuchs „alleine" im Kinderzimmer sitzt oder vor lauter Verzweiflung droht, aus dem Fenster zu springen. Nicht nur Quotenrechner strahlen angesichts der Zuschauerzahlen, auch zahlreiche Printmedien berichten über die Super Nanny, sie hat offenbar einen Nerv getroffen.

### Rechte der Kinder verletzt

Geäußert haben sich aber auch zahlreiche kritische Stimmen, die diese Reihe zum einen aus pädagogischen, zum anderen auch aus journalistischen Gründen äußerst kritisch sehen. Sie wissen, es gibt einen immensen Bedarf an Informationen zum Thema Erziehung: viele Eltern sind angesichts der komplexen Welt, in die sie Kinder hinein erziehen, überfordert, vermissen Vorbilder, suchen Anhaltspunkte. Die Medien können und müssen hier einen Beitrag zur Aufklärung im besten Sinne leisten – schließlich geht es nicht nur Eltern etwas an, wie die nachwachsende Generation groß wird. Doch solche Sendungen müssen seriös sein. Wie bei allen anderen Themen auch muss eine gründliche Recherche zugrunde liegen, müssen Fachleute befragt und aktuelle Forschungsergebnisse einbezogen werden. Es gilt auch, Zusammenhänge aufzuzeigen, die Erziehung beeinflussen wie Arbeitslosigkeit und finanzielle Not, die Familien belastet oder Eheprobleme. Sie führen dazu, dass Kinder „re"- agieren und auffällig werden.

Der deutsche Kinderschutzbund hat in einer Erklärung deutlich gemacht, dass die schnellen Methoden der „Super Nanny" aus fachlicher Sicht unakzeptabel sind: die Super Nanny erreiche vielleicht kurzfristig eine Änderung des kindlichen Verhaltens, da die Ursachen jedoch unverändert bleiben, sei keine nachhaltige Wirkung zu erwarten. Natürlich, so die Experten, brauchen Kinder auch Grenzen, klare Regeln und verlässliche, konsequente Eltern. Doch die „Supernnanny" übe schlicht Macht aus und missachte die Rechte der Kinder.

So werde unter anderem das Recht des Kindes auf Würde verletzt: In einer Folge wird das problematische Kind öffentlich vor laufender Kamera als „Monsterkind" bezeichnet; das Recht auf Gewaltfreiheit: Die Problemkinder werden von „Super Nanny" körperlich traktiert; das Recht auf Wahrung der Privatsphäre: Alle Kinder, auch die Geschwisterkinder, werden mit vollem Namen, tatsächlicher Adresse etc. genannt und im Bild gezeigt, die Familie ist also öffentlich eindeutig zu identifizieren. Die für die Reihe „Super Nanny" zuständige Redakteurin Adomako weist diese Vorwürfe als „nicht fundiert" zurück, bezeichnet die Stellungnahme des Kinderschutzbundes als „Traktat" und sieht keinerlei Handlungsbedarf.

### Nicht die einzige Alternative

Für Eltern, die mit ihren Erziehungsproblemen besser fertig werden wollen, ist die „Super Nanny" keineswegs die einzige Alternative. Es existiert ein breites Angebot von Erziehungsberatungsstellen über Jugendämter bis zu Schuldnerberatung, zahlreiche Kinderorganisationen, Kirchen oder Privatinitiativen engagieren sich für Eltern und Kinder. Das sollte in Erziehungssendungen auch deutlich werden, fehlte jedoch zumindest in den ersten Folgen dieser Serie. Es gibt Elternkurse, die den Eltern seriöse Handreichungen für den sinnvollen Umgang mit den Kindern geben. Prof. Dr. Sigrid Tschöpe-Scheffler, Direktorin des Instituts für Kindheit, Jugend und Familie an der FH Köln und Leiterin des Forschungsprojekts „Erziehungskompetenzen unterstützen" hat verschiedene Elternkurse untersucht und kommt zu dem Schluss, dass fundierte, präventive Elternarbeit wie der Kurs „Starke Eltern – starke Kinder" des Kinderschutzbundes die elterliche Kompetenz deutlich erweitern kann und somit nachhaltig gelungene Erziehung fördert.

Nur: dieses Unterfangen ist mühsam, erfordert von den Eltern kontinuierliche Anstrengung und immer wieder neue Reflexion über das eigene Verhalten. Die „Super Nanny" dagegen bietet die scheinbar schnelle Lösung an. Das entspricht offenbar mehr dem Zeitgeist des Publikums als anspruchsvolle Beratungsarbeit. Das Ergebnis: die Erziehungsberater klagen darüber, dass jetzt einige Familien die The-

rapien abbrechen wollen, weil es „doch auch schneller geht“ wie die „Super Nanny“ zeige. Viele Eltern setzen ohne jede fachliche Begleitung das im Fernsehen Gesehene zu Hause um und Kinder, die Hilfe brauchen, werden gar nicht mehr zur Beratung gebracht.

### Medien verantwortlich

Die Medien, die ein solches Format ausstrahlen, haben also eine enorme Verantwortung, denn es hat Folgen. Vor allem für die direkt betroffenen Kinder, die in der Sendung vorgeführt und damit öffentlich abgestempelt werden.

Journalisten müssen bei der Arbeit mit Kindern eine angemessene Sprachebene haben, die Kinder vorher darüber informieren, was mit ihnen geschieht, ihnen das Recht geben, auf eine bestimmte Frage nicht zu antworten, wenn sie es nicht wollen. Kinder brauchen Vor- und Nachbetreuung bei den Aufnahmen, sie brauchen einen angemessenen Zeitrahmen und sie haben selbstverständlich ein Recht auf Wahrung ihrer Würde und ihrer Privatsphäre.

Leider lernen Journalisten dies alles selten in ihrer Ausbildung. (Zu den Ausnahmen gehört der WDR. Hier lernen Volontäre den Umgang mit Kindern vor Mikrofon und Kamera.) Es wäre zu wünschen, dass das Thema Erziehung mehr Raum in seriösen Sendungen bekommt, dass die Menschenrechte der Kinder auch in den Medien ernst genommen werden und dass nicht aus Quotengier dem Fastfood-Zeitgeist entsprechend die wertvolle Arbeit engagierter Kinderorganisationen und Fachleute konterkariert wird.

*Bergit Fesenfeld* ■

# Kaputt sparen

## Landesmedientag der dju Hessen und Rheinland-Pfalz / Saar zu journalistischer Qualität

**Im Frankfurter Gewerkschaftshaus diskutierten 100 Journalisten den Zusammenhang zwischen miesen Arbeitsbedingungen und schlechtem Journalismus. „Wird die Qualität kaputt gespart?“, so das Thema des Landesmedientags der dju Hessen und Rheinland-Pfalz / Saar 2004.**

Die Rezepte, einen Weg aus der Krise zu finden, seien stets die gleichen, monierte die Sprecherin des Landesvorstands der Deutschen Journalistinnen- und Journalisten Union (dju) in ver.di Hessen, Michaela Böhm: „Redakteure entlassen, Abteilungen auslagern, tarifliche Leistungen zusammenstutzen, die Honorare von freien Mitarbeitern kürzen“. Für die verbleibenden Journalisten bedeute dies Arbeitsintensivierung und -extensivierung: Der journalistische Alltag sei dadurch bestimmt, dass mehr Arbeit in die Zeit gestopft werde und zugleich länger gearbeitet werden müsse. „Wir hetzen und hasten durch unsere Arbeit, jeden Tag aufs Neue“.

Was dies für die Qualität bedeutet, erläuterte der Medienwissenschaftler Hans-Joachim Kleinsteuber (Uni Hamburg). Genüsslich zitierte er den Gesellschaftskritiker Kurt Tucholsky, der in einer Satire einen Redakteur zum Praktikanten sagen ließ: „Meldungen, deren Unwahrheit nicht oder erst nach zwei Wochen festgestellt werden können, sind wahr“. Kriterien für Journalismus benannte er so: Ist das Thema relevant? Ist die Darstellung originell und von verschiedenen Seiten beleuchtet?

Im Bezug auf die Einhaltung der Kriterien sah Kleinsteuber schwarz: In Sozialprestigeskalen rangierten Journalisten nicht oben. Durch marktstrategische Einflüsse entwickele sich die Presse am Leser vorbei. Der Grund: Nur zu einem Drittel seien Zeitungen vom Nutzer finanziert. Zu zwei Dritteln unterliege sie der Querfinanzierung der Werbewirtschaft. Um die Pressefreiheit zu erhalten, schlug der Medienwissenschaftler vor, Ombudsleute einzusetzen, die ein Forum für kritische Leser bilden. Das reflexive Element unter Journalisten müsse stärker angeregt werden. An Universitäten sei ein Diskurs zu führen, der die realen Arbeitsbedingungen kritisiert, so Kleinsteuber. Er warte darauf, dass Verleger sich endlich selbst ethisch binden.

### Weniger Zeilengeld und weniger Zeit für Recherche

Verschiedene Prototypen des Journalismus berichteten über ihren Arbeitsalltag und redeten Tacheles. Der freie Journalist Bernd Schmid aus Wiesbaden stellte sich als „Tagelöhner“ vor, der auf Zuruf Redaktionsdienste macht und für Zeilengeld schreibt: „Das Zeilengeld ist zunehmend weniger berauschend“, berichtete er. In kürzerer Zeit mehr Artikel fertigen zu müssen, beinhalte jedoch die Gefahr, schablonenhaft zu schreiben. Alexander Mühlenburg, unter anderem für das Fernsehen tätig, konstatierte, Beiträge, noch vor drei Jahren mit 3.000 Mark bezahlt, brächten ihm heute bisweilen nur 300 Euro. Die Vermarktung beanspruche die Hälfte seiner realen Arbeitzeit, für die Recherche bleibe entsprechend wenig.

Auch die journalistische Unabhängigkeit sah eine Redakteurin gefährdet. Bereits 1969 habe sie über „schöne Geschäftsstraßen“ berichten müssen, „drum herum gruppierten sich fröhlich Anzeigen“. Für Joachim Legatis, Redakteur der „Alsfelder Allgemeinen“, gehört das – wie inzwischen auch bei vielen überregionalen Zeitungen – zum Job. Seit zehn Jahren fertigten dort drei Redakteure täglich fünf Seiten auf diese Weise. Gespart worden sei an freien Mitarbeitern – beschäftigen könne man deshalb nur noch ungelernte Hobbyjournalisten.

Der Betriebsrat der Frankfurter Rundschau Viktor Kalla stellte fest, dass in Zeitungsredaktionen immer mehr Pauschalisten die gleiche Arbeit wie tariflich abgesicherte Redakteure verrichteten – nur schlechter bezahlt. Mediensekretär Manfred Moos (ver.di Hessen) bekräftigte, wenn mit der Tarifpolitik ein immer kleinerer Teil von Beschäftigten zu erreichen sei, müsse die Gewerkschaft diese traditionelle Form der Interessensvertretung hinterfragen. Er konstatierte eine „Entwicklung des Informationsproletariats“. Fazit von Redakteuren und Freiberuflern: „Wir müssen dafür sorgen, dass die Freien teuer werden, sonst werden feste Redakteure zunehmend ersetzbar durch billigere Kräfte.“ Der Frankfurter Theatermacher Michi Herl lieferte unter dem Titel „Zum Niedergang der journalistischen Ethik“ eine satirische Zukunftsvision: „Bis mittags die Eschenheimer Anlage säubern, dann schnell hoch in die Frankfurter Zeitungsredaktion, den Leitartikel verfassen“. Für Veranstalter gebe es bereits Seminarangebote: „Kritiken selbst verfassen – wenn der Redakteur nicht kommt“.

*Gitta Düperthal* ■

# Enteignung verhindern

## Urheber haben von der neuen Novelle nichts Positives zu erwarten

**Freie Journalistinnen und Fotografen sowie andere Kreative konnten Mitte 2002 jubeln: Trotz einer millionenschweren Gegenkampagne der Medienkonzerne beschloss der Bundestag eine Urheberrechtsreform, die ihnen einen gesetzlichen Anspruch auf „angemessene Vergütungen" zusichert. Was ist daraus geworden? Und worum geht es bei der Auseinandersetzung um die neue Novelle des Urheberrechts? Für «M» sprach Rüdiger Lühr mit dem ver.di-Urheberrechtler Wolfgang Schimmel.**

**M |** *Seit zweieinhalb Jahren haben Urheber in Deutschland per Gesetz Anspruch auf eine angemessene Vergütung für die Nutzung ihrer Werke. Gibt es die schon? Man hört eher von Kolleginnen und Kollegen, dass die Honorare in den Keller gehen.*

**WOLFGANG SCHIMMEL |** Beides gibt es: Medienbranchen, in denen schon immer halbwegs anständig, also angemessen, gezahlt wird, und andere, in denen die Honorare meist unangemessen niedrig sind, zum Beispiel bei vielen Tageszeitungen.
Der gesetzliche Anspruch auf angemessene Vergütung ist aber ein individueller, das heißt, der oder die Freie muss vom Auftraggeber, wenn er keine angemessene Vergütung zahlt, eine Nachbesserung einfordern oder besser gleich vernünftige Honorare vereinbaren. Viele haben aber die Sorge, dass damit Folgeaufträge gefährdet werden. Es ist deshalb schwer gemeinsame Aktionen zur – notfalls gerichtlichen – Durchsetzung der angemessenen Vergütung zu organisieren.

**M |** *Nun sind die ersten Forderungen auf angemessene Vergütungen aus dem Jahr 2001 zum Jahreswechsel verjährt. Gibt es von ver.di unterstützte Gerichtsklagen?*

**SCHIMMEL |** Stimmt leider: Eventuelle Ansprüche auf Nachbesserung von Verträgen aus dem zweiten Halbjahr 2001 sind verjährt, wenn nicht rechzeitig Klage erhoben wurde. Eine zweistellige Zahl an Klagen wurde aber – unterstützt von ver.di mit Rechtsschutz – eingereicht. Hier geht es um langfristige Verträge, namentlich von Literaturübersetzern. Unsere Übersetzer sind da mutiger als freie Journalisten.

**M |** *Die dju in ver.di und der DJV haben Entwürfe für gemeinsame Vergütungsregeln bei Tageszeitungen und Zeitschriften bereits im August 2002 an die Verlegerverbände übermittelt. Wie ist der Stand?*

**SCHIMMEL |** Die Verhandlungen gestalten sich wie erwartet langwierig und schwierig, aber bisher nicht unkonstruktiv. Allerdings geht es immer noch um die Rahmenbedingungen. Beim Kern, wie viel Honorar für welche Nutzung gezahlt wird, sind wir noch nicht angekommen. Hier wird sich zeigen, ob eine Verhandlungslösung möglich ist, wir ins Schlichtungsverfahren gehen oder uns gar andere Verhandlungspartner, also einzelne Verlage oder Verleger-Landesverbände, suchen müssen.

Bei den Schriftstellern übrigens liegt ein Kompromissvorschlag für gemeinsame Vergütungsregeln aus dem Bundesjustizministerium auf dem Tisch und in der Filmbranche sieht es auch nicht schlecht aus: Der Wille zur Einigung ist auf beiden Seiten da, der Weg dahin aber noch ein Stück weit.

**M |** *Wenn die Verhandlungen immer länger dauern, droht doch das Interesse der Betroffenen abzubröckeln.*

**SCHIMMEL |** Ich habe eher das Gefühl, dass der Druck der Freien, dass jetzt endlich was passieren muss, wächst. Er sollte sich aber nicht nur auf die dju ausrichten. Etwas mehr Rückgrat gegenüber dem eigenen Auftraggeber und mehr Druck auf die Verleger insgesamt wäre durchaus angebracht.

Foto: Jürgen Seidel

**Wolfgang Schimmel war als Justitiar bereits bei der IG Druck und Papier und der IG Medien für Urheberrecht zuständig. Für ver.di nahm er an den Arbeitsgruppen-Beratungen zum „2. Korb" teil. Außerdem ist er Verhandlungsführer bei den Vergütungsverhandlungen für Tageszeitungen und Zeitschriften.**

**M |** *Gleichzeitig verschlechtern sich die Rahmenbedingungen. Stichwort „Zweiter Korb", die neue Urheberrechtsnovelle. Agenda-2010-Politik zu Gunsten der Medien- und IT-Konzerne?*

**SCHIMMEL |** Ja, so kann man das sagen. Von dem, was das Bundesjustizministerium mit dem Referentenentwurf vorgelegt hat, können die Urheber nichts Positives erwarten. Es sind fast nur Änderungen zu Gunsten von Verwertern und Geräteherstellern beabsichtigt. Ich war in allen elf Arbeitsgruppen für ver.di dabei. Aber deren Ergebnisse sind teilweise völlig ignoriert worden, so beim Paragraf 31 Absatz 4.

**M |** *Worum geht es dabei?*

**SCHIMMEL |** Eine Schutzvorschrift, die Vereinbarungen über unbekannte Nutzungsarten unmöglich macht. Sie hat bisher verhindert, dass Urheber zu einem Buyout auch für solche Nutzungen ihrer Werke gezwungen werden konnten, die bei Vertragsabschluss noch gar nicht bekannt oder gebräuchlich waren wie CD-ROM oder Internet. Nun soll sie gestrichen werden.
Und nicht nur das. Durch eine Übergangsvorschrift sollen diese Rechte rückwirkend

### § 11 Urheberrechtsgesetz

Das Urheberrecht schützt den Urheber in seiner geistigen und persönlichen Beziehung zum Werk und in der Nutzung des Werkes. Es dient zugleich der Sicherung einer angemessenen Vergütung für die Nutzung des Werkes.

ab 1966 an die Verwerter übertragen werden. Das ist eine Enteignung der Urheber per Gesetz, die nicht hinnehmbar ist.

**M |** *Was enthält der Referentenentwurf noch?*

**SCHIMMEL |** Interessant ist auch, was nicht. Nämlich alle Forderungen der Urheberverbände wie Ausstellungsvergütungen, Künstlergemeinschaftsrecht, doppelter Schadenersatz bei Urheberrechtsverletzungen und Regelungen zu elektronischen Pressespiegeln. Geschwächt werden soll außerdem die Rechtsstellung der Filmurheber und der anderen Filmschaffenden.
Besonders gravierend würde sich aber die geplante Neuregelung der Vergütungen auf Geräte und Speichermedien auswirken, also das, was Urheber als Ausgleich für die legale Privatkopie erhalten. Diese Vergütungen sollen an den Preis der Hardware gekoppelt werden. Der ist aber bekanntlich bei allen Geräten und Speichermedien drastisch gefallen und wird das weiter tun. Wenn dies Wirklichkeit würde, bekämen die Urheber vielleicht noch zehn oder zwanzig Prozent der jetzigen Gelder, die über die Verwertungsgesellschaften verteilt werden. Das wäre eine weitere Enteignung der Urheber und muss verhindert werden.

**M |** *Wie sind die Chancen dafür?*

**SCHIMMEL |** Die Urheberverbände sind sich in ihrer Ablehnung einig. Andererseits sind die IT-Industrie und die Verwerter immer noch nicht zufrieden und machen Druck speziell auf Wirtschaftsministerium und Kanzleramt. Da nützt Überzeugungsarbeit nur bedingt. Wie beim Urhebervertragsrecht werden deshalb auch die Betroffenen, also Autoren, Journalistinnen, Fotografen und Künstlerinnen, selbst aktiv werden müssen. Schließlich geht es ja auch um keinen geringen Teil ihrer Einkünfte.

*Rüdiger Lühr ist Fachjournalist für Urheber- und Medienrecht und Sprecher der dju-AG Urheberrecht* ■

## Aktuelle Urteile zum Urheberrecht

### Auskunftsanspruch

Erstmals hat ein deutsches Gericht bei einer Urheberrechtsverletzung einen Internetprovider zur Auskunft über die Identität eines Kunden verurteilt und dies aus dem Urheberrechtsgesetz (UrhG) hergeleitet. Solche Daten wurden bisher nur für eine strafrechtliche Verfolgung durch die Strafbehörden zur Verfügung gestellt.
Das Landgericht Hamburg bejahte in einem Urteil vom 7. Juli 2004 (Az.: 308 O 264/04) einen Auskunftsanspruch der Musikgruppe „Rammstein" gegen den Betreiber eines FTP-Servers, auf dem sich zwei Songs der Gruppe befanden, unter analoger Anwendung von § 101 a UrhG. Das Hamburger Urteil steht allerdings im klaren Widerspruch zur bisherigen herrschenden Meinung im Datenschutzrecht. Auch dass im Rahmen der Urheberrechtsreform („Zweiter Korb") die Forderung nach einer expliziten gesetzlichen Verankerung eines solchen Auskunftsanspruches gefordert wird, macht deutlich, dass sie bisher aus dem Gesetz kaum herzuleiten ist. *lü* ■

**Urteil: www.afs-rechtsanwaelte.de/Pages/urteile128.htm**

### Legale Website-Plagiate?

Viel Wirbel hat ein Urteil des Oberlandesgerichtes Hamm vom 24. August 2004 (Az.: 4 U 51/04) in der Multimedia- und Werbe-Szene ausgelöst. „Oberlandesgericht legalisiert Website-Plagiate" titelte etwa das Online-Branchenmedium iBusiness. Doch solch reißerische Schlagzeilen sind durch den Gerichtsentscheid mitnichten gedeckt.
In der Berufungsklage eines Fullsize-Providers gegen eine Webdesign-Agentur ging es um die Unterlassung der Verwendung von drei Computergrafiken sowie des gesamten Designs der Website aus urheber- und wettbewerbsrechtlichen Gründen. Das OLG lehnte die Berufung ab. Bei den drei Grafiken („Fotografien, die am Computer lediglich verfremdet worden sind, um gewisse Hell-Dunkel-Effekte zu erzielen.") fehle es an der „erforderlichen Schöpfungshöhe" für den urheberrechtlichen Schutz als Lichtbilder. Aus dem selben Grund verneinten die Richter auch die Schutzfähigkeit der Website insgesamt als Sprachwerk. Ebenso lehnte das OLG einen Unterlassungsanspruch aus wettbewerbsrechtlichen Gründen ab, weil sich die beiden Internetauftritte signifikant unterschieden und aus der bloßen Übernahme einer blau-roten Farbkombination keine wettbewerbswidrige Verhaltensweise begründet werden könne. Es ging hier also um einen Einzelfall mit einer speziellen Konstellation und nicht um die Übernahme einer ganzen Webseite. *lü* ■

**Urteil: www.jurpc.de/rechtspr/ 20040260.htm**
**iBusiness-Artikel: www.ibusiness.de/talk/?befehl=show&beitrag=1097243097jg#1097243097jg**

## IFG: Statt Amtsgeheimnis mehr Transparenz

BERLIN. Der Entwurf eines Informationsfreiheitsgesetzes (IFG) wurde am 17. Dezember in erster Lesung im Deutschen Bundestag beraten. „Mit dem Informationsfreiheitsgesetz wird die Möglichkeit für einen Kulturwandel in der Verwaltung eröffnet. Endlich soll das obrigkeitsstaatliche Erbe des Amtsgeheimnisses überwunden und der Grundsatz der Transparenz zum Prinzip erhoben werden. Die Mauer, mit der sich die öffentliche Verwaltung zum Schutz vor der Neugier der Bürger umgibt, beginnt zu bröckeln", so Dr. Christoph Bruch von der Humanistischen Union. Mit dem Informationsfreiheitsgesetz erhalten alle Bürger und alle Journalisten das Recht, Unterlagen öffentlicher Stellen einzusehen oder Informationen daraus anzufordern. Eine Antragsbegründung oder eine persönliche Betroffenheit sind nicht erforderlich. Falls die Behörde der Meinung ist, Informationen aufgrund von Ausnahmeklauseln nicht herausgeben zu müssen, muss sie dies begründen. Leider hat der Gesetzentwurf unter anderem gerade hier erhebliche Schwächen. So wird der Grundsatz der Transparenz durch weitgefasste Ausnahmeregelungen, vor allem bei den Betriebs- und Geschäftsgeheimnissen zum Teil wieder ausgehebelt.

Das Bündnis aus den Journalistenorganisationen Netzwerk Recherche e.V., Deutscher Journalisten-Verband (DJV), Deutsche Journalistinnen- und Journalisten-Union in ver.di (dju) sowie der Anti-Korruptions-Organisation Transparency International (Deutsches Chapter) und der Bürgerrechtsgruppe Humanistische Union hatte sich im vergangenen Jahr zusammengetan, um einen eigenen Gesetzentwurf für das Informationsfreiheitsgesetz auszuarbeiten. Die Vorlage wurde im Frühjahr 2004 an Bundestagspräsident Thierse übergeben und an alle Abgeordneten geschickt. Durch diese Aktion, laut ver.di-Justitiar Helmut Platow „ein Akt demokratischer Notwehr", wurde die Debatte um das schon totgesagte Informationsfreiheitsgesetz wiederbelebt. Seit Jahren war das Reformprojekt von der Regierung angekündigt worden, aber stets am Widerstand von Ministerialbeamten und auf Geheimhaltung bedachten Wirtschaftsverbänden gescheitert. Zuletzt versuchten sogar Kanzleramt und Innenministerium, die Gesetzesvorlage kurzfristig wieder von der Tagesordnung des Bundestages zu kippen. (M 7–8; 11; 12/2003) *red.* ■

# Interessenvertreter über Ländergrenzen hinaus

## Mehr Europäische Betriebsräte in Gründung trotz schwieriger Zusammenarbeit

**Die Gründung von Eurobetriebsräten (EBR) steht vielerorts auf der Tagesordnung. Kein leichtes Unterfangen, nicht zuletzt wegen der Sprachbarrieren. Deshalb gab es Ende Oktober 2004 in Kassel ein Seminar zu diesem Thema. Vermittelt wurde Spezialwissen über die für europäische Betriebsräte geltenden Gesetze. EBR-Vereinbarungen wurden vorgestellt. EBR-Kollegen, unter anderem von Gruner + Jahr und Burda berichteten von ihren Erfahrungen.**

Anfang 1996 sprach Lothar Hartmann kein Wort Englisch. Heute kann er sich gut verständigen, Diskussionen folgen, frei reden. „Als wir den Euro-Betriebsrat bei der SCA („Zewa wisch und weg") gründeten, nahmen wir einen Passus in die Vereinbarung auf, dass jeder im EBR innerhalb von zwei Jahren Englisch sprechen muss", erzählt der GBR-Vorsitzende der SCA Packaging Deutschland, „also lernte ich die Sprache." Das Unternehmen zahlt die notwendigen Schulungen. „Ich fuhr in fünf Jahren sieben Wochen nach England und lernte die Sprache so gut, dass ich den EBR-Vorsitz für einige Jahre übernehmen konnte", sagt Lothar. Er ist einer von 13 Betriebsratsmitgliedern aus den Branchen des Medien-Fachbereiches in ver.di, die an dem Euro-Seminar in Kassel teilgenommen haben. Die anderen schauen den Kollegen skeptisch an: Darf man einen Mandatsträger verpflichten, eine Sprache zu lernen? Wird die Einstiegsvoraussetzung nicht viel zu hoch gelegt, um beim EBR mitzumachen? Lothar selbstkritisch: „Zwar fehlt das Gefühl für sprachliche Feinheiten, was immer wieder dazu führt, dass ich gerade die Briten falsch interpretiere. Andererseits ermöglicht uns die gemeinsame Sprache die Kommunikation außerhalb der Sitzungen, so dass wir zu einem besseren Verständnis untereinander kommen."

### Problem Sprachhürden

Sprache ist ein Haupthindernis bei der Verständigung: Bertelsmann – einer der weltgrößten Medienkonzerne – hat wie die SCA mehrere Eurobetriebsräte, zum Beispiel in der Direct Group. Heinz Willikonsky, GBR-Vorsitzender der Buchclubs und EBR-Mitglied, erzählt: „Seit zehn Jahren gibt es bei uns Euro-Betriebsräte. Sie tagen gemeinsam mit der Unternehmensleitung, treffen sich aber auch ohne Arbeitgebervertreter. Diese Treffen werden zwar simultan übersetzt, leider mit wechselnden Übersetzern. Das ist ein Problem: „Die kennen unsere Themen nicht, da gehen Inhalte verloren."

Die überwiegende Erfahrung: Ist der Euro-BR erst einmal installiert, kommt es zwischen den Sitzungen kaum zum Kontakt mit den internationalen Vertretern. Je nach Unternehmensstruktur und Stammsitz gibt es außerdem ständige Veränderungen: Auslagerung, Kauf- und Verkauf von Teilbetrieben oder ganzen Standorten. 85 Prozent aller EBRs treffen sich nur einmal jährlich. Eine weitere Tatsache: Selten sind Gewerkschaftsvertreter dabei, wie zum Beispiel bei Burda.

### Große Vielfalt an Strukturen

Die Arbeitsgrundlagen eines EBR regelt ein Vereinbarung, die zwischen Unternehmen und einem so genannten Besonderem Verhandlungsgremium (BVG) abgeschlossen wird. Das setzt sich aus Interessenvertretern der beteiligten Länder zusammen, die entweder von ihren Betriebsräten oder ihrer Belegschaft gewählt oder von ihren Gewerkschaften entsandt werden – je nach nationaler Regel. „Die EU-Richtlinie schreibt vor, dass jedes EU-Land nationale Umsetzungsgesetze schaffen musste. Deswegen gibt es eine große Vielfalt und Unüberschaubarkeit der Euro-Betriebsratsstrukturen", so Holger Artus, stellvertretender Bundesfach-

### Abgemahnt

Die Autorin Kersten Artus ist Betriebsratsvorsitzende Programmzeitschriften bei der Bauer Verlagsgruppe. Sie trat im November die Nachfolge von Ulla Meyer als Konzernbetriebsratsvorsitzende an. Außerdem wurde sie zur Vorsitzenden des Besonderen Verhandlungsgremiums gewählt, das mit der Konzernleitung eine Vereinbarung zur Gründung des Bauer-EBR verhandeln will. Für ihre Teilnahme am EBR-Seminar in Kassel wurde Kersten Artus abgemahnt. Das Gehalt für die drei Tage „unentschuldigtes Fehlen" wurde ihr abgezogen. Begründung: Es reiche, wenn ein BR-Mitglied – in dem Fall Thomas Laskowsky aus Magdeburg – zum Seminar fahre. Die Betriebsrätin klagt dagegen.

Fotos: Kersten Artus

**Fotos: Szenen aus dem Seminar. Vorne referieren Josef Peitz und HolgerArtus (oben). Konzentriertes Arbeiten (Mitte).**

**Jörg Kerwien, BR-Vorsitzender Springer Berlin-Spandau, Renate Gensch, BR-Vorsitzende Berliner Verlag, Josef Peitz, ver.di, Lothar Hartmann, GBR-Vorsitzender SCA Packaging Deutschland während des Seminars in Kassel (unten, v.l.n.r.).**

gruppenvorsitzender Verlage und Agenturen. „ver.di steht vor dem Problem, dass es in einigen Unternehmensgruppen seit Jahren Euro-Betriebsräte gibt – 130 im gesamten Organisationsbereich der Gewerkschaft – in anderen überhaupt noch keine. Wir bemühen uns jetzt, in weiteren Unternehmen diesen Prozess anzuschieben – vor dem Hintergrund der Osterweiterung der EU."

Das geschieht zum Beispiel bei der Bauer Verlagsgruppe und dem Axel Springer Verlag. Bei Bauer wurde das Besondere Verhandlungsgremium gegründet mit Vertretern aus Madrid, Paris, London, Magdeburg und Hamburg. Teilnehmer aus Polen sind noch nicht dabei. „Wir bemühen uns jetzt um Ansprechpartner", sagt BVG-Mitglied Thomas Laskowsky von der Magdeburger Volksstimme. Und bei Springer? Vor einigen Monaten bereits trafen sich Kollegen aus Deutschland und Vertreter der neun ungarischen Zeitungs-Betriebsräte. Vom Springer-Vorstandvorsitzenden Dr. Mathias Döpfner lag eine Grußadresse vor. Jörg Kerwien, Druckhaus Spandau: „Wir sind zuversichtlich, dass wir bald eine Vereinbarung für den Eurobetriebsrat abschließen können."

### Kein Reisetourismus

Josef Peitz, ver.di-Fachgruppenleiter für die Druckindustrie und Papierverarbeitung sieht noch weitere Möglichkeiten, die internationale Zusammenarbeit von Betriebsräten über die nationalen Grenzen hinaus zu verbessern. „Wir müssen unseren Kollegen in den deutschen Betriebsräten vermitteln, dass ein Euro-Betriebsrat nichts mit Reisetourismus zu tun hat, sondern mit Interessenvertretungsarbeit in einem internationalem Gremium." Lothar Hartmann ergänzt: „Wichtige Entscheidungen werden heute nicht mehr national oder im Werk vor Ort getroffen. Beinahe immer sind die Konzernzentralen einbezogen, sei es als Geldgeber oder um eine lokale Entscheidung abzunicken. Ohne den EBR würde uns in fast allen wichtigen Fällen die Möglichkeit der Einflussnahme fehlen. Außerdem wäre eine wichtige Informationsquelle versperrt."

Es soll nicht bei diesem einen Seminar bleiben. Im Internet steht seit Kassel allen Teilnehmern ein internes Forum zur Verfügung, in dem sie virtuell ihre Erfahrungen weiter austauschen können. Ein weiteres Treffen soll 2005 stattfinden.

*Kersten Artus* ■

# Kein Anschluss unter dieser Nummer

## Redakteur trotz gewonnenem Prozess ins „Exil" getrieben

**Auf der Suche nach Kündigungsgründen hat schon manche Verlagsspitze ungewohnte Kreativität entwickelt. Bei Bauers Neuer Revue wurde im Dezember vergangenen Jahres der ungewöhnliche Vorwurf der „Betriebsspionage" gegen zwei Redakteure erhoben. Als „Beweis" wurden rechtswidrig ausgewertete Telefonverbindungen ins Feld geführt.**

Abb: Picture Press / Dennis Harms

Erstinstanzlich haben beide Beschuldigte die Prozesse gegen ihre fristlose Entlassung gewonnen. Ein Kläger einigte sich mit dem Verlag, Matthias Bothe besteht auf seiner Weiterbeschäftigung.

Der Redakteur sitzt seit Monaten rund zehn Kilometer von der Redaktion der Neuen Revue entfernt in einem acht Quadratmeter großen Büro – in direkter Nachbarschaft zur Personalabteilung. Seit er in erster Instanz seine Klage gegen die vom Verlag ausgesprochene fristlose Kündigung gewonnen hat, darf er wieder an einem Schreibtisch sitzen. Allerdings nicht nur räumlich weit von der Redaktion entfernt. Über seinen Computer hat er keinen Zugriff auf das System der Neuen Revue. „Um ein Fax zu senden, frage ich freundlich bei der Personalabteilung, ob ich ihr Gerät benutzen darf", sagt Matthias Bothe. Trotz der kollegialen Hilfe, gerade dort wurde der Richterspruch wenig begeistert aufgenommen, der Verlag hat Berufung eingelegt.

Seinen Anfang nahm der bizarre Fall bereits Anfang Dezember 2003. Damals erhielten Matthias Bothe und ein Kollege die fristlose Kündigung. Der Vorwurf: Sie sollen Exklusivgeschichten an die Konkurrenz verraten haben. Als Beleg dienten Nachweise von Telefonverbindungen, die vom Verlag Monate zurück ausgewertet wurden. Unter anderem hatte Matthias Bothe mehrfach die Zentrale des Axel-Springer-Verlags in Berlin angerufen. Daraus schlossen die Verantwortlichen im Verlag, er habe den Boulevardblättern B.Z. und Bild berichtet, woran die Neue Revue gerade arbeitet. Bothe soll unter anderem eine „exklusive" Geschichte über Harald Juhnke der Bild-Zeitung verraten haben.

### Pflichtverletzung durch Verlag

Dabei hatten die Kollegen der Bild den zeitlich verzögerten Umweg über die Neue Revue gar nicht nötig: Die ebenfalls bei Springer erscheinende B.Z. hatte bereits die Neuigkeiten über Juhnke gedruckt und aus diesem Text wurde bei der Neuen Revue auch zitiert. „Was hätte ich da noch verraten können?", fragt sich nicht nur Matthias Bothe. Dem Gericht erschienen die Vorwürfe ebenfalls unschlüssig. Zusätzlich widerspricht die Auswertung von Telefonverbindungen eindeutig einer Konzernbetriebsvereinbarung. Und die zuständigen Richter schrieben in ihr Urteil: „Das Verwertungsverbot gilt strikt". Das „rechtswidrig erlangte Wissen um Telefonate des Klägers" stelle eine „Pflichtverletzung" dar und er solle „zu unveränderten Bedingungen" weiterbeschäftigt werden. Für Matthias Bothe an seinem Exilarbeitsplatz ein ebenso schwacher Trost wie die Tatsache, dass er während seiner monatelangen Abwesenheit als Ersatzmitglied in den Betriebsrat gewählt wurde. Die Pressestelle des Bauer-Verlags wollte sich nicht zu dem Vorgang äußern. *sil* ■

## Verlagsgenossenschaft gibt Zeitung heraus

GÖTTINGEN. In Göttingen wurde die Verlagsgenossenschaft Göttinger Wochenzeitung e. G. gegründet. Auf der Gründungsversammlung im Ausbildungsrestaurant von Arbeit&Leben gaben Ende November 50 anwesende Gründungsmitglieder ihre Zustimmung zu Satzung und Redaktionsstatut. Zum ersten geschäftsführenden Vorstandsvorsitzenden bestimmte der Aufsichtsrat den Kulturmanager und ehemaligen Geschäftsführer des StadtRadio-Göttingen, Jens Wortmann. In den ehrenamtlichen Vorstand wurden Gabriele Sümer, Hendrik Abel und Jürgen Bartz berufen.

197 Personen und Unternehmen waren zuvor durch Zeichnung von Anteilen im Wert von jeweils 100 Euro Miteigentümer der Genossenschaft und Mitherausgeber der zukünftigen Zeitung geworden. Über 30.000 Euro Startkapital sind auf diesem Wege zusammengekommen. Mit einem regelmäßigen Erscheinen der Zeitung ist frühestens im März zu rechnen.

„Wir sind optimistisch, dass die Rechtsform der Genossenschaft für eine Lokalzeitung sogar noch größere Möglichkeiten und Chancen bietet als für überregional erscheinende genossenschaftliche Zeitungen wie die taz und die junge Welt“, erklärt Jürgen Bartz, der das Zeitungsprojekt im Sommer 2003 mit Jens Wortmann initiiert hat. Anlass der Initiative war damals die Unzufriedenheit mit der Berichterstattung der Göttinger Monopolpresse (Göttinger Tageblatt, Madsack).

*red.* ■

*www.goettinger-wochenzeitung.de*

## Rottweiler Zeitung durch Bürgerengagement

ROTTWEIL. Seit dem 27. November 2004 erscheint die Neue Rottweiler Zeitung (NWRZ), die es bislang nur online gab, auch gedruckt. Vorerst nur einmal am Wochenende, inzwischen in einer Auflage von 16.500. Die NWRZ wird auf Initiative des gleichnamigen Vereins herausgegeben. Dieser war vor Monaten aus Protest gegen die Schließung der Schwäbischen Zeitung in Rottweil und Schramberg entstanden. Die NWRZ geht kostenlos an alle Haushalte im Verbreitungsgebiet. Sie setze auf Anzeigen, sei aber kein Anzeigenblatt, heißt es unter www.nrwz.de online wird auf dieser Website täglich aktuell aus der Region berichtet. *red.* ■

# Zeitungseinerlei

### Hamburg braucht eine neue Tageszeitung, meinen Journalisten

**„Hamburg braucht eine neue Tagezeitung!“ So provokant der Titel auch war – so sehr wurde die These Ende vergangenen Jahres auf einer offenen Diskussionsveranstaltung der Hamburger dju in ver.di bestätigt.**

Gut 150 Journalistinnen und Journalisten waren gekommen und unter der Moderation vom Hamburger dju-Sprecher Fritz Gleiß kamen fast dreißig von ihnen zu Wort. Dietrich Rusche, medienpolitischer Sprecher der CDU, überraschte die Anwesenden: „Eine neue Zeitung in Hamburg“, stellte der Altonaer Bürgerschaftsabgeordnete fest, „würde jedem in der Stadt zugute kommen“. Warum, hatten einleitend Prof. Hans Kleinsteuber wissenschaftlich und Vorstandsmitglied Wulf Beleites ironisch deutlich gemacht. Die Konzentration der Medien in einer Hand, sprich: bei der Axel Springer AG, ist in kaum einer deutschen Stadt so hoch wie in Hamburg.

Foto: Petra Dreßler

Beleites: „Es herrscht ein tägliches Zeitungs-Einerlei: Da haben wir ein bisschen rechter die Bild, ein bisschen konservativer die Welt, ein bisschen aufgeschlossener die Morgenpost ein bisschen betulicher das Abendblatt und ein bisschen kleiner die taz. Ein Zeitungs-Brei, der sich nur geringfügig unterscheidet.“

Peggy Parnass, Grande Dame der freiberuflichen Gerichtsreporter und manchen Anwesenden ein Vorbild, konstatierte nüchtern: „Ich werde meine Themen nicht mehr los.“ Allein schon deshalb würde sie eine neue Zeitung begrüßen. In diese Kerbe schlug fast jede und jeder an diesem Abend. Parnass auch war es, die den Gedanken aufgriff, bestehende Zeitungen aufzupäppeln, wie z. B. die taz, oder sich für einen gut wahrnehmbaren Hamburg-Teil in der Süddeutschen Zeitung einzusetzen. Günter Beling, verantwortlicher Redakteur für die Hamburg-Seite des Berliner Tagesspiegels vor der letzten Bürgerschaftswahl, musste dämpfen: „Das war ein begrenzter Versuch. Das hat Spaß gemacht und die Resonanz war groß. Berlin ist beeindruckt, scheut aber die Kosten, diesen Versuch auszubauen.“ SPD-Mediensprecher Uwe Grund, der vor einem Besuch der Veranstaltung mehrfach gewarnt worden war und jede „Kritik an Springer“ für nahezu „tödlich“ erklärte, blies ins gleiche Horn: Es müsse gelingen, ein Qualitätsblatt nach Hamburg zu holen und den Abonnenten-Bedarf dafür zu mobilisieren. „Eine neue Zeitung muss aus einer sozialen Bewegung entstehen“, so der Schauspieler Rolf Becker. „Und die muss erstmal angeschoben werden.“ Hamburgs ver.di- Vorsitzender Wolfgang Rose stieß ins selbe Horn: „In Hamburg steht der Großteil der Bevölkerung außerhalb der medialen Aufmerksamkeit. Ein neues Medium müsste diesen Menschen ein Gesicht geben.“

Wer eine neue Qualitäts-Zeitung für Hamburg allerdings finanzieren könne, blieb die offene Frage des Abends. Jan Philip Reemtsma war der Einladung nicht gefolgt. CDU-Mann Dietrich Rusche überraschte die Runde einmal mehr mit Gedanken, die man Mitgliedern seiner Partei so nicht zuordnet: In Göttingen habe sich just eine Lokalzeitung als Genossenschaft gegründet, wusste er. Dies sei doch auch für Hamburg ein gehbares Modell.

Als weitere konkrete Möglichkeit wurde diskutiert, eine Tageszeitung im Internet zu präsentieren. „Jede Art von Gegenöffentlichkeit nützt!“, pflichtete die Medienwissenschaftlerin und Ex-dju-Vorständlerin Ulli Gröttrup bei, die sich wie viele im Raum um ein Vierteljahrhundert zurückversetzt fühlte. Die Diskussion gleiche aufs Haar derjenigen vor Gründung der Hamburger Rundschau.

Während die alte Garde der Hamburger Journalisten sich also den Gründungskopf zerbrach, konnte die Junge Presse Hamburg, Dachverband der Schüler- und AzuBi-Zeitungen, schon Erfolg vermelden: Sie gibt ab Februar ihr Hamburger Monatsmagazin Freihafen heraus. Startauflage: respektable 20.000 Exemplare.

Die Hamburger dju wird die Debatte mit einer Folgeveranstaltung im Frühjahr fortsetzen. Vielleicht gesellen sich jene zwei Kollegen, die wegen der aufgeworfenen Diskussion aus der dju austraten, dann wieder dazu. *Gustav Larc* ■

Anzeige

# ddp auf Sanierungskurs

## Einbußen für Freie und Festangestellte

**Die Nachrichtenlage bei ddp hat sich in den vergangenen Wochen zwar verbessert, doch sowohl die Beschäftigten, als auch die Freien müssen finanzielle Abstriche verkraften. Das Unternehmen wurde von der Beteiligungsgesellschaft Arques übernommen. Der Kaufpreis wurde nicht bekannt gegeben.**

Am 8. September hatte die Nachrichtenagentur Insolvenz anmelden müssen. Der vom Amtsgericht bestellte Insolvenzverwalter Christian Köhler-Ma war bereits zu Beginn seiner Tätigkeit optimistisch, das angeschlagene Unternehmen retten zu können. Dies gelang ihm mit der Starnberger Beteiligungsgesellschaft Arques Industries AG im Rahmen einer so genannten übertragenden Sanierung. Die Belegschaft wechselte in eine Beschäftigungs- und Qualifizierungsgesellschaft (BQM), für einen klassischen Sozialplan fehlte schlichtweg das Geld. Von den 153 Beschäftigten in der BQG haben wiederum bis dato 115 in der neu gegründete ddp Deutscher Depeschendienst GmbH einen Platz gefunden. Dadurch ist Arques für die Schulden der insolventen ddp Nachrichtenagentur GmbH nicht zuständig.

Dies ist vor allem für die rund 200 Freien bitter, die auf einen Teil der noch ausstehenden Honorare verzichten müssen. Auf 270.000 Euro sollen sich allein diese Verbindlichkeiten belaufen. „Sie werden aber bevorzugt berücksichtigt“, betont der neue ddp-Geschäftsführer Martin Vorderwülbecke. Eigentlich sind die Freien Gläubiger wie jeder andere auch. Doch Arques habe gegenüber dem Insolvenzverwalter darauf bestanden, dass sie prozentual mehr aus der Insolvenzmasse erhalten. Schließlich würden sie für den weiteren Geschäftsbetrieb benötigt.

Einbußen müssen aber auch die Festangestellten verkraften. Zwar sollen sie mit 49 Prozent am Gewinn beteiligt werden, doch dafür muss der Betrieb zunächst einmal schwarze Zahlen schreiben. Im Gegenzug werden für neun Monate die Gehälter pauschal um zehn Prozent gekürzt. Zusätzlich wurden die Einkommen individuell und zeitlich unbegrenzt abgesenkt. „Im Durchschnitt handelt es sich um insgesamt 20 Prozent“, sagt Wolfgang Leifheit, Betriebsratsvorsitzender der alten ddp Nachrichtenagentur GmbH. Für die neu gegründete Gesellschaft ist er nicht zuständig, er habe nur noch ein Restmandat für die Beschäftigungs- und Qualifizierungsgesellschaft. „Der Betriebsrat löst sich jetzt auf“, erklärt er. Die Wahl eines Betriebsrates für die neue ddp GmbH ist mit ver.di-Unterstützung inzwischen eingeleitet. Leifheit selbst ist jetzt Angestellter der BQG und wechselt nicht in die neue Firma. *sil* ■

### Vereinigung Deutscher Presseclubs

Deutsche Pressclubs haben sich zu einem Netzwerk zusammengeschlossen. Unter dem Namen „Forum Deutscher Presseclubs“ vereinigten sich 20 Clubs aus ganz Deutschland mit über 4000 Mitgliedern auf der vom Märkischen Presse- und Wirtschaftsclub ausgerichteten Veranstaltung in Berlin. Kontakt: Monica Weber-Nau, Telefon: 069 / 288 800
E-Mail: monica.weber-nau@frankfurter-presseclub.de

Foto: Picture Press / Thomas Brenner

# Teleheimarbeit im ZDF

## Debatte entfacht über Chancen der Arbeit von Zuhause aus

**Selbstbestimmt arbeiten, Geld und Nerven durch Wegfall des Arbeitsweges sparen, Privates und Beruf besser vereinbaren – Teleheimarbeit, ein Traum so manchen Arbeitnehmers. Entsprechend groß war die Resonanz, als die ver.di-Betriebsgruppe im ZDF seine Mitglieder nach dieser Form der Arbeitsorganisation fragte.**

In der Flut von E-Mails gab es ausschließlich Zustimmung und viele Fragen zur konkreten Umsetzung. Antworten suchte Moderator Uli Röhm im Rahmen einer öffentlichen Veranstaltung: Bei „ver.di im Gespräch“ ging es im November 2004 im ZDF-Sendezentrum um Fragen rund um das Thema Teleheimarbeit. Mit Claudia Schertel und Holger Klemmt hatte die ver.di-Betriebsgruppe zwei Experten geladen. Sie berät als Fachanwältin im Rahmen des Projekts OnForTe, dem Online Forum Telearbeit von ver.di, Beschäftigte und Personalräte. Er ist als Projektmanager bei der Deutschen Telekom zuständig für die Umsetzung von Teleheimarbeit. Und beide waren sich einig: sowohl für Arbeitnehmer, wie auch für Arbeitgeber bietet Teleheimarbeit viele Chancen – wenn sie richtig vorbereitet ist.

Wer seine Arbeit am PC erledigt, kann das Zuhause tun. Zumindest im Prinzip. Die Vorteile für die Beschäftigten liegen auf der Hand. Neben dem Wegfall der Wegezeiten und -kosten wird von den Arbeitnehmern besonders die Möglichkeit zu einem selbstbestimmteren häuslichen Arbeiten als positiv empfunden. Doch Claudia Schertel warnt auch vor Illusionen: „Kinder betreuen und gleichzeitig nebenbei am Computer arbeiten, das funktioniert nicht.“ Die Chancen liegen in der freien Zeiteinteilung. Man müsse nicht stur von 9 bis 17 Uhr vor dem PC sitzen, sondern sei flexibel. Allerdings in Grenzen. Ein Nachmittag im Schwimmbad ist nicht möglich, zumindest nicht bei der Telekom, deren Regelungen eine Präsenzpflicht in Kernzeiten vorsehen, erklärte Holger Klemmt.

### Nicht im Schlafanzug vor den PC setzen

Teleheimarbeit setze ohnehin Selbstdisziplin voraus, bekräftigte Claudia Schertel. Eine »strukturierte Arbeitssystematik« beuge Selbstausbeutung, z. B. durch unbezahlte Überstunden oder Nachtarbeit, vor. Einen Tipp, wie in der Praxis (auch gegenüber den Familienmitgliedern) deutlich gemacht werden kann, dass Arbeit zu Hause keine Freizeit, sondern eben Arbeit ist, verriet Holger Klemmt: »Nicht im Schlafanzug vor den PC setzen, sondern in Arbeitskleidung.«

Schwieriger wird die Einbindung in die Arbeitsorganisation. Mangelnde Integration, geringe Kontrollmöglichkeit lauten die Stichworte. Doch es gibt Abhilfe: Zwei Tage Zuhause, drei Tage im Büro – und schon bleibt der Anschluss an die interne Kommunikation erhalten, erläutert Claudia Schertel.

Schwieriger sei es, die Skepsis mancher Vorgesetzten zu überwinden: Verlust von Kontrollmöglichkeiten, höhere Kosten, mehr Koordinierungsaufwand: Teleheimarbeit, der Albtraum jedes Arbeitgebers? Eindeutig nein, sagt Holger Klemmt. Er sieht auf Arbeitgeberseite drei wesentliche Vorteile: Kosteneinsparung, z. B. durch geringeren Bürobedarf, höhere Motivation und soziale Vorteile, wenn qualifizierte Frauen und moderne Väter für das Unternehmen gewonnen werden können. Voraussetzung sei es, die Projekte, die in Heimarbeit erledigt werden sollen, möglichst konkret zu beschreiben und Zwischenberichte anzufordern. Ansonsten gilt: gegenseitiges Vertrauen ist eine unabdingbare Voraussetzung. Auch das Kostenargument, ein häufiges Killerkriterium für Gegner der Teleheimarbeit, konnte Holger Klemmt entkräften: „Der Deutschen Telekom ist es gelungen, Teleheimarbeitsplätze kostenneutral einzurichten.“

### Vereinbarkeit mit der Familie

Werden also alle in naher Zukunft alle Arbeiten von Zuhause erledigen? Gerade im ZDF wird das nicht der Fall sein können. Natürlich wird Petra Gerster die »heute«-Nachrichten nicht aus ihrem Wohnzimmer präsentieren. Auch Kameraleute oder Studiotechniker werden ihre Leistungen weiterhin ›vor Ort‹ erbringen müssen. Für eine Neiddiskussion zwischen „glücklichen Teleheimarbeitern“ und dem „armen Rest“ sieht Werner Ach, Vorsitzender des ver.di-Sendeverbandes im ZDF, keinen Anlass: »Teleheimarbeit ist eine Möglichkeit, Nachteile auszugleichen, die Mitarbeiter-/innen haben, wenn sie Kinder erziehen oder Angehörige pflegen.« Dieser Aspekt weist auf die gesamtgesellschaftlichen Vorteile von Teleheimarbeit hin: die bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Und da das ZDF sich als familienfreundliches Unternehmen profiliert hat, ist es kein Wunder, dass die ZDF-Geschäftsleitung das Gesprächsangebot von ver.di zu Tarifverhandlungen angenommen hat. Der Traum von Teleheimarbeit im ZDF könnte also bald schon Realität werden. *Roland Gültner* ■

Anzeige

# Tariferhöhung bei RTL für 2005 vereinbart

KÖLN/BERLIN. In der zweiten Verhandlungsrunde im Dezember haben sich ver.di und der DJV mit der RTL-Geschäftsleitung für die Beschäftigten bei RTL-Television und in den Regionalgesellschaften in Hamburg, Köln und Frankfurt auf einen Gehaltsabschluss geeinigt.

Für 2005 sind leicht verbesserte Konditionen im Vergleich zum vorhergehenden Tarifabschluss erzielt worden. Die Grundsteigerung beträgt 1,2 Prozent und ist ab Januar wirksam. Die zweite Erhöhungsstufe von 0,4 Prozent wird Ende des Jahres rückwirkend wirksam, wenn das geplante Geschäftsergebnis erzielt wird. Sie wird zusammen mit der dritten Erhöhungsstufe von 0,4 Prozent, die bei einem wirtschaftlichen Ergebnis von 20 Mio. € über Plan fällig wird, in die zukünftigen Tarifgehälter tabellenwirksam eingerechnet. Eine vierte Stufe von 0,5 Prozent wird dagegen als einmalige Prämie bei Überschreitung von 40 Mio. € über dem angesetzten Budget ausgezahlt. Das Verhandlungsergebnis trägt einerseits der aktuellen Geschäftslage von RTL Rechnung und berücksichtigt andererseits die berechtigten Arbeitnehmerinteressen nach greifbaren Gehaltserhöhungen, schätzt ver.di ein. Die Erklärungsfrist läuft am 21. Januar aus. *red.* ■

# Rundfunkorchester München vor der Auflösung?

MÜNCHEN. Der Bayerische Rundfunk (BR) hat beschlossen, sein Münchener Rundfunkorchester bis Ende 2006 aufzulösen. Betroffen wären 71 Musiker. Für die Deutsche Orchestervereinigung (DOV) ist dieser Vorgang „einmalig in der deutschen Nachkriegs-Rundfunkgeschichte“. Der Bayerische Rundfunk wolle damit eine seiner erfolgreichsten Abteilungen auslöschen, heißt es in einer Erklärung. Ein Orchester, das sein Publikum quer durch alle Generationen gefunden habe, das gerade wieder seine Abonnentenzahl um über 45 Prozent steigern konnte, das sich mit bewundernswertem Engagement und hoher Kreativität besonders um junge Hörer, um Kinder und Jugendliche und sich damit um die Zukunft einer unserer wertvollsten kulturellen Traditionen kümmere.

Marcello Viotti, Chefdirigent des Münchner Rundfunkorchesters, und Gernot Rehrl, Manager des Orchesters, legten nach Bekanntwerden des Beschlusses ihre Ämter nieder. Konzertverpflichtungen wird Viotti noch bis Juli 2006 wahrnehmen.

Vom Freundeskreis des Münchner Rundfunkorchesters wurde eine bayernweite Unterschriftenaktion für den Erhalt des Klangkörpers gestartet. In kurzer Zeit sind mehrere zehntausend Unterschriften abgegeben worden. Nach einem Spitzengespräch zwischen der Geschäftsführung der DOV und der gesamten Geschäftsleitung des Bayerischen Rundfunks hat bereits am 7. Dezember eine gemeinsame Arbeitsgruppe ihre Arbeit aufgenommen. Ziel ist es, die endgültige Abwicklung zu vermeiden und trotz bestehender Einsparvorgaben ein verkleinertes Orchester „unter 50 Musiker“ unter dem Dach des BR zu bilden. Betriebsbedingte Kündigungen sollen vermieden werden, werden jedoch derzeit vom BR nicht ausgeschlossen. *red.* ■

# Eskalation im RBB

## Runder Tisch soll die Wogen glätten

Fotos: Christian von Polentz / transit

**Protestveranstaltungen gegen die Entlassung von Jan Lerch und Jürgen Schäfer im rbb Foto oben (v. l. n. r.): Frank Bsirske, Jan Lerch, Jürgen Schäfer**

**Wer Kritik übt, fliegt. Auf diese schlichte Formel lässt sich die gegenwärtige Linie der Personalpolitik im RBB bringen. Jüngstes Beispiel für die plumpe Methode, sich unbequemer kritischer Mitarbeiter zu entledigen, ist die Nichtverlängerung des Rahmenvertrags von Abendschaumoderator Jan Lerch.**

Obwohl er schon im Dienstplan stand, darf Jan Lerch, freier Mitarbeiter der Abendschau, seit Anfang Januar nicht mehr moderieren. Das Landesarbeitsgericht Berlin wies am 5. Januar in zweiter Instanz den Anspruch des 38-jährigen Moderators zurück. „Ich bin über die Entscheidung überrascht“, sagt Rechtsanwalt Johannes Eisenberg, der Lerch vertreten hat. Auch die Tatsache, dass Jan Lerch als Freienvertreter im Redakteursausschuss saß, sei für das Gericht nicht relevant gewesen. Ein Schutz bestehe demnach nur solange, wie ein Arbeitsverhältnis existiert. Wenn der Sender - auch kurzfristig – den Rahmenvertrag nicht verlängert, sei kein Arbeitsverhältnis und damit auch kein Schutz mehr gegeben. „Im Ergebnis kann ein freier Mitarbeiter, der sich in den Redakteurssausschuss wählen lässt, nicht darauf vertrauen, für sein Engagement nicht gemaßregelt zu werden“, lautet Eisenbergs Kommentar. Im Grunde könne man allen freien Mitarbeitern daher nur raten, Gremien wie den Redakteursausschuss fluchtartig zu verlassen.

Die angegebenen Gründe für Lerchs Entlassung waren eher vage. Der Vorwurf lautete, er sei gegenüber dem Sender illoyal und mache den RBB bei Dritten schlecht. Mit einem Unterlassungsbegehren beim Landgericht konnte der so Beschuldigte jedoch noch im Dezember erreichen, dass der Sender nicht mehr verbreiten darf, seine Entfernung vom Bildschirm habe nichts mit seinem Engagement als Freienvertreter zu tun. Lerch dazu sarkastisch: „Dass ich keine silbernen Löffel geklaut habe, ist also amtlich festgestellt“. Seine Arbeit bringt ihm das freilich nicht zurück.

Seitdem Petra Lidschreiber, Chefredakteurin des RBB-Fernsehens, am 3. Dezember Lerchs Rauswurf verkündete, ist am Sender buchstäblich der Teufel los. Feste wie Freie sind in Alarmstimmung, ein enormes, auch überregionales Medieninteresse begleitet die Vorgänge, aufgebrachte Zuschauer protestierten. Auf einer Versammlung am 9. Dezember, zu der rund 500 feste und freie Mitarbeiter kamen, beschrieb Hanne Daum, Personalratsvorsitzende RBB, die Situation als Geschichte einer Eskalation. „Alle Gremien des RBB sind über das Vorgehen der Geschäftsleitung empört“, sagte sie.

### Kritiker unerwünscht

Entsetzt bot sich der ebenfalls anwesende ver.di-Vorsitzende Frank Bsirske als Vermittler an, der im Gespräch mit Intendantin Dagmar Reim Kompromisslösungen suchen wollte. Bsirske bezeichnete die Handlung der Geschäftsleitung als tiefen Eingriff in demokratische Rechte, bei dem es um das Ansehen des Senders und des ganzen öffentlich-rechtlichen Rundfunks in Deutschland ginge: „Wir haben uns nicht für Gebührenerhöhungen eingesetzt, damit die Grundrechte der Koalitions- und der Meinungsfreiheit den Bach runter gehen“. Neben dem Personalrat und der Freienvertretung rbbpro hat auch der Redakteursausschuss das Moderationsverbot scharf verurteilt. In seiner Erklärung heißt es, dass die Geschäftsleitung im ohnehin angespannten innerbetrieblichen Klima Öl ins Feuer gieße und das Gremium brüskiere. Man solle endlich zu sachlicher Auseinandersetzung kommen.

Die Jagd auf freie Mitarbeiter, die es wagen, den Mund aufzumachen, begann bereits im Sommer 2004, als dem Nachrichtenredakteur Jürgen Schäfer mitgeteilt wurde, dass sein Vertrag 2005 nicht verlängert würde. Offizielle Begründung: veränderte Produktionsstrukturen. Schäfer hatte als Sprecher von rbbpro und als ver.di-Freienvertreter kein offenes Wort gescheut und war so ins Visier der Intendanz geraten. Der freie Medienjournalist und Kulturradio-Mitarbeiter Günter Herkel hat sich kritisch über das Programm geäußert und wird nicht mehr beschäftigt.

Fast einstimmig wurde am 9. Dezember eine Resolution beschlossen. Darin wird die Einrichtung eines runden Tisches mit allen Beteiligten, die Anerkennung von rbbpro als Freienvertretung und die Rücknahme der Entlassungen von Jan Lerch und Jürgen Schäfer gefordert. Weiterer wichtiger Punkt ist die Fortsetzung der Tarifverhandlungen, die im Zuge von Schäfers Rauswurf abgebrochen wurden. Die Beschäftigtenvertreter wehren sich dagegen, dass ein Mitglied der Tarifkommission wegen seines Engagements aussortiert werden soll.

Der Rundfunkrat als gesellschaftliche Kontrollinstanz des Senders stärkt die Position der Geschäftsleitung: Auf einer Sitzung Mitte Dezember durften die Freien nicht sprechen; die Intendantin muss weder von ihrem Sparkurs noch von der Dienstanweisung abrücken. Immerhin erging die Mahnung an Reim und ihre Direktoren, die interne Kommunikation im Sender zu verbessern. Kurz vor Weihnachten kam es daher endlich zur Bildung eines „runden Tisches“, an dem sich jeweils vier Angehörige der Geschäftsleitung mit vier Beschäftigtenvertretern treffen.

Ob vom runden Tisch tatsächlich positive Signale für Lerch und Schäfer ausgehen, darf bezweifelt werden. Über Personalfragen soll dort nicht verhandelt werden, dafür gebe es kein Mandat, so RBB-Justitiar Reinhard Binder. Vielmehr solle es um einen Verhaltenskodex gehen. Damit der „Dialog im RBB“ nicht gleich wieder ins Stocken gerät, soll nun ein von beiden Seiten akzeptierter externer Coach als Mediator vermitteln. *Ute C. Bauer* ■

# Digitales Kino kommt

## Initiative „Docuzone“ mit Akteuren der alternativen Filmwirtschaft

**Im Herbst 2002 prognostizierte der Deutschland-Chef von 20th Century Fox eine Digitalisierung des Kinos auf breiter Basis erst ab 2009. Mychael Berg befürchtete damals vordergründig, dass mit der Digitalisierung eine Entzauberung des Ortes „Kino“ einher gehen werde – und sprach dann wesentlich leiser davon, dass zur Finanzierung der Investitionen „sich die Verleiher finanziell erheblich engagieren müssen“. Exakt dies passiert jetzt in der Initiative „European Docuzone“, hinter der Akteure der alternativen Filmwirtschaft stehen.**

Docuzone will ein Netzwerk digital ausgerüsteter Kinos installieren, die zunächst per Wechselfestplatte und später dann von zentraler Stelle aus per Satellit mit Filmen versorgt werden können. Dabei sind Filmschaffende, Verleiher, Netzwerke digitaler Kinos und Produzenten; Gelder kommen von der EU und verschiedenen Förderinstitutionen. Aus Deutschland ist die Verleihfirma Salzgeber & Co. Medien federführend. Teilnehmende Kinos werden mit digitalen Systemen (Projektor, Server und Satellitenempfangsanlage) ausgerüstet. In acht europäischen Ländern sollen rund 180 Systeme, vorrangig in Programm- bzw. Filmkunstkinos mit maximal 200 Sitzplätzen installiert werden, davon über 100 in Deutschland. Angesichts der bislang bereits mit digitaler Technik ausgerüsteten rund 100 von 4.400 deutschen Leinwänden eine Verdoppelung. Pro Kino sind Investitionen in Höhe von rund 40.000 Euro zu tätigen – die von den in der Regel finanzschwachen Kinos nur zur Hälfte selbst zu tragen sind, den Rest übernimmt Docuzone. Da vom Kinoanteil wiederum die Hälfte über Filmleihmieten zurück gezahlt wird, bleibt der tatsächlich selbst zu finanzierende Anteil bei durchschnittlich rund 10.000 Euro.

### Innovatives mit Mut zum Risiko

Allerdings bekommen die Kinos diese Chance nicht ohne Gegenleistung, Docuzone vermischt Finanzierung und Programmgestaltung. Ein Punkt, der bei teilnehmenden Kinos auch für Bedenken sorgt, denn sie müssen einen Teil ihrer Programmhoheit aufgeben. Unter dem Titel „delicatessen – Kino Kultur digital“ wird Docuzone einen festen wöchentlichen Programmplatz belegen. Jeweils Mittwochs in den Monaten März bis Mai und September bis November werden aufs Jahr verteilt insgesamt 26 Filme zu sehen sein. Dabei soll der Fokus neben Dokumentarfilmen aus dem Docuzone-Netzwerk vor allem auf „innovativem Kino mit Mut zum Risiko“ und „kleinen, individuellen Low-Budget-Filmen“ liegen. Außerdem wird es Events wie Konzertübertragungen, Filmreihen oder TV-Vorpremieren geben. Jenseits des Mittwochs-Termins sind die Kinos in ihrer Programmgestaltung und auch in der Nutzung des neuen technischen Equipments frei, sie zahlen dann allerdings nutzungsabhängige Gebühren für den Projektor. Im November 2004 startete delicatessen europaweit mit einem Festival des Europäischen Dokumentarfilms, das reguläre Programm soll dann im März 2005 aufgenommen werden. Bei der Einführungspressekonferenz auf dem Kasseler Dokumentarfilmfest äußerte Frank Thöner von den dortigen Bali-Kinos, die zu den deutschen Docuzone-Kinos gehören, einige der Bedenken aus Sicht des Kinobetreibers. So fühle sich noch nicht jeder Verleiher ausreichend im Netzwerk repräsentiert. Dr. Thomas Geyer von Salzgeber beteuerte jedoch, dass Docuzone keineswegs Filme anderer Verleiher ausschließen wolle und offen für Programmvorschläge sei. Thöner sagte weiter, es gebe auch Furcht vor schlechtem Material, zu dessen Ausstrahlung man gezwungen sein könne. Insgesamt aber zeigte sich der Kinomacher begeistert von den Möglichkeiten. Die Bali-Kinos legen großen Wert darauf, Filme so auf die Leinwand zu bringen, wie sie auch produziert wurden. Das aber dürfe nicht nur für historische Formate gelten, sondern eben auch für neue. Nach Angaben von Paul-Rainer Wicke vom Film- und Kinobüro Hessen e.V. werden bereits rund 80 Prozent aller Absolventenarbeiten im Filmbereich digital hergestellt und produziert. Aber auch in Hollywood wird schon viel digital produziert, der Anteil digitaler Effekte und Bearbeitungen steigt beständig. Dadurch kommt es immer wieder zu Qualitätseinbußen, wenn ein Film vom digitalen Produktionsmaster wieder auf 35-Millimeter kopiert werden muss. Ein weiteres gewichtiges Argument für die Digitalisierung sind Sparpotenziale: Große Filme wie etwa „Troja“ starten oft mit 1.000 Kopien bundesweit, von denen nach den ersten zwei oder drei Wochen selten noch mehr als 50 bis 100 im Einsatz sind. Bei ca. 1.500 Euro pro Kopie ein erheblicher Kostenfaktor und deshalb gerade für alternative Produktionen entscheidender Nachteil. Wer sich zum Filmstart im besten Fall vier oder fünf Kopien leisten kann, geht in der Masse schlicht unter. Verglichen damit sind parallele Filmstarts auf über 100 Leinwänden bundesweit, wie sie Docuzone ermöglicht, eine ganz andere Liga. Und es besteht jetzt die Chance, Filme ins Kino zu bringen, die sonst nur im Fernsehen gezeigt würden wie etwa Klaus Sterns Wirtschaftsdokumentation „Weltmarktführer – Die Geschichte des Tan Siekmann“. Dieser für das ZDF gedrehte Film hätte, so Thöner, von seiner Fertigstellung im Sommer 2004 bis zu seiner TV-Auswertung 2005 durchaus im Kino gezeigt werden können und hatte sogar bereits einen Verleiher gefunden. Es scheiterte an nicht finanzierbaren Kosten in Höhe von 10.000 Euro.

### Informationen

www.european-docuzone.com
www.docuzone.de, www.salzgeber.de

### Chance oder Fluch

Ob sich die Digitalisierung als Chance für die Kinos erweist oder doch eher zu ihrem Fluch wird, wird sich noch zeigen. Aufzuhalten ist sie aber kaum noch, weshalb eine reine Verweigerungsstrategie kaum Erfolg haben dürfte. Interessant ist vor diesem Hintergrund, dass es ausgerechnet kleine und alternative Kinos aus Europa sind, die eine Vorreiterrolle einnehmen und nicht etwa die großen Majors aus den USA. Dort haben sich die wichtigsten Filmstudios im März 2002 zur Digital Cinema Initiative zusammengeschlossen. Bis September 2004 hat diese Initiative es allerdings gerade einmal geschafft, sich auf einen einheitlichen Standard fest zu legen. Umsetzung und Finanzierung sind noch völlig offen. Eine Studie der Filmförderanstalt FFA mit dem Titel „Digitales Kino kommt ...“ stellt fest: „Der Flaschenhals in der Verbreitung des digitalen Kinos sind die Filmtheater“. Dank Docuzone hat diesen Flaschenhals zumindest ein kleiner Teil der Branche bereits passiert. *Martin Brust* ■

Foto: Jürgen Seidel

# Unsichtbare Kunst sichtbar machen

## „film+": Forum für Filmschnitt und Montagekunst

**Der Filmschnitt, die schöpferische Leistung der Cutter/innen, neuerdings Editoren/innen genannt, wird selten gewürdigt. Das Kölner Festival „film+" widmet sich als einziges seiner Art seit vier Jahren ausschließlich Filmschnitt und Montagekunst, prämiert den Schnitt eines Spielfilms und, erstmalig 2004, den eines Dokumentarfilmes.**

Je fünf deutsche Spiel- und Dokumentarfilmproduktionen aus den letzten 12 Monate hatte eine aus Editor/innen bestehende Vorjury ausgewählt, an drei Tagen wurden sie öffentlich gespielt, zwei Jurys aus Filmexpert/innen kürten dann die beiden besten Editorenleistungen: Ein transparentes Verfahren für das weniger an ein Festival als an eine konzentrierte, aber sinnliche Fachtagung erinnernde Branchenforum. „Jenseits der roten Teppiche" benannte Oliver Baumgarten vom Filmmagazin „Schnitt", dem Erfinder und Veranstalter von „film+" das Motto. Jenseits der roten Teppiche erzählten die Hautpersonen: 200 Stunden Filmmaterial bekam Mona Bräuer, Editorin von „Höllentour", der die Tour de France dokumentiert, von Regisseur Pepe Dankwarth auf den Schneidetisch. Wie viele ihrer Kollegen/innen liebt sie den Dokumentarfilmschnitt: „Ohne Drehbuch hat man viel mehr gestalterische Freiheit, der Film entsteht beim Schnitt." „7 Brüder" ist ein ähnlich eindrückliches Beispiel für die Bedeutung des Schnitts: Im Film von Sebastian Winkels erzählen sieben Brüder ihr Leben, jeder alleine acht Stunden an einem Tag, alle im selben Raum, auf dem selben Stuhl, mit denselben acht Kameraeinstellungen. Für Editorin Valérie Smith waren das 56 Stunden Material für letztlich 86 Minuten und sechs Monate Arbeit, bei der es vor allem darauf ankam, „ein fragiles Gleichgewicht" zwischen den sieben Protagonisten herzustellen und „kleine Überraschungen einzubauen, damit es nicht langweilig wird". Der Rhythmus und die Geschwindigkeit eines Filmes, die Dramaturgie und ihre Entwicklung, raffinierte oder originelle Montagen, das sind Kriterien für die Beurteilung einer Schnittleistung. Diese Phänomene als eigenen Beitrag der Editor/innen zu erkennen war Aufgabe der Jury.

Das Forum diente auch dem Erfahrungsaustausch, der Diskussion und dem Lernen. So probierten sich im „Nachwuchsforum" Studierende der einschlägigen Hochschulen aus Köln, Babelsberg und Ludwigsburg gleichzeitig am selben ▶

## Filmrezension: Eine außergewöhnlich starke Aktivistin

# Olga Benario, ein Leben für die Revolution

**Regie und Buch:**
**Galip Iyitanir**
**Kamera:**
**Ralph Kaechele**
**Darsteller:**
**Margrit Sartorius,**
**Michael Putschli,**
**Oliver Betke**
**Dokumentarfilm**
**92 Minuten, D 2004**

Foto: www.neuevisionen.de

Sie war eine ebenso couragierte und leidenschaftliche Revolutionärin wie die weltbekannte Rosa Luxemburg, wurde aber seltsamerweise nach ihrem Tod vergessen: die aus einer wohlhabenden jüdischen Münchner Familie stammende Olga Benario (1908-1942). Galip Lyitanir setzt der außergewöhnlich starken Aktivistin, die schon im Alter von 19 Jahren tollkühn die Befreiung ihres Lebensgefährten Otto Braun aus dem streng bewachten Moabiter Gefängnis Berlin managte, ein filmisches Denkmal. Als Grundlage für seine akribisch recherchierte Dokumentation dienen diverse lebendige Briefwechsel zwischen Olga, ihrer Familie und ihren Freunden. Wo es stark emotional wird, inszeniert der Deutsch-Türke einige Spielszenen, die jedoch leider etwas dilettantisch und pathetisch geraten sind. – Vielleicht, weil er bislang noch keine Erfahrungen als Regisseur, sondern ausschließlich als Cutter sammeln konnte. Gleichwohl aber ist „Olga Benario – Ein Leben für die Revolution" ein ergreifendes, aufwühlendes Porträt über eine Idealistin, die sich nicht nur vorbildlich für Arme und Schwache stark macht, sondern sogar in höchster Not auf eigene Privilegien verzichtet.

Olga Benario ist ein frühreifes Wunderkind, aufsässig, neugierig, furchtlos und vielseitig begabt. Sie lernt mühelos viele Sprachen, fliegen, Fallschirmspringen, reiten und schießen, zudem ist sie eine wunderschöne Frau mit glühenden Augen. Schon ihr Vater, ein engagierter Anwalt für Sozialschwache, entfesselt ihre Sympathie für den Kommunismus. Überhaupt verachtet Olga schon früh alles Etablierte und Spießige, insbesondere die Ehe. Ihr emanzipatorisches Denken belastet auch ihre Beziehung zu Otto Braun, die endgültig in die Brüche geht, als er sich in eine andere Frau verliebt. Auch Olga begegnet noch eine zweite große Liebe: Es ist der brasilianische Revolutionär Luiz Carlos Prestes, der zwischen 1925 und 1927 einen Hungermarsch revoltierender Arbeiter durch Brasilien anführte und nach dessen Niederschlagung in Moskau Asyl fand, den sie als Mitarbeiterin der Kommunistischen Internationale in Moskau kennen lernt. Gemeinsam reisen sie über New York nach Brasilien, um dort die Revolution zu entfesseln. Ihre Revolte aber scheitert. Infolge von Verrat werden Olga und Luiz verhaftet, Brasilien liefert die mittlerweile hoch schwangere Rebellin an Nazi-Deutschland aus. Als Jüdin und „Hochverräterin" landet sie vorerst im Gestapo-Gefängnis in Berlin, wo sie ihre Tochter bekommt. Olgas Schwiegermutter erkämpft sich das Sorgerecht für das Kind und erwirkt Asyl für Olga in Mexiko. Doch der entscheidende Brief aus Mexiko wird abgefangen. Für Olga kommt jede Hilfe zu spät. Sie stirbt mit 34 Jahren in der Gaskammer des Konzentrationslagers Bernburg. *Kirsten Liese* ■

Ausgangsmaterial und die Vorführung ihrer höchst unterschiedlichen Werke geriet zu einer Lehrstunde in Sachen Schnitt. Dass Editoren/innen die Filmerzählung beeinflussen, die Dramaturgie durch eine bestimmte Schnittfolge völlig verändern oder sogar für einen Nachdreh sorgen, weil sie den Regisseur davon überzeugen können, dass „es nicht zu schneiden ist“, lernte der Nachwuchs zudem anhand von Beispielen im Werkstattgepräch „Die Cleaner – Problemlösung im Schneideraum“.

Welchen Einfluss herausragende Editor/innen haben können, zeigte die diesjährige Hommage: Das von der Filmstiftung NRW und der Stadt Köln geförderte Forum ehrte Thea Eymèsz für ihre Zusammenarbeit mit Rainer Werner Fassbinder und später Erwin Leiser. „Angst essen Seele auf“ und „Faustrecht der Freiheit“ heißen zwei jener 18 Filme, die Eymèsz für Fassbinder in acht Jahren seit 1968 schnitt, im Rohschnitt stets ohne den Regisseur und ohne das Drehbuch vorher zu lesen.

Handwerkliche und inhaltlich-ästhetische Diskussionen ließen wenig Raum, über die Bedingungen auf dem freien Markt der freien Editoren/innen zu sprechen. Ein Trend: Filmschnitt ist kein reiner Frauenberuf mehr. Seitdem am Computer gearbeitet wird, gibt es immer mehr männliche Cutter. Der Dokumentarfilm aber ist noch weitgehend in weiblicher Hand: Dort wird schlechter bezahlt.

*Ulla Lessmann*

*Infos: www.filmpluskoeln.de* ■

**Preisverleihung durch die Filmstiftung NRW: Michael Schmid-Ospach, Geschäftsführer der Filmstiftung (links)**

**Preisträgerin Inge Schneider (Dok.) und die Jury Dokumentarfilm: H. Schwering, A. Höfer, H. Müller, I. Langemann, D. Kuhlbrodt in Köln (v.l.n.r.).**

Foto: Jürgen Seidel

# Neue trotzige Dokfilm-Rebellen

## Spannende Produktionen aus Osteuropa trotz Geldmangels

**Ein kompetentes Publikum von Filmemachern, Filmkritikern und Redakteuren diskutierte im Haus des Dokumentarfilms in Stuttgart Filme junger osteuropäischer Filmemacher. Auf wenig Akzeptanz stießen Elends- und Betroffenheitsberichterstattung.**

Einige Filme verkörperten weder Opposition, noch setzten sie der Kommerzwelle eines erstarkenden Kapitalismus politische Sprengkraft entgegen, monierte der wissenschaftliche Leiter des Hauses des Dokumentarfilms Peter Zimmermann. Petra Schmitz (Dokumentarfilminitiative im Filmbüro NW) war anderer Ansicht: „Auch junge osteuropäische Filmemacher haben das Recht, einfach nur Filme zu realisieren. Und müssen nicht für uns Westeuropäer, die Kohlen aus dem Feuer holen und jenen Widerstand gegen verflachendes kommerzielles Fernsehen anführen, den wir jahrzehntelang vernachlässigt haben.“

Sicherlich haben beide Experten recht, jeder auf seine Weise. Osteuropäische Filme sollten nicht durch die mitleidige Minderheitenbonus-Brille entwertet werden. Andererseits scheint der Anspruch überhöht, von jener im Umbruch befindlichen postkommunistischen Kulturszene rebellische Impulse zu erwarten – dies war bereits 1989 im Bezug auf die DDR zu verspüren. Dennoch heißt es in der Dokumentarfilmerszene Lettlands, Tschechiens, Sloweniens, Polens, Ungarns und Serbiens: Geschichte wird gemacht, es geht voran. Realität wird abgebildet, scharfzüngig, kommerzkritisch. Und das, obgleich nahezu alle Filmemacher bestätigten, dass eklatanter Geldmangel herrscht. Beispiel: Das staatliche Czech-TV produziert 2005 gerade einmal acht Dokumentarfilme.

Doch es gibt sie, die neuen trotzigen Dokumentarfilm-Rebellen. Filip Remunda und Vit Klusak kleckern nicht, sie klotzen: Ihr Film „Tschechischer Traum“ (Cesky Sen) ist breit gesponsert: Vom tschechischen Kulturministerium bis zu „Hugo Boss“. „Cesky sen“ ist zwar der Inbegriff einer bitterbösen Groteske auf blauäugiges Stolpern in die Kommerzialisierungsfalle der Europäischen Union – doch vor soviel unbändigem Freiheitswillen und Leidenschaft der Autoren wurde offenbar kapituliert. Vor gut einem Jahr starteten Remunda und Klusak lustvoll unmoralisch eine groß angelegte Werbekampagne. Ein neuer Supermarkt „mit echten Schnäppchen“ wurde flächendeckend beworben. Den Effekt hielten die Filmer genüsslich mit der Kamera fest: Am Tag der Eröffnung rannten 2000 Leute über die grüne Wiese zum Hypermarket. Doch, Enttäuschung: Der Laden ist ein Fake, nur eine riesige Pappfassade auf der Wiese. Die Autoren statuierten mit der 600.000 Euro teuren Produktion ein Exempel, wie marktwirtschaftliche Verführung funktioniert. Das ZDF hat den Film gekauft.

Die lettische Antra Cilinska erstellte einen spannenden Film über jene während des Sozialismus protestierende Punk-Jugend vor zehn Jahren. Sie reflektierte, was aus ihr geworden ist. Ihren Film „Ist es leicht, zu sein? Zehn Jahre später“ hat sie sich allerdings „glücklicher“ vorgestellt: „Alle Ideale sind passé. Einst rebellische Interviewpartner wirken abgestumpft, oft mit dem bloßem Überleben beschäftigt. Ihre Arbeitsbedingungen schildert Cilinska eher gelassen. In lettischen Gefilden gehe es zu wie im orientalischem Basar. Fordert man von den Kommissionen des staatlichen „Culture Capital Fond“ und des „National Fond“ 20.000 Euro, erhalte man vielleicht 6.000 Euro – für ein Jahr. Verlangt man 7.000 Euro, gibt es 3.000. Lettische Dokumentarfilmer organisieren sich gewerkschaftlich in der „filmmakers union“. Der Prime-Minister Einars Repse habe die Minister im Parlament gefragt: „Habt ihr schon einmal einen Lettland-Dokumentarfilm gesehen? – Nein? Dann brauchen wir ihn auch nicht“, berichtete Cilinska. Die Leiterin der „filmmakers union“, Ieva Romanova, argumentierte vergebens: Wichtig sei es, auf internationalen Festivals zu punkten, ein Prestigegewinn für das Land! Erst ein Tränenausbruch überzeugte die Politiker schließlich, den Etat nicht gänzlich einzufrieren.

Zelimir Zilnik, ein renommierter serbischer Filmemacher, 62 Jahre, hat einen engagierten Dokumentarfilm zum Thema Migration „Festung Europa“ produziert. Mit Reenactments, in der Machart sehr europäisch, hat er Fälle illegaler Flucht nachgespielt. Einer von vier Filmen Zilniks wurde unter Tito zensiert.

*Gitta Düperthal* ■

# Bereicherung der Gesellschaft

## Türkischsprachige Medien haben sich in Deutschland etabliert

**Immer mehr türkischsprachige Zeitungen und Fernsehsender haben sich in den letzten Jahren in Deutschland etabliert und sind ein Teil der hiesigen Medienlandschaft geworden. Sie beeinflussen die Meinungsbildung von mehr als zwei Millionen Menschen in der Bundesrepublik. Politiker kritisieren diesen Zustand. Türkische Journalistinnen und Journalisten treten für den Erhalt der Kommunikationssprache türkisch ein.**

Heute können Leserinnen und Leser die wichtigsten türkischen Tageszeitungen an jedem deutschen Kiosk kaufen. Bei den meisten wird der Mantel aus der Türkei geliefert. In Deutschland ansässige Redakteurinnen und Redakteure produzieren zusätzlich so genannte Europa-Seiten. Hier werden lokale und regionale Ereignisse, aber auch für die türkische Bevölkerung bedeutsame nationale Geschehnisse in den europäischen Ländern beleuchtet. Bis vor einigen Jahren kamen die Journalistinnen und Journalisten meist aus der Türkei. Jetzt arbeiten immer mehr in Deutschland aufgewachsene Türkinnen und Türken in den Redaktionen. Die Zeitungen erreichen täglich eine Auflage von über 200.000 Exemplaren. Laut Untersuchungen lesen über die Hälfte (55%) der Türken nur türkischsprachige Zeitungen.

Des Weiteren gibt es zahlreiche ausschließlich in Deutschland produzierte Zeitungen und Zeitschriften, die wöchentlich oder jeden Monat erscheinen. Eine Vielzahl dieser oft regional publizierten Medien wird nicht zum Kauf angeboten. Sie werden über Werbeeinnahmen finanziert und beispielsweise in Supermärkten, Arztpraxen, Restaurants oder beim Friseur kostenlos ausgelegt.

### 24-Stunden-Vollprogramm

Mit großem Interesse werden die Programme von Fernseh- und Radiosendern, die ihre Zentrale in der Türkei haben, von der türkischsprachigen Bevölkerung verfolgt. Fast jeder türkische Haushalt verfügt heute über eine Satellitenanlage. Es wird geschätzt, dass über die Hälfte der Türken täglich mehr als drei Stunden fernsieht. So ist Metropol FM der erste türkischsprachige Radiosender in Deutschland, der gezielt ein Programm für „Deutschtürken" macht. Bereits seit Juni 1999 wird das 24-Stunden-Vollprogramm in Berlin gesendet und seit 2004 in weiteren Bundesländern.

Die Geschichte der türkischen Medien in Europa beginnt nicht mit der Migration der Türken in den sechziger Jahren. Sie reicht bis ins 19. Jahrhundert zurück. Intellektuelle, die während des Osmanischen Reiches ins Exil nach Großbritannien oder Frankreich gehen mussten oder freiwillig gegangen sind, haben dort die ersten Zeitungen publiziert. Eine wichtige

**Der hessische Ministerpräsident Roland Koch zu Gast im Druck- und Verlagszentrum in Mörfelden-Walldorf bei Frankfurt am Main der Dogan Media Gruppe, die u. a. die Zeitungen Hürriyet, Milliyet und Fanatik herausbringt.**

Fotos: Dogan Media

### Bund türkischer JournalistInnen in Europa

Der Bund türkischer JournalistInnen in Europa (ATGB) ist ein Zusammenschluss der in Europa lebenden und arbeitenden Journalistinnen und Journalisten. Der Bund mit seiner Hauptstelle in Frankfurt am Main ist offen für Medienarbeiter aus allen Bereichen. Das Hauptziel ist es, auf berufliche Fragen der Mitglieder Antworten zu finden, sie in ihrem Beruf zu unterstützen, die Berufsethik zu fördern und für die berufliche Weiter- und Fortbildung zu sorgen. Zu diesen Themen führt er Veranstaltungen durch.

Der ATGB entstand auf Initiative einer Journalistengruppe 2002 in Frankfurt am Main, der heimlichen Hauptstadt der türkischen Presse in Deutschland. Eine aus dieser Initiative hervorgehende Gründungserklärung wurde etwa von 100 Journalisten unterzeichnet und anschließend auf der Gründungsversammlung verabschiedet. In der Gründungserklärung wird festgelegt, dass der ATGB sich dafür einsetzt, dass seine Mitglieder im Rahmen des Pressekodexes arbeiten.

In den vergangenen zwei Jahren konnten in Deutschland, Frankreich, Belgien, den Niederlanden, Schweden und Griechenland neue Mitglieder gewonnen werden. Der Aufbau der lokalen Organisationen dauert an.

Dem Vorstand gehören folgende Personen an: Gürsel Köksal (Vorsitzender, Milliyet-Frankfurt),Ilyas Meç (Hessischer Rundfunk-Frankfurt), Osman Çutsay (Cumhuriyet-Frankfurt), Irfan Ergi (Freier Journalist-Frankfurt), Fikret Aydemir (Sabah-Brüksel), Fahri Erfiliz (Freier Journalist-Frankfurt) und Attila Azrak (Freier Journalist-Köln).

Rolle spielten dabei die Jungtürken, die die politischen und gesellschaftlichen Veränderungen in Europa beobachtet haben. Ihre heimlich in das Osmanische Reich eingeschleusten Zeitungen waren damals der Motor für die beginnende Aufklärung in der Türkei. Der türkische Journalismus in Deutschland und Westeuropa basiert auf diesem Fundament. Auch wenn viele dies nicht zur Kenntnis nehmen wollen. Die erste türkische Zeitung für die türkischen Gastarbeiter in Deutschland, Aksam, wurde 1970 in München gedruckt. Es folgten Tercüman, Hürriyet und Milliyet.

In Deutschland stehen immer wieder Zeitungen, Radios und TV-Sender, welche die türkischsprachige Bevölkerung nutzt, im Fokus. Meistens werden sie hinsichtlich ihrer Rolle, die sie für die Integration spielen, untersucht. Manch einer fragt sogar: „Inwieweit unterstützen die türkischen Journalistinnen und Journalisten die Integration?“ Die Aufgabe der türkischen Medien ist nicht die Integration der Türken in Deutschland, sie kann es auch nicht sein. Die Hauptaufgabe der türkischen Redakteurinnen und Redakteure ist es, die Leserinnen und Leser mit aktuellen, interessanten und spannenden Informationen zu versorgen. Das bedeutet aber keinesfalls, dass sich die türkischen Medien nicht um eine stärkere integrations- und verständnisfördernde Berichterstattung bemühen sollen. Selbstverständlich sollte guter Journalismus dazu beitragen, dass sich Türken aktiv als freiheitsliebende, kritische und informierte Mitbürger an dem Leben in Deutschland beteiligen. Türkischsprachige Medien müssen sich ebenso fragen, inwieweit sie dies bisher in ausreichendem Maße getan haben. Gegenüber kritischen Fragen von außen sollten sie offen sein.

## Bereicherung der Gesellschaft

Der hessische Ministerpräsident Roland Koch sagte auf der „Konferenz deutscher und ausländischer Printmedien in Hessen“ in seiner Eröffnungsrede: „…Und dann muss ein Politiker, der für Deutschland Verantwortung hat in einem Bundesland, auch sehr klar sagen, dass ihm Sorge macht, dass 55 Prozent der in Deutschland lebenden Türken ausschließlich türkische Tageszeitungen lesen und rund die Hälfte auch ausschließlich türkisches Fernsehen sieht…“ Für Koch ist diese Situation ein Zeichen dafür, dass die Türken in einer völlig anderen Welt – weit weg von der deutschen Gesellschaft – leben. Diese „Sorge“ wird übrigens von vielen deutschen Politikern geteilt.

Wichtig ist letztendlich, welche Informationen die Menschen erhalten und nicht in welcher Sprache. Aus diesem Blikkwinkel werden türkische Medien genauso kritisch betrachtet wie deutsche. Sie müssen sich auf der einen Seite an journalistischen Qualitätsstandards messen lassen als Teil der Medienszene dieses Landes. Auf der anderen Seite erwarten türkische Medienschaffende eine positive Einstellung der Gesellschaft ihnen gegenüber, was sich in der Anerkennung ihrer Kommunikationssprache ausdrückt. Deshalb ist es am Besten, türkischsprachige Medien als eine Bereicherung für die Gesellschaft zu betrachten und diese Vielfalt zu genießen.

*Gürsel Köksal, Redakteur, Tageszeitung „Milliyet“, Kemal Çalık, Redakteur, Verlagsgruppe Deutscher Fachverlag, beide sind Mitglied des Bundes türkischer Journalistinnen und Journalisten in Europa und der dju* ■

## Aktion für Víctor Manuel Ulín Hernández, Mexiko

# Entführung und Scheinhinrichtung

ver.di

**amnesty international**
**Postfach**
**53108 Bonn**
**Tel.: 0228 / 98 37 30**
**www.amnesty.de**

**ver.di**
**Bundesverwaltung**
**Paula-Thiede-Ufer 156**
**10179 Berlin**
**www.verdi.de**

**Menschen Machen Medien-Redaktion**
**karin.wenk@verdi.de**

Dass kritische Journalisten in Mexiko gefährlich leben, weiß natürlich auch Víctor Manuel Ulín Hernández. Doch was ihm am Abend des 1. November passierte, hätte selbst er sich in seinen düstersten Phantasien kaum ausmalen können. Als er nämlich am Haus seiner Familie in Villahermosa im Südosten Mexikos eintraf, wurde er von zwei bewaffneten Männern ergriffen. Diese zwangen ihn, in ein Fahrzeug einzusteigen und fuhren los. Sie beschimpften und schlugen den Journalisten, bedrohten ihn mit einer Waffe und kündigten an, ihn zu ermorden. Erst nach zwei endlosen Stunden wurde Ulín Hernández 20 Kilometer entfernt freigelassen.

Víctor Manuel Ulín Hernández geht davon aus, dass die Entführung die Antwort auf seine Arbeit bei der Zeitung „Verdad del Sureste“ im Bundesstaat Tabasco ist. Offenbar soll er davon abgehalten werden, seine journalistische Tätigkeit wie bisher fortzusetzen. Kurz vor dem Überfall hatte er einen Bericht veröffentlicht, in dem er sich kritisch über die Rolle eines Angehörigen der Regierung des Bundesstaates bei der Organisation einer Studentenvertretung geäußert hatte. Auch vorher war der Redakteur wegen seiner investigativen Recherchen den Behörden als unbequem aufgefallen.

Es ist zu befürchten, dass Ulín Hernández und seine Familie in Gefahr sind, erneut überfallen zu werden. Mehrmals bereits wurden in der Nähe seines Wohnhauses Männer gesehen, die sich betont auffällig für sein Leben interessierten. Journalisten, die über Korruptionsfälle bei den lokalen Behörden sowie über das organisierte Verbrechen berichten, sind häufig in großer Gefahr. In Mexiko sind im vergangenen Jahr mindestens drei Journalisten ermordet worden. *Harald Gesterkamp* ■

**Was können Sie tun?**
Schreiben Sie auf Spanisch, Englisch oder Deutsch an den Gouverneur des Bundesstaates Tabasco und fordern Sie die Behörden auf, den Journalisten Víctor Manuel Ulín Hernández und seine Familie wirksam zu schützen. Dringen Sie auch darauf, dass er seine journalistische Tätigkeit ohne Drohungen und Einschüchterungen fortsetzen kann und dass die für die Entführung und Scheinhinrichtung Verantwortlichen zur Rechenschaft gezogen werden.

**Schreiben Sie an:**
Lic. Manuel Andrade Díaz
Gobernador del Estado de Tabasco
Palacio de Gobierno
Lerdo y Saenz
Villahermosa 86009
Estado de Tabasco, MEXIKO
Telefax: 0052-9933 142 612

**Senden Sie eine Kopie an:**
Kanzlei der Botschaft der Vereinigten Mexikanischen Staaten
S. E. Herrn Jorge Castro-Valle Kuehne
Klingelhöferstraße 3, 10785 Berlin
Telefax: (030) 26 9323 700,
E-Mail: mail@embamexale.de

Víctor Manuel Ulín Hernández

ai amnesty international FÜR DIE MENSCHENRECHTE

## Journalistenreise nach Israel

Vom 4. bis 11. April organisiert ver.di unterstützt von der Arabien National Party eine Reise nach Israel. Ziel ist es, deutschen Journalistinnen und Journalisten Hintergrundinformationen über die komplizierte Situation in Israel und Palästina zu vermitteln. Die Teilnehmer haben Gelegenheit, sich im Austausch mit politischen, gesellschaftlichen und künstlerischen Institutionen und Einzelpersonen über aktuelle Themen sowie die Perspektiven für eine Lösung der Konflikte zu informieren. Die Flugkosten von ca. 500 Euro sind selbst zu tragen. Die Einlader übernehmen die Hotel-, Verpflegungs- und Transferkosten in Israel / Palästina. Kontakt zu Peter Völker per E-Mail: peter.voelker@verdi.de
oder Fax: 030 / 69 56 36 57.

## 53 Journalisten starben während der Arbeit

BERLIN / PARIS. Im vergangenen Jahr sind mindestens 53 Journalistinnen und Journalisten während ihrer Arbeit ums Leben gekommen. Dies sind die höchsten Zahlen seit 1995; damals starben 64 Journalisten, 22 allein im algerischen Bürgerkrieg. Weiterhin hat Reporter ohne Grenzen (ROG) 15 getötete Medienmitarbeiter (Fahrer, Dolmetscher oder Stringer) 2004 gezählt. Mindestens 622 zensierte oder verbotene Medien hat ROG registriert. 907 Journalisten wurden vorübergehend festgenommen, mindestens 1.146 wurden bedroht oder angegriffen.

Der Irak ist das zweite Jahr in Folge das gefährlichste Land der Welt für Journalisten. Allein dort starben 19 Reporter und 12 Medienmitarbeiter. In Gambia wurde der Journalist und ROG-Korrespondent Deyda Hydara im Dezember erschossen – kurz nachdem er das neue, repressive Pressegesetz in dem afrikanischen Land scharf kritisiert hatte.

Mindestens zwölf Journalisten wurden im Irak entführt. Elf von ihnen sind wieder frei; der Italiener Enzo Baldoni wurde ermordet. In Nepal sind vier Journalisten in der Gewalt von Entführern; als vermisst gelten der Franzose Guy-André Kieffer (in der Elfenbeinküste) sowie der Franzose Fred Nérac und der Iraker Al-Shumary (im Irak). Weltweit sind derzeit 103 Journalisten sowie 70 Internet-Dissidenten hinter Gittern. *Informationen: www.reporter-ohne-grenzen.de* ■

# WAZ im Osten

### Streit mit Romania Libera in Rumänien beigelegt

**Der Streit bei der rumänischen Tageszeitung Romania Libera zwischen der WAZ-Gruppe (Westfälische Rundschau) und dem Generaldirektor Petr Mihai Bacanu hat in den letzten Monaten für Schlagzeilen gesorgt. Zum Jahresende wurde er beigelegt. Die Journalisten warfen dem Mehrheitseigner WAZ redaktionelle Einflussnahme und politischen Druck zugunsten der in Rumänien regierenden Sozialdemokraten vor.**

Jetzt sollen neue Besitzverhältnisse für Ruhe in Rumänien und für weitere gute Geschäfte der WAZ-Gruppe sorgen. Der bisherige Generaldirektor und Chefredakteur Petr Mihai Bacanu hat seine Anteile für drei Millionen Euro an den Unternehmer Dan Grigore Adamescu verkauft, der 50 Prozent der neu gegründeten Holding kontrolliert. Die anderen 50 Prozent verbleiben bei der WAZ, die sich nach einer Stellungnahme aus den publizistischen Fragen weitgehend heraushalten will und auch den eigenen Geschäftsführer zurückzieht. „Romania libera“ soll ihre Position als „unabhängige Stimme“ behalten und weiter festigen.

Nach dem Sturz des Diktators Nicolae Ceausescu im Dezember 1989 und den Auseinandersetzungen um die Pressefreiheit, war Romania libera das Flaggschiff der freien Presse in Rumänien. Vor vier Jahren hat die WAZ 70 Prozent der Anteile an der Zeitung aus Bukarest erworben. Die Kompetenzen von Chefredakteur Mihai Bacanu wurden beschnitten und Klaus Overbeck als Geschäftsführer bei Romania Libera eingesetzt.

Ende November hatte Chefredakteur Petr Mihai Bacanu in einem Interview in der Zeitschrift junge Welt vor allem Bodo Hombach scharf kritisiert: „Hombachs Statthalter, Klaus Overbeck, hat uns immer wieder klargemacht, dass wir zu kritisch mit der sozialdemokratischen Partei umgehen. Die sei demokratisch gewählt, man dürfe sie nicht allzu sehr kritisieren. Für die Auslandsseite wurde nahe gelegt, uns an der britischen »News of the World« zu orientieren – große Fotos, wenig Text“. Geschäftsführer Bodo Hombach hatte seinen rumänischen Chefredakteur in einem Spiegel-Interview in die Nähe eines Betrügers gerückt, der die Besitzverhältnisse nicht akzeptieren will. „Wir erleben hier statt eines Kampfes für die Pressefreiheit eher Kleinkriminalität. Mit falschen Unterlagen werden falsche Eintragungen vom Gericht erschlichen“, erklärt Bodo Hombach in dem Interview.

Im Ausland erzielt die WAZ 43 Prozent des Umsatzes und vor allem Osteuropa steht auf der Einkaufsliste ganz weit oben. Insgesamt vertreibt der Konzern in Ost- und Südosteuropa 20 Tageszeitungen, zahlreiche Wochenzeitschriften und Monatspublikationen. In Ungarn ist die WAZ-Gruppe mit fünf regionalen Tageszeitungen (Gesamtauflage 260.000) und dem landesweit vertriebenen Nachrichtenmagazin hvg (Auflage 112.000) vertreten. In Rumänien besitzt die WAZ-Gruppe zwei Zeitungen und in Bulgarien soll der Verlag das größte Verlagshaus mit drei landesweit erscheinenden Tageszeitungen sein. In Kroatien gibt die WAZ-Gruppe mit Jutarnji List die zweitgrößte Tageszeitung mit einer Auflage von ca. 120.000 Exemplaren heraus und in Mazedonien erscheinen drei Titel mit einer täglichen Auflage von 120.000 Exemplaren.

### Kaum noch inländische Verlage

„Augenscheinlich ist keine nationale Verlagsbranche im Ausland so erfolgreich tätig, wie die deutsche“, sagt Medienforscher Horst Röper. „Dies gilt insbesondere in Ost- und Mitteleuropa, wo es Verlage im inländischen Besitz kaum noch gibt“. Der SPD-Politiker und Manager Bodo Hombach ist der richtige Mann für die Expansionspolitik im Osten, da er als langjähriger „Sonderkoordinator“ der Bundesregierung beim „Stabilitätspakt für Südosteuropa“ über beste Kontakte verfügt. In Rumänien wird Hombach allerdings nicht mehr so freundlich behandelt und mit Auszeichnungen bedacht. Die Industrie- und Handelskammer hat ihm seine Ehrenmitgliedschaft inzwischen wieder aberkannt.

Die Konfrontationspolitik mit den Redakteuren kritischer Zeitungen sind kein Privileg der WAZ, denn auch der Schweizer Pressekonzern Ringier geht nicht besonders freundlich mit den Angestellten seiner osteuropäischen Erwerbungen um. Jüngestes Opfe ist die rumänische Zeutung Evenimentul Zilei. Aus Protest gegen die Einmischung ihres Verlages in Redaktionsangelegenheiten haben 35 Journalisten gekündigt. Sie werfen Ringier vor, die kritische Berichterstattung bremsen zu wollen. Von Verlagsseite wurde der Vorwurf zurückgewiesen. *Michael Voregger* ■

# service seminare

## Journalismus aktuell

**ABP, München.** 17./18. Februar: Kleintexte für Zeitungen. 21. Februar bis 4. März: Grundkurs I Allgemein. 14. bis 18. März: Sprache und Redigieren für Fachzeitschriften.
**ABZV, Bonn.** 7. bis 18. März: Grundlagen journalistischer Arbeit A 2. 16./17. März in Stuttgart: Sprache des Journalisten.
**AFP, Hamburg.** 17./18. Februar: Redigieren. 21. bis 23. Februar: Kreatives Schreiben. 25./26. Februar: Blattmachen.
**FES, Bonn.** 10./11. Februar in Hamburg: Interviews führen mit politischen Mandatsträgern. 14. bis 18. Februar in Würzburg: Journalistisches Schreiben für Berufseinsteiger. 22. bis 24. Februar in Bonn: Strafrecht für Journalisten. 2. bis 4. März: Online-Recherche. 16. bis 18. März in Berlin: Türkischer Journalismus in Deutschland.
**JA, München.** 3./4. März: Headlines, Teaser, Nachrichten.
**MAK, Köln.** 16./17. Februar: Schreibtraining I.

## Journalistische Formen

**ABP, München.** 28. Februar bis 4. März: Kultur-, Film- und Fernsehkritik. 7. bis 12. März: Reportage.
**ABZV, Bonn.** 10./11. März: Reportage und Feature. 14./15. März in Stuttgart: Die Kunst der Glosse. 14. bis 16. März: Portrait im Printmedium.
**AFP, Hamburg.** 21. Februar bis 4. März und 7. bis 11. März: Reportagewerkstatt mit E-Learning. 21. bis 23. Februar: Kreatives Schreiben.
**BKB, Wolfenbüttel.** 6. bis 8. Februar: Wie kommt die Literatur ins Feuilleton?
**JA, München.** 18. bis 20. März: Von der Meldung zum Kommentar.
**MH, Hamburg.** 21. bis 25. Februar: Journalistisches Schreiben. 14. bis 16. März: Interviewtraining.

## Journalismus online

**AFP, Hamburg.** 22. bis 25. Februar: Online – Texten. 15. bis 26. März: Texten für Web- und mobile Medien (mit E-Learning, Präsenzveranstaltung 30. März bis 1. April).
**JA, München.** 3./4. März: Headlines, Teaser, Nachrichten. 11. bis 13. März: Mulitmediales Web-Publishing.
**WOMAN, Frankfurt/Main.** 7./8. März: Schreiben für Online-Medien.

## Layout / Infografik

**JHB, Hagen.** 14. bis 18. März: Workshop Infografik.
**MFG, Stuttgart.** 10. bis 12. März: Face to Face 5 – Internationale Grafik-Design-Konferenz.

## Volontäre

**ABP, München.** 28. Februar bis 11. März: Grundkurs I Zeitschrift.
**ABZV, Bonn.** 28. Februar bis 4. März in Stuttgart: Aufbauseminar I. 28. Februar bis 11. März: Aufbaukurs AK II. 7. bis 18. März: Grundkurs A 2.
**AFP, Hamburg.** 28. Februar bis 24. März: Kompaktkurs für Print-Volontäre.
**JHB, Hagen.** 21. Februar bis 18. März: Volontärsseminar.
**RTL, Köln.** 12./13. März: Praktikums-TV-Workshop auf dem Weg zum Volontariat.

## Hörfunk

**CMA, Wetzlar.** 18./19. März: Formatradio – eine Einführung.
**IFP, München.** 9. bis 11. Februar in Ludwigshafen am Rhein: Aufbaukursus „Präsentieren in Radio und Fernsehen". 14./15. Februar in Ludwigshafen am Rhein: Einführung in den digitalen Hörfunkschnitt.
**MH, Hamburg.** 18. bis 20. März: Sportreportage.
**MKZ, Bad Honnef.** 25. Februar: Literaturkritik im Radio.
**MR, Köln.** 19./20. Februar in Düsseldorf: Radio Sprechtraining Aufbaukurs. 25. bis 27. Februar in Düsseldorf: Radio-Einsteigerkurs.
**PFA, Frankfurt/Main.** 11./12. März: Radio für Anfänger, Hörfunk I.

## Film & TV

**ABP, München.** 14. bis 18. März: Fernsehmoderation und -präsentation. BET, Hamburg. 4. bis 6. März: TV-Produktionsmethoden.
**CMA, Wetzlar.** 11. bis 13. Februar: Crashkurs TV. 18. bis 20. März: Basiskurs TV-Regie.
**DWH, Hamburg.** 26./27. Februar: Einführung in die journalistische Arbeit mit der Fernsehkamera.
**FHF, Frankfurt/Main.** 17. Februar: Reihe Kontakte – MBF Filmtechnik GmbH. 25. bis 27. Februar: Filmgeschäftsführung – Unternehmen auf Zeit.
**IFP, München.** 9. bis 11. Februar in Ludwigshafen am Rhein: Aufbaukursus „Präsentieren in Radio und Fernsehen".
**ISFF, Berlin.** 28. Februar bis 13. März: Lehrgang Synchron. 28. Februar bis 29. April: Vorbereitung auf den Beruf Creative Producer bei Film/TV.
28. Februar bis 29. April: Postproduction Manager/in.
**MUK, Hamburg.** 26./27. Februar: Wie entsteht ein Tatort? 4. bis 6. März in Berlin: Einführung in das Drehbuchschreiben. 5. März: Die Drehbuchagentur – Rechte und Verträge. 12./13. März: Exposéberatung.

## Public Relations

**ABP, München.** 21. bis 23. Februar: Hochschuljournalismus für Pressestellen an Unis und FHS. 7. bis 18. März: Grundkurs Public Relations.
**ADB, München.** 14./15. Februar: Werbetexte für Lektoren.
**CMA, Wetzlar.** 25./26. Februar: Das ABC der Presse- und Öffentlichkeitsarbeit.
**DEPAK, Berlin.** Februar 2005 bis Februar 2006: Fernstudium PR/Öffentlichkeitsarbeit. 17./18. Februar: Recherche für Pressesprecher und PR-Leute. 24./25. Februar in Hamburg: Fachtagung Corporate Publishing. März 2005 bis März 2006: Abendstudium PR/Öffentlichkeitsarbeit. 3./4. März: Effizient kommunizieren – der Umgang mit der Presse.
**FAZ, Frankfurt/Main.** 23. bis 26. Februar in Heidelberg: Presse- und Medienarbeit. 2. März: Rechtliche Grundlagen für Pressesprecher. 2./3. März in Bad Vilbel: Fernsehtraining. 8. März: PR-Erfolgskontrolle. 8./9. März: Schreiben und Gestalten im Netz. 8./9. März: Stärkere Medienpräsenz durch aktive Pressearbeit.
**JA, München.** 16. März: Gender-Aspekte für die Presse- und Öffentlichkeitsarbeit.
**MFG, Stuttgart.** 24. Februar: Messetraining – gestalten Sie Ihren Messe-

## Kontakt zu den Seminaranbietern

**Die Adressen zu unten stehenden Kontakten sind im Internet abrufbar unter: www.verdi.de/m**

**ABP** Fon 089/49 99 92 – 0, www.akademie-bayerische-presse.de
**ABZV** Fon 02 28/259 00 – 0, www.abzv.de
**AFP** Fon 040/41 47 96 – 0, www.akademie-fuer-publizistik.de
**ADB** Fon 089/29 19 53 84, www.buchakademie.de
**BET** Fon 040/42 10 84 – 0, http://bet.de
**BKB** Fon 053 31/808 – 418, www.bundesakademie.de
**BM** Fon: 052 41/818 12 85, www.bertelsmann-stiftung.de
**CMA** Fon 063 31/745 95, www.cma-medienakademie.de
**DEPAK** Fon 030/44 72 90, www.depak.de
**DGB** Fon 023 24/50 80, www.dgb-bildungswerk-nrw.de
**DHA** Fon 02 31/98 89 00, www.hoerfunkakademie.de
**DJU** Fon 030/88 66 41 04
**DWH** Fon 040/390 37 22, www.drehbuchwerkstatt-hamburg.de
**FAZ** Fon 069/75 91 – 20 76, www.seminare-faz-institut.de
**FES** Fon 02 28/883 32 – 5/– 6, www.fes.de
**FHF** Fon 063/13 37 99 94, www.filmhaus-frankfurt.de
**IFP** Fon 089/54 91 03 – 0, www.ifp-kma.de
**ISFF** Fon 030/20 09 27 442, www.isff-berlin.de
**JA** Fon 089/167 51 – 06, www.journalistenakademie.de
**JHB** Fon 023 31/365 – 600, www.hausbusch.de
www.journalistenschule-ruhr.de
**MAK** Fon 02 21/57 43 72 00, www.medienakademie-koeln.de
**MFG** Fon 0711/907 15 – 300, www.mfg.de
**MH** Fon 040/30 62 31 80, www.medienbuero-hamburg.de
**MKZ** Fon 022 24/955 – 129, www.ksi.de
**MR** Fon 0221/64 25 638, www.erzbistum-koeln.de/medien/rundfunk
**MUK** Fon 040/39 90 99 31, www.medienundkultur.hamburg.de
**PFA** Fon 069/92 10 72 22, www.privatfunkagentur.de
**RTL** Fon 02 21/820 20, www.rtl-journalistenschule.de
**WOMAN** Fon 069/74 30 98 63, www.womanticker.net

auftritt professionell. 3. März: Was Open Source Content Management Systeme wirklich leisten.

## Selbst- und Medienmanagement

**ABZV, Bonn.** 2. bis 4. März: Coaching neue Wege gehen – müssen.
**AFP, Hamburg.** 11./12. März: Konfliktgespräche.
**DHA, Dortmund.** 24./25. Februar: Seminare leiten I – Das Grundlagen-Training.
**DJU, Berlin.** 8. Februar: Existenzgründung für Journalisten, Medienberufler und Künstler. 24./25. Februar: Seminare leiten I – Das Grundlagen-Training.
**FAZ, Frankfurt/Main.** 28. Februar: Körpersprache. 8./9. März in Heidelberg: Argumentationstraining für schwierige Situationen. 9. März in Heidelberg: Stimm- und Sprechtraining.
**JA, München.** 25. bis 27. Februar: Einführung in Grundlagen der Kommunikation.
**MAK, Köln.** 24./25. Februar: Moderation I. 22./23. Februar: Präsentationstraining.
**MH, Hamburg.** 5./6. März: Moderationstraining. 11./12. März: Marketing für freie Journalisten.
**PFA, Frankfurt/Main.** 19. Februar: Kreativitätstechniken kreativ umgesetzt. 12. März: PowerPoint Basis-Seminar.

## Mitbestimmung / Bildungsurlaub

**DGB, Hattingen.** 27. Februar bis 4. März: Arbeitslosigkeit – Kosten der Einheit – Alterung der Gesellschaft: Wie fit ist Deutschland für die Zukunft? 6. bis 11. März: Superstars – Talkshows – Medienmacht: Wie funktionieren Massenkommunikation und Politik?

## Etcetera

**Noch freie Plätze in Walsrode**
WALSRODE. Seminare zu den Themenkomplexen Arbeitswelt und Betriebsratsarbeit bietet das ver.di Bildungs- und Tagungszentrum Walsrode. Für einige Termine gibt es noch freie Plätze. Anmeldung und Information unter www.lust-auf-verdi-in-walsrode.de.

## ver.di bildet

BRANNENBURG. Neben Seminaren für Betriebs- und Personalräte können in der ver.di-Bildungsstätte Haus Brannenburg auch ver.di-Mitglieder kostenlos Angebote im Bereich Politische Bildung besuchen. Das komplette ver.di-Seminarangebot steht unter www.verdi-bildungsportal.de im Netz.

## Neu im Netz

**Neuer Service der VG Wort**
MÜNCHEN. Die VG Wort hat ihr Online-Angebot erweitert und bietet ab sofort kostenlos einen zweimonatlich erscheinenden Newsletter an. Abonnenten erhalten Mitteilungen und Berichte rund um das Thema Urheberrecht. Interessenten können sich auf der Internetseite www.vgwort.de unter der Rubrik aktuell anmelden.

**Medien online leihen**
BONN. Die Landesfilmdienste bieten Filme und Arbeitshilfen unter www.landesfilmdienste.de direkt aus dem Netz an, im den kommenden Monaten werden rund 5.000 Medien über einen Online-Katalog zum Verleih verfügbar sein. Das Angebot ist nichtgewerblich, daher zum Großteil kostenfrei.

**Online geliftet**
WETZLAR. Die Christliche Medien-Akademie hat ihren Internet-Auftritt unter www.cma-medienakademie.de umgebaut, und präsentiert sich jetzt noch übersichtlicher. In diesem Jahr werden zusätzlich neue Lehrveranstaltungen angeboten, unter anderem zu den Themen Online-Journalismus, Pressefoto und Veranstaltungsorganisation.


## Impressum

**«M – Menschen Machen Medien»**
Medienpolitische ver.di-Zeitschrift, erscheint neun Mal im Jahr

**Herausgeber:** Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft (ver.di) / Fachbereich 8 (Medien, Kunst, Industrie), Bundesvorstand: Frank Bsirske / Frank Werneke

**Redaktion:** Karin Wenk (verantwortlich), Telefon 030 / 69 56 23 26
**Anschrift:** ver.di Bundesverwaltung / Karin Wenk, Redaktion M, Paula-Thiede-Ufer 10, 10179 Berlin, Fax: 030 / 69 56 36 76
**E-Mail:** karin.wenk@verdi.de

Für unverlangt eingesandte Artikel und Bilder übernimmt die Redaktion keine Verantwortung. Gezeichnete Beiträge stimmen nicht immer mit der Meinung der Redaktion überein.

**Verlagsanschrift:** „M – Menschen Machen Medien", ver.di e.V., Bundesvorstand, Paula-Thiede-Ufer 10, 10179 Berlin.

**Anzeigenverkauf:**
Berliner vorwärts Verlagsgesellschaft mbH
Ansprechpartner: Michael Blum
Tel: 030 / 255 94 – 150
Fax: 030 / 255 94 – 190
E-Mail: blum@vorwaerts.de

**Anzeigenleitung:**
Werner Loewe
Berliner vorwärts Verlagsgesellschaft
Stresemannstraße 30, 10969 Berlin

**Gültige Anzeigenpreisliste:**
Nr. 10 gültig ab 1.1.2005

**Layout:** Petra Dreßler, Berlin
Tel. 030 / 322 18 57
**Titelbild:** Hermann J. Haubrich, Stuttgart
Tel. 0711/ 96 69 76 – 5
**Druck und Vertrieb:**
alpha print medien AG (apm)
Kleyerstraße 3, 64295 Darmstadt

**M im Internet**
ver.di – Fachbereich 8 (Medien, Kunst, Industrie) im Internet (inkl. Archiv seit 03.1996): www.verdi.de/m

**Jahresabonnement:**
36,– € einschließlich Versandkosten.
**Abonnementsverwaltung:**
Verlagsgesellschaft W.E. Weinmann mbH, Postfach 1207, 70773 Filderstadt, Telefon 0711 / 700 15 30. Für Mitglieder der Fachgruppen Rundfunk / Film / Audiovisuelle Medien (RFFU) und Journalismus (dju) im Fachbereich 8 (Medien, Kunst, Industrie) von ver.di ist die Bezugsgebühr im Mitgliedsbeitrag enthalten. Für ver.di-Mitglieder aus anderen Fachgruppen und Fachbereichen ermäßigt sich die jährliche Bezugsgebühr auf 18 € – eine gesonderte Bestellung ist notwendig.

**Weitere Publikationen:**
**„Kunst & Kultur"**
verantwortlich: Burkhard Baltzer
**„Druck + Papier"** verantwortlich: Henrik Müller 030 / 69 56 – 10 76

**Redaktionsschluss:**
M 02.2005: 22.12.2004
M 03.2005: 24.01.2005

**ISSN-Nr.: 09 46 – 11 32**


# termine

## Journalismus

**Journalistik-Studiengänge**
LEIPZIG. Noch bis 10. März läuft die Bewerbungsfrist für den Journalistik-Studiengang der Universität Leipzig. Rund 60 Abiturienten erhalten die Möglichkeit einer praxisnahen Ausbildung. Der Aufnahmetest wird am 19. und 20. Juni in Leipzig stattfinden. Weitere Informationen: Fon 0341 / 97 35 754, E-Mail: eignung@rz.uni-leipzig.de, Internet: www.uni-leipzig.de.

**Theodor-Wolff-Preis**
BERLIN. Der Bundesverband der Deutschen Zeitungsverleger will mit dem Theodor-Wolff-Preis Journalisten auszeichnen, die „das Bewusstsein für Qualität und Verantwortlichkeit journalistischer Arbeit lebendig erhalten". Verliehen werden fünf gleichrangige und mit je 6.000 Euro dotierte Preise. Einsendeschluss: 15. Februar 2005. Kontakt: Kuratorium für den Journalistenpreis der deutschen Zeitungen, Theodor-Wolff-Preis, Haus der Presse, Markgrafenstraße 15, 10969 Berlin, Fon: 030 / 72 62 98 240, E-Mail: twp@bdzv.de, Internet: www.theodor-wolff-preis.de.

**Mit anderen Worten**
BERLIN. Der Nachwuchspreis des Journalistinnenbundes „Mit anderen Worten" würdigt engagierte, in Form und Inhalt bemerkenswerte Arbeiten junger Kolleginnen, die unsere Realität mit unverkrampftem Blick und dem Bewusstsein für die vielgestaltigen Lebensmuster und unterschiedlichen Bedürfnisse von Menschen wieder geben. Ausgezeichnet wird die gendergerechte Perspektive auf die Lebenswirklichkeit von Frauen und Männern, von Alten und Jungen, von Menschen verschiedener Hautfarbe, Herkunft und Religion, die Schilderung alltäglicher Probleme und gewohnter Verhältnisse ebenso wie die außergewöhnlicher Beispiele

oder alarmierender Ereignisse. Gesucht werden journalistische Qualität und sprachliche Brillanz. Die Beiträge ohne Beschränkung des Themas, des Genres und der Länge müssen zwischen dem 1. März 2002 und dem 1. März 2005 in deutschsprachigen Medien publiziert worden sein. Journalistinnen, die nicht älter als 35 Jahre sind, können Beiträge einsenden oder welche vorschlagen. Der Hauptpreis ist mit 1.000 € dotiert. Daneben kann die Jury zwei Auszeichnungen vergeben. Einreichung des Beitrags in fünffacher Ausführung, des Anmeldeformulars und des Lebenslaufes bis 1. März 2005 (Poststempel). Formulare unter www.journalistinnenbund.de oder per Post: Geschäftstelle des Journalistinnenbundes e.V. , In der Maar 10, 53175 Bonn, Fon / Fax 0228 / 31 27 47, E-Mail: journalistinnenbund@t-online.de

**Hoffnung gegen den Tod**
HAMBURG. „Hoffnung gegen den Tod" lautet das Thema, mit dem der dritte Andere-Zeiten-Preis ausgeschrieben ist. Zugelassen sind Beiträge aus Zeitungen, Zeitschriften und Hörfunk. Der Preis ist mit insgesamt 5.000 Euro dotiert. Die Veröffentlichung muss zwischen dem 6. März und dem 2. April, also in der Passions- und Osternzeit erfolgt sein. Einsendeschluss: 13. Mai 2005. Kontakt: andere zeiten e.V., Heimhuderstraße 92, 20148 Hamburg, Fon: 040 / 47 11 27 27, Fax: 040 / 47 11 27 77, E-Mail: info@anderezeiten.de, Internet: www.anderezeiten.de.

**Deutscher Sozialpreis**
BERLIN. Die Bundesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege e.V. hat den mit 5.000 Euro dotierten Deutschen Sozialpreis ausgeschrieben. Noch bis 1. März können Fernseh-, Hörfunk- und Printbeiträge eingereicht werden. Kontakt: Bundesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege e.V., Deutscher Sozialpreis, Oranienburger Straße 13 / 14, 10178 Berlin, Fon: 030 / 24 08 90, Fax: 030 / 24 08 91 33, Internet: www.bagfw.de.

**Engagiert für die Umwelt**
MÜNCHEN. Die Gregor Louisander Umweltstiftung zeichnet kritische und kompetente Beiträge mit dem Förderpreis Umweltschutz aus. Die eingereichten Arbeiten sollen sich mit Brennpunkten des Umwelt- und Naturschutzes in Deutschland oder der Region auseinandergesetzt haben. Insgesamt ist der Preis mit 11.000 Euro dotiert. Einsendeschluss: 1. März 2005. Kontakt: Gregor Louisander Umweltstiftung, Brienner Straße 46, 80333 München, Fon: 089 / 54 21 21 42, Fax: 089 / 52 38 93 35, E-Mail: info@umweltstiftung.com, Internet: www.glus.com.

**Wissenschafts-Journalismus**
BERLIN. Mit dem Georg-von-Holtzbrinck-Preis für Wissenschaftsjournalismus wird die originelle journalistische Bearbeitung wissenschaftlicher Themen gewürdigt. Die Arbeiten sollen allgemeinverständlich sein und zur Popularisierung wissenschaftlicher Sachverhalte, insbesondere aus den Bereichen Naturwissenschaften, Technologie und Medizin, beitragen. Der Preis ist mit 5.000 Euro dotiert. Einsendeschluss: 1. März 2005. Kontakt: Veranstaltungsforum der Verlagsgruppe Georg von Holtzbrinck-GmbH, Taubenstraße 23, 10117 Berlin, Fon: 030 / 27 87 18 15, Fax: 030 / 27 87 18 18, E-Mail: gvh@vf-holtzbrinck.de, Internet: www.vf-holtzbrinck.de.

**Alternativer Medienpreis**
NÜRNBERG. Unkonventionell, frech und meist unbezahlt gehen Journalisten und Autoren online und on air kleinen und großen Skandalen auf den Grund, recherchieren, schreiben und veröffentlichen, was nicht in Formate zu pressen ist. Der Alternative Medienpreise ist mit insgesamt 3.600 Euro dotiert und wird in den Sparten Internet, Presse und Radio vergeben. Einsendeschluss: 13. Februar. Kontakt: Radio Z, Alternativer Medienpreis, Kopernikusplatz 12, 90459 Nürnberg, Fon: 0911 / 45 00 60, Internet: www.alternativer-medienpreis.de.

**Recherchestipendium**
ESSEN. Junge Journalisten, die unter 35 Jahre alt sind und eine tolle Idee im Kopf oder in der Schublade haben, können sich noch bis 25. Februar um eines der zehn Kontext-Recherchestipendien in Höhe von je bis zu 3.000 Euro bewerben. Kontakt: Kontext, Gesellschaft zur Förderung junger Journalisten, Huttropstraße 60, 45138 Essen, Fon: 0201 / 184 44 64 und 0201 / 184 39 52, Fax: 0201 / 184 43 51, E-Mail: kontext@eon-ruhrgas.com, www.eon-ruhrgas.com/kontext.

**Lokalsport-Preis**
Der Veltins-Lokalsportpreis wird für innovative Text- und Fotobeiträge vergeben, die dazu beitragen, die Qualität und Attraktivität des Lokalsportteils der Tageszeitung zu steigern. In der Kategorie Print ist der 1. Preis mit 2.500 Euro und der 2. Preis mit 1000 Euro dotiert. Einen Gutschein für eine Fotoausrüstung im Wert von 2.500 Euro erhält der Sieger in der Kategorie Foto. Der Zweitplatzierte kann für 1.000 Euro einkaufen. Ein exklusiver Besuch der Arena „AufSchalke" winkt den Gewinnern des Strategie-Preises für das besondere Konzept einer Sportredaktion. Einsendeschluss: 14. März 2005. Kontakt: Verband Deutscher Lokalzeitungen e.V. Kennwort: Veltins-Lokalsport-Preis 2005,Postfach 12 03 65, 10593 Berlin. Internet: www.veltins.de/lokalsportpreis/

## Film / TV

**Agenda 2020 im Film**
MAINZ. Wie wird Deutschland im Jahr 2020 aussehen? Leben wir dann in einem Überwachungsstaat, in einem Krisengebiet oder in einer Sozialwüste? Oder in einem Land, das seine Zukunft kreativ gestaltet und positive Perspektiven bietet? Unter dem Titel „Agenda 2020" will „Das kleine Fernsehspiel" eine Reihe von Filmen produzieren, die in 15 Jahren spielen. Gewünscht sind starke, fantasievolle und verrückte Geschichten, die – ausgehend von der heutigen Wirklichkeit – von der Zukunft erzählen. Eingeladen sind junge Filmemacher, Vorschläge für Fernsehfilme von rund 60 Minuten Länge, die einem Low-Budget-Rahmen von maximal 100.000 Euro unterliegen, einzureichen. Einsendeschluss: 1. März 2005. Kontakt: Das Kleine Fernsehspiel, Stichwort „Agenda 2020" 55100 Mainz, Fon: 06131 / 70 21 20. Internet: http://daskleinefernsehspiel.de.

# leute

**Sebastian Graf von Bassewitz**, zuletzt stellvertretender Chefredakteur bei Bunte, kehrt zu Bild zurück, um zusammen mit **Rolf Kleine** das Hauptstadtbüro zu leiten.

**Andreas Bock**, Herausgeber der vierteljährlichen Zeitschrift „Voss" (Berlin), die er aus finanziellen Gründen nach drei Ausgaben vor einem Jahr eingestellt hatte, brachte den Titel mit neuem Konzept wieder auf den Markt.

**Klaus-Peter Bredschneider** wird Chefredakteur von HomeVision. Dem Blatt stand bisher der leitende Redakteur **Andreas Grell** vor.

Im Bundesverband deutscher Pressesprecher (BdP) wurden Landessprecher gewählt. Baden-Württemberg: **Christian Maertin**; Bayern: Dr. **Hans-Jürgen Croissant**; Berlin / Brandenburg: **Almut Stollberg**; Bremen / Niedersachsen: **Olaf Glaeseker**; Hessen / Rheinland-Pfalz / Saarland: **Dirk Metz**; Hamburg / Mecklenburg-Vorpommern / Schleswig-Holstein: **Reinhart Martin**; Nordrhein-Westfalen: **Christian Gerhardus**; Sachsen / Sachsen-Anhalt / Thüringen: **Hans-Peter Maier**.

Personalia bei Bunte: **Manfred Hart**, bisher Stellvertreter des Chefredakteurs von Bild, folgt als stellvertretender Chefredakteur von Bunte auf Dr. **Thomas Schneider**. Die Chefredaktion wird erweitert um **Ulrich Becker**, Leiter des Berliner Büros, **Claudia Cieslarczyk**, Leiterin des Ressorts Unterhaltung, und die Chefreporterin **Tanja May**. Chefredakteur des Online-Portals wird **Tom Kerschke**.

**Hans Martin Burr**, bislang in leitender Position bei der Motor-Presse, wird stellvertretender Chefredakteur für besondere Aufgaben bei der Computer-Bild-Gruppe (ASV). **Manfred Barth**, bislang Leiter des Ressorts Test und Technik, rückte zum stellvertretenden Chefredakteur bei Computer Bild auf.

Deutsche Presse-Agentur: **Martin Bialecki**, Ressortleiter für die politische Berichterstattung aus Deutschland, übernimmt im Berliner dpa-Büro zusätzlich die Leitung des bundespolitischen Korrespondenten-Teams. Landesbüroleiter Ost ist **Rolf Westermann**. **Dieter Ebeling**, bislang Leiter des Hauptstadtbüros, wechselt nach Brüssel, wo **Martin Romanczyk** neuer Büroleiter wird.

**Kai Diekmann**, Chefredakteur von Bild, wurde Mitglied im Beirat der auflagenstärksten türkischen Zeitung Hürriyet.

**Werner d'Inka**, langjähriger Chef vom Dienst bei der FAZ, folgt zum 1. März 2005 als einer der Herausgeber des Blatts **Dieter Eckart** nach, der aus Altersgründen das Herausgebergremium verlässt.

**Klaus Driever**, Geschäftsführer der Verlagsgruppe Weltbild (Augsburg),

folgte als Vorsitzender des Verbands der Zeitschriftenverlage in Bayern auf **Oliver Albrecht**; Stellvertreter sind **Wolfgang Illguth** (Fachverlag Hans Carl, Nürnberg) und **Jörg Stiebner** (Stiebner Verlag, München).

**Matthias Ehbrecht**, bisher stellvertretender Chefredakteur von Travel-Talk (Niedecken Medien), löst als Chefredakteur dieser Fachzeitschrift für Tourismus **Jens Riemann** ab, der den Verlag verlässt.

**Wolfgang Ehemann**, bislang stellvertretender Leiter der Hamburg-Redaktion der Welt und Welt am Sonntag, folgt als stellvertretender Chefredakteur beim Nordkurier (Neubrandenburg) auf **Oscar Tiefenthal**, der Stellvertreter des Chefredakteurs wird. Zu leitenden Redakteuren beim Nordkurier rückten **Jörg Spreemann**, **Hans-Joachim Guth** und **Christian Stelzer** auf.

**Florian Falkenstein**, zuletzt stellvertretender Redaktionsleiter bei Focus TV, löst als Ressortleiter Boulevard bei Pro Sieben **Stefan Vaupel** ab.

**Sabine Fäth**, Chefredakteurin der Frauenzeitschrift Laura, übernahm auch die Chefredaktion des neuen Titels Alles für die Frau (Bauer-Verlagsgruppe).

**Silvia Feist** in New York und **Janis Vougioukas** in Shanghai wirken als Chefs vom Dienst des Netzwerks Weltreporter.net, zu dem sich 22 in der ganzen Welt tätige freie Auslandskorrespondenten zusammengeschlossen haben.

**Stefan Feldmann**, bisher Geschäftsführer und Programmchef von RTL Franken Live TV und Franken TV (Nürnberg), wird Leiter der Abteilung Öffentlichkeitsarbeit der CSU-Landesleitung in München.

**Andreas Fey**, bisher Leiter Test und Technik von Audio Video Foto Bild, wurde stellvertretender Chefredakteur.

**Ulrike Fischer**, zuletzt stellvertretende Chefredakteurin von Woman, löste als Chefredakteurin von Petra (Jahreszeiten Verlag) **Klaus Dahm** ab. Chefredakteurin von Woman wird **Christine Ellinghaus**, die von Maxi kommt.

**Guy Fränkel** ist ab Januar 2005 neuer Programmdirektor der Rock Antenne. Er tritt damit die Nachfolge von **Ralf Schülzke** an, der seit 1. September 2004 Programmdirektor bei Radio Gong, München, ist.

**Judith Gilbert**, bisher stellvertretende Chefredakteurin von Spot on, dem Juniormagazin von Spotlight, folgt als Chefredakteurin auf **Burkhard Riedel**, der neue Projekte für den Spotlight Verlag (München) entwickeln soll.

**Christiane Gerboth**, Moderatorin bei „Focus TV", wurde Chefin vom Dienst der Nachrichtensendung „Newstime" auf Pro Sieben, die sie an den Wochenenden auch moderiert; Moderatoren an Werktagen sind **Mareile Höppner**, bisher bei RTL, und **Michael Marx**, zuletzt bei N24.

**Arne Gottschalck** löst als Chefredakteur von Der Fonds **Egon Wachtendorf** ab, der als Kolumnist und Berater für das Blatt wirken wird.

**Tilo Gräser**, früher Pressesprecher der Rosa-Luxemburg-Stiftung, zuletzt freier Journalist, wurde Referent für Medien und Öffentlichkeitsarbeit beim Bundesverband der Volkssolidarität.

**Ulrich Gregor**, mehr als vier Jahrzehnte lang Vorstandsvorsitzender des Vereins „Freunde der Deutschen Kinemathek", gab dieses Amt ab an **Milena Gregor**, **Birgit Kohler** und **Stefanie Schulte Strathaus**, die Programmverantwortlichen für das von den „Freunden" betriebene Kino Arsenal (Berlin).

**Dieter Gruschwitz**, bisher stellvertretender Leiter der ZDF-Sportredaktion, löst als Leiter **Wolf-Dieter Poschmann** ab, der Chefreporter wird.

Dr. **Thomas Gruber**, Intendant des Bayerischen Rundfunks München, übernimmt ab 1. Januar 2005 den Vorsitz der ARD. Er folgt damit **Jobst Plog**, NDR.

**Kirsten Haake**, bislang Redaktionsleiterin Online bei der Financial Times Deutschland, und der bisherige Chefreporter **Anton Notz** übernahmen die Leitung des neu geschaffenen Ressorts Electronic Media der FTD.

**Jan Hahn** und **Jessica Witte-Winter** lösen als Moderatoren des „SAT.1 Frühstücksfernsehens" **Andreas Franke** und **Thomas Koschwitz** ab.

**Kristina Hansen** folgt als Leiterin des ZDF-Landesstudios Hamburg auf **Knut Terjung**. Hansens Nachfolgerin im ZDF-Landesstudio Schleswig-Holstein ist **Ines Trams**, bisher Redaktionsleiterin von „Drehscheibe Deutschland". Diese Position übernimmt **Hermann Bernd**, bislang Leiter des Landesstudios Thüringen.

**Wie erscheint man / frau in der Rubrik leute / preise?**

Durch unsere Auswertung von Pressediensten, Zeitungen, Informationen der Institutionen, Redaktionen, Verbände … oder besser durch eigene kurze Mitteilung an die „Redaktion M": Fax (030) 69 56 36 76 oder per E-Mail: karin.wenk@verdi.de

**Imke Henkel** wechselte als Korrespondentin in London von der SZ zu Focus.

**Peter Stefan Herbst**, bisher Chefredakteur der Titel 20 Cent und Lausitzer Rundschau (Cottbus), löste als Chefredakteur der Saarbrücker Zeitung **Friedhelm Fiedler** ab, der andere Leitungsaufgaben in dem Unternehmen übernahm. Nachfolger von Herbst als Chefredakteur von Lausitzer Rundschau und 20 Cent wurden **Dieter Schulz** und **Andreas Oppermann**.

Hessischer Rundfunk (hr): **Frank Freiberger**, bisher Redakteur im Programmbereich Fernsehen Politik und Zeitgeschehen sowie Verantwortlicher für Sondersendungen und -projekte, wird Leiter der „Hessenschau". **Frank Böhm**, bislang stellvertretender Redaktionsleiter „Maintower" und Redakteur bei „Talk vor Ort", rückte zum Redaktionsleiter von „Maintower" auf. **Thomas Hütsch**, zuletzt Redakteur Wirtschaftsredaktion Fernsehen, übernimmt die Leitung der Programmgruppe Fernsehen Wirtschaft.

**Hendrik Hey**, Fernsehmoderator und Produzent, wechselt mit seinem Magazin „Welt der Wunder" von Pro Sieben zu RTL II.

**Anja Heyde** wird als Moderatorin von „Money Trend" auf RTL Nachfolgerin von **Percy Hoven**.

**Margit Hiebl**, bisher Leiterin des Ressorts Beauty, Wellness und Mode bei wellfit (Burda) sowie Redakteurin im Ressort Beauty bei Madame (Magazinpresse Verlag), wird Beauty-Chefin von Glamour (Condé Nast Verlag). Stellvertreterin wird **Stephanie Neureuter**, zuletzt Beauty-Redakteurin der Frauenzeitschrift.

**Stefan Irmler**, bislang Leiter des SV-Media-Büros, einer Tochter der SZ, in Düsseldorf, löst als Leiter des Hamburger SV-Media-Büros **Jörg Slama** ab.

**Jan Jurczyk** verstärkt ab sofort die Pressestelle des ver.di-Bundesvorstands. Zuvor war er unter anderem bei ver.di Publik, der Berliner Zeitung, der Berliner Morgenpost und beim Tagesspiegel als Wirtschaftsredakteur tätig.

**Klaus Karteusch**, bisher im Rang eines Oberstabsfeldwebels Sachbearbeiter im Bundesministerium für Verteidigung, verlässt das BMVg, bleibt aber Chefredakteur des Hardthöhenkurier. Neuer stellvertretender Chefredakteur des internationalen Magazins für Soldaten wird **Erhard Richard**, Stabshauptmann a.D.

**Judith Kolb** übernahm die Leitung des FFH-Regionalstudios Mittelhessen (Gießen), **Connie Strack** die des FFH-Regionalstudios Nordhessen (Kassel). Beide waren bisher als Redakteurinnen bei Hit Radio FFH tätig.

**Michael Kömpf**, bisher als Projektmanager, Redakteur und Autor tätig, folgte als redaktioneller Leiter der Corporate Publishing Agentur drivemedia (Verlag Heinrich Vogel, München) auf **Tilman Haas**.

Der Verwaltungsrat des Norddeutschen Rundfunks hat **Friedrich-Wilhelm Kramer** als Direktor des Landesfunkhauses Schleswig-Holstein für weitere fünf Jahre bestätigt.

**Ute Kröger**, bislang Chefredakteurin von Zuhause Wohnen, löste als Chefredakteurin der Frauenzeitschrift Für Sie (beide Jahreszeiten Verlag) **Sabine Hofmann** ab. Zuhause Wohnen wird kommissarisch vom stellvertretenden Chefredakteur **Ulrich Weiss** geleitet.

Die Fachjournalistin **Maria-Elisabeth Lange-Ernst** (München) wurde Chefredakteurin des Medizinjournalist (Medienfachverlag Oberauer).

**Rolf M. Langenhuisen**, bislang Ressortleiter Report bei der Rheinischen Post, folgte als stellvertretender Chefredakteur bei der Neuen Ruhr / Neuen Rhein Zeitung (Essen) auf **Thorsten Scharnhorst**, der in den Ruhestand trat.

**Valdo Lehari jun.**, Verleger des Reutlinger General-Anzeigers und Vorsitzender des Verbands Südwestdeutscher Zeitungsverleger (VSZV), löste als Vorstandsmitglied im Europäischen Zeitungsverlegerverband (ENPA) **Florian Lensing-Wolff** (Ruhr-Nachrichten) ab.

**Manuel Lianos**, bisher Vize-Chefredakteur von politik&kommunikation, folgte als Chefredakteur des Fachmagazins auf **Tobias Kahler**, der in die Geschäftsführung der politikverlag helios GmbH aufrückte.

**Christian Lindner** und **Joachim Türk**, bislang stellvertretende Chefredakteure der Rhein-Zeitung (Koblenz und Mainz), lösten als gleichberechtigte Chefredakteure **Martin Lohmann** ab.

**Stefan Lipsky**, bisher zusammen mit **Stephan Richter** Chefredakteur des Schleswig-Holsteinischen Zeitungsverlags (sh:z), schied im Rahmen einer Neustrukturierung als Chefredakteur aus und soll andere Führungsaufgaben übernehmen. Stellvertreter von Richter als alleinigem Chefredakteur wird **Rainer Mohrmann**, zuletzt Chefredakteur des Bauernblatts (Rendsburg).

**Thomas Luber**, bisher Chefkorrespondent von Capital (G+J), wird Kommunikationschef der Deka-Bank.

**Dirk Alexander Lude** wurde Redaktionsleiter im Studio Rhein-Main (Mainz) von Hit Radio RPR 1 und ist für Landespolitik zuständig.

**Helmut Markwort**, bislang Geschäftsführer und Chefredakteur von Focus, dessen Vertrag mit Hubert Burda Media bis Ende 2008 läuft, wurde zusätzlich zum Herausgeber ernannt. Als Chefredakteur soll ihm sein bisheriger Stellvertreter **Uli Baur**, als Geschäftsführer der bisherige Verlagsleiter **Frank-Michael Müller** folgen.

**Matthias Matussek**, Korrespondent des Spiegel in London, und der Paris-Korrespondent **Romain Leick** lösen als Leiter des Spiegel-Kulturressorts **Mathias Schreiber** und **Wolfgang Höbel** ab, die dem Magazin als Autoren erhalten bleiben.

**Sigrid Meißner**, bislang Redakteurin für Landespolitik bei der Hamburger Morgenpost, verließ das Blatt und arbeitet jetzt als freie Journalistin.

**Heinrich Meyer**, Herausgeber und Geschäftsführer der NRZ sowie Geschäftsführer der Stiftung Presse-Haus NRZ, folgte als Vorsitzender der ITZ Initiative Tageszeitung (Bonn) auf **Franz Westing**, Ex-Chefredakteur der Peiner Allgemeinen Zeitung. Zweite Vorsitzende ist **Susanne Schäfer-Dieterle**, Geschäftsführerin von ssd Kommunikations-Management (Bielefeld). Neu in den Vorstand gewählt wurde **Gerd Spilker**, Chefredakteur der Ostsee-Zeitung.

**Christoph Minhoff**, bislang Leiter des ZDF-Landesstudios Bayern, wird in der Nachfolge des im Juli 2004 verstorbenen **Bodo H. Hauser** zum 1. März 2005 Programmgeschäftsführer von Phoenix. Er wird den öffentlich-rechtlichen Sender zusammen mit **Klaus Radke** von der ARD leiten.

**Christiane Peitz** und **Rüdiger Schaper** folgten als Feuilletonchefs des Tagesspiegel (Berlin) auf **Peter von Becker**, der das Amt niederlegte und künftig als Autor tätig sein wird.

**Claus-Joachim Penning**, stellvertretender Chefredakteur von Auf einen Blick, übernahm außerdem die Redaktionsleitung von TV klar, die bisher **Andrea Wicherek**, Chefredakteurin der Fernsehwoche, innehatte.

**Andreas Rehnolt** arbeitet nach 18 Jahren als Pauschalist bei AP jetzt wieder ganz „frei" aus NRW für Nachrichtenagenturen, Zeitungen und Hörfunk. Themen: Theater, Messen, Wirtschaft, Gerichtsprozesse, Landespolitik. Sein zweites Standbein wird Medienberatung sein.

**Erwin Fidelis Reisch**, Geschäftsführer des Alfons W. Gentner Verlags (Stuttgart), wurde als Vorsitzender des Südwestdeutschen Zeitschriftenverleger-Verbandes wiedergewählt; Stellvertreter ist **Werner Neunzig** (Verlagsgruppe Reader's Digest Deutschland Verlag Das Beste).

**Jens Riemann**, bisher Chefredakteur des touristischen Magazins TravelTalk, verließ das Verlagshaus Niedecken Medien (Hamburg).

**Lothar Romain**, Präsident der Universität der Künste Berlin, löste als Vorsitzender des RBB-Rundfunkrats **Bertram Althausen** ab, den Superintendenten der Evangelischen Kirche Berlin-Brandenburg.

**Dietrich Sattler**, Vorsteher des Rauhen Hauses in Hamburg, wurde als Vorstandsvorsitzender der Hamburgischen Anstalt für neue Medien (HAM) wiedergewählt; er gehört dem Gremium auf Vorschlag der Nordelbischen Evangelisch-Lutherischen Kirche und des Erzbistums Hamburg an. Stellvertreterin ist **Frauke Hamann**, Pressesprecherin der Zeit-Stiftung, die vom Verein Eine Welt Netzwerk Hamburg vorgeschlagen wurde.

**Sabine Schlosser**, bislang Ressortleiterin Medien und Media bei der Fachzeitung Horizont (Verlagsgruppe Deutscher Fachverlag), wurde Chefredakteurin des Anfang 2005 in Deutschland neu erscheinenden Broadcast Magazine (Broadcast Press / T&F Informa). Herausgeber der Fachzeitschrift für Fernsehen und Radio ist **Rob van Beek**, der auch als Herausgeber und Geschäftsführer der niederländischen Ausgabe fungiert.

**Frank Schmiechen**, zuletzt Chef vom Dienst bei Bild, wurde stellvertretender Chefredakteur von Welt Kompakt, dem Tabloid-Ableger der Welt.

**Susanne Schosser**, bislang Programmdirektorin von Super RTL, wird Geschäftsführerin von EM.Entertainment und Junior.TV, beides Töchter von EM.TV. Für das Programm von Super RTL ist vorerst Geschäftsführer **Claude Schmit** zuständig.

**Ralph Schweinfurth** folgt als Chefredakteur der „Bayerischen Staatszeitung" (Süddeutscher Verlag und Münchner Zeitungsverlag im Auftrag des Freistaats Bayern) auf **Peter Jakob Kock**, der eine andere Aufgabe im Verlag wahrnehmen wird.

**Karl Dietrich Seikel**, Geschäftsführer des Spiegel Verlags, wurde als Vorstandsvorsitzender der Publikumszeitschriften im Verband Deutscher Zeitschriftenverleger (VDZ) bestätigt. Neue Vorstandsmitglieder sind **Bernd Buchholz** (Vorstand Zeitschriften Deutschland Gruner + Jahr AG), **Lutz Glandt** (Geschäftsführer der WAZ Mediengruppe) und **Friedrich Wehrle** (Geschäftsführer der Vereinigten Motor-Verlage). **Rolf Wickmann** (Generalbevollmächtigter von G+J) schied aus dem Gremium aus.

**Tim Sommer**, bislang stellvertretender Chefredakteur bei ART, übernahm die Chefredaktion des Kunstmagazins von **Axel Hecht**, der zum Herausgeber berufen wurde.

Dr. **Claudia Stellmach** wurde verantwortliche Redakteurin des kritischen Wissenschaftsmagazins Forum Wissenschaft, das vierteljährlich vom Bund demokratischer Wissenschaftle-

Anzeige

rinnen und Wissenschaftler (Marburg) herausgegeben wird.

**Hans Georg Stolz** wurde als Vorstandsvorsitzender der Arbeitsgemeinschaft Media Analyse wiedergewählt, ebenso die Vorstände der einzelnen Sparten – TV: **Walter Neuhauser** (IP Deutschland); Hörfunk: **Dieter K. Müller** (ARD); Zeitschriften: **Michael Walter** (G+J); Tageszeitungen: **Ulrich Becker** (Kölner Stadtanzeiger); Werbungstreibende: **Paul Remitz** (Kraft Foods); Plakat: **Lothar Hannen** (Ströer); Online: **Harald Kratel** (G+J Electronic Media). Auch **Lutz Kuckuck** (Madsack) wurde in seinem Amt als Aufsichtsratsvorsitzender der Media Micro Census bestätigt.

**Karin Storch**, die derzeit für das ZDF aus Rom berichtet, übernimmt zum 1. März 2005 die Leitung des ZDF-Studios in Tel Aviv.

**Alexander von Streit**, bisher freier Medienjournalist, folgte bei Cover als zweiter Chefredakteur neben **Stephan Alexander Weichert** auf **Ruth Fuchs**.

**Peter Studhalter**, bisher Abteilungsleiter TV-Movie bei RTL, verlässt den Sender.

Dr. **Eckhard Supp**, der sich als Weinjournalist und Autor einen Namen machte, folgt als Chefredakteur von Essen & Trinken und Schöner Essen (G+J) auf den bisherigen kommissarischen Leiter **Wolfgang Zahner**, der Chefredakteur von Essen & Trinken für jeden Tag wird.

**Ann Thorer**, bisher Ressortleiterin Musik bei der Bunten, wird neben **Alex Gernandt**, der das Blatt kommissarisch leitet, stellvertretende Chefredakteurin bei Bravo.

Dr. **Oliver Tolmein**, freier Journalist (u. a. WDR, DLF, FAZ, konkret), lässt sich in Hamburg als selbständiger Rechtsanwalt mit dem Schwerpunkt Medienrecht nieder; er wird weiterhin freiberuflich journalistisch tätig sein.

**Daniela Vates**, bei Reuters bisher für die SPD zuständig, löst im März 2005 als Korrespondentin im Bundesbüro der Berliner Zeitung **Tom Levine** ab, der künftig in Düsseldorf als freier Journalist tätig sein wird.

**Clemens Wortmann**, Geschäftsführer von AFP, löste als Chefredakteur des deutschen Dienstes der Nachrichtenagentur **Henriette Löwisch** ab, die als leitende Redakteurin nur noch in Teilzeit für AFP tätig sein wird. Co-Geschäftsführer wurde Redaktionsmanager **Andreas Krieger**.

Die Filmproduzentin **Regina Ziegler** wurde zur Honorarprofessorin für das Fach Film- und Fernsehproduktion an die HFF Konrad Wolf in Potsdam berufen.

**Jens Zielinski** löst als Programmchef des Radiosenders Energy (Stuttgart) **Birgit Richter** ab, die ausscheidet. **Erika Rilling**, Chefin vom Dienst, übernimmt zusätzlich die Leitung des Nachrichtenressorts; **Daniel Finke** ist für die Musikplanung zuständig.

**Monika Zimmermann**, bisher Chefredakteurin der Mitteldeutschen Zeitung (Halle), wird in Berlin Chefkorrespondentin für dieses Blatt und den Kölner Stadt-Anzeiger. **Peter Pauls** leitet die Mitteldeutsche Zeitung kommissarisch.

**Camille Zubayr** folgt als Leiter der Medienforschung in der ARD-Programmdirektion auf **Wolfgang Darschin**, der in den Ruhestand tritt.

# preise

**Michael Angele**, Medienkolumnist bei der Netzeitung.de, erhielt für sein Buch „Ankunft Weltende, Melancholische Erkundungen" einen mit 8.000 Franken dotierten Buchpreis der Stadt Bern.

ARD digital und ZDF vision wurden für ihr gemeinsames digitales Olympiaprogramm mit dem Ehrenpreis des Meeting Business Award 2004 ausgezeichnet, den die Master of Masters Event Marketing GmbH vergibt.

Das Team der ARD-Fernsehserie „Lindenstraße" wurde für sein soziales Engagement mit der höchsten Auszeichnung des Paritätischen Wohlfahrtsverbands gewürdigt.

ARD-Hörspieltage in Köln: „Genua 01" (WDR) von **Fausto Paravidino** (Italien; Bearbeitung und Regie: **Martin Zylka**) gewann den mit 2.500 € dotierten Publikumspreis Online-Award 2004. Auf den Plätzen folgten „Cobains Asche" (SWR) und „Eisen" (DLF).

ARD-Medienpreis CIVIS für Integration und kulturelle Vielfalt 2004 – Europäischer CIVIS-Fernsehpreis / Unterhaltung: **Silvia Munt** (Spanien) für den Film „Les filles de Mohamed" (Televisio de Catalunya); Information: **Axel Boisen** (Dänemark) für das Feature „New Stars of Europe" (Danmarks Radio TV). Deutscher CIVIS-Fernsehpreis / Unterhaltung: **Sülbiye V. Günar** für den Spielfilm „Karamuk" (WDR); Information: **Alexander Kobylinski** und **Caroline Walter** für die Reportage „NPD auf dem Vormarsch" (RBB). CIVIS-Hörfunkpreis / Unterhaktung: **Karlheinz Koinegg** für das Hörspiel „Lilipuz: Papa, was ist der Islam?" (WDR); Information: **Frederik Kunth** für das Feature „Geschichten aus Parallelistan". Young CIVIS media prize: **Sanne Kurz** und **Jiska Rickels** (HFF München) für den Dokumentarfilm „Himmelfilm – How were skies when you were young?" Der Medienpreis CIVIS war mit insgesamt 41.000 € dotiert.

**Hans Barbier**, früher Parlamentskorrespondent der SZ und Ressortleiter Wirtschaft der FAZ, jetzt Autor für die FAZ und das Wirtschaftsmagazin Capital sowie Vorsitzender der Ludwig-Erhard-Stiftung, wurde von der baden-württembergischen FDP mit der Reinhold-Maier-Medaille ausgezeichnet.

**Peter Bardehle** und **Kris Karathomas** (ARTE), **Florian Hildebrand** (BR) und **Marc Schürmann** (SZ-Magazin) erhielten „für herausragende Beiträge zu Themen der Luft- und Raumfahrt" den Ludwig-Bölkow-Preis, der vom europäischen Luftfahrt- und Rüstungskonzern EADS und der Deutschen Journalistenschule (München) erstmals vergeben wurde. Sonderpreise gingen an **Michael Schröder** (Peiner Allgemeine Zeitung) und **Sylvia Kuck** (HR).

**Wilhelm Bing**, bis vor einem Jahr Verleger und Chefredakteur der Waldeckischen Landeszeitung und der Frankenberger Zeitung, wurde mit dem Bundesverdienstkreuz ausgezeichnet.

Der Fernsehkritiker **Rainer Braun** erhält den mit 5.000 € dotierten Bert Donnepp Preis / Deutschen Preis für Medienpublizistik 2004, den der Verein der „Freunde des Adolf Grimme Preises" vergibt.

**Martin Buchholz** wurde für „Gott segne unseren Überfall" (SWR) mit dem Deutschen Menschenrechts-Filmpreis 2004 in der Kategorie Profi ausgezeichnet. In der Kategorie Amateur ging der Preis an **Daniela Perathoner** für „Edwins Welt". Der Preis wird alle zwei Jahre von 16 Organisationen sowie konfessionellen und kommunalen Trägern ausgelobt.

Die Journalisten **Eva Buchhorn**, **Henrik Müller** und **Klaus Werle** erhielten für eine Reportage im manager magazin über die alternde Gesellschaft den mit 12.000 € dotierten Medienpreis „Im Zentrum der Mensch", der vom Deutschen Hygienemuseum (Dresden) und der DKV Deutsche Krankenversicherung vergeben wird.

**Christina Claus** (BR), ein Redaktionsteam des HR (**Hanne Rosemann, Juliane Hipp, Michael Ackermann, Judith Koenig**) und **Willy Meyer** (Neumarkter Lammsbräu) erhielten den mit insgesamt 10.000 € dotierten Preis „Öko-Rente" vom Neumarkter Lammsbräu.

Deutscher Kurzfilmpreis 2004 der Kulturstaatsministerin – Spielfilme mit einer Laufzeit bis sieben Minuten: „Full stop" von **Caspar Arnhold** (Frankfurt/Main); Spielfilme mit einer Laufzeit von mehr als sieben bis 30 Minuten: „True" von X Filme Creative Pool (Berlin); Animationsfilme: „3,48 €/min." von **Michel Klöfkorn** (Frankfurt / Main); Dokumentarfilme: „Nome road system" von **Rainer Komers** (Mülheim a. d. R.). Für die insgesamt zehn nominierten Filme gab es eine Prämie von 12.500 €; die Filmpreise in Gold waren mit 30.000 € dotiert. Sonderpreis für Filme mit einer Laufzeit von mehr als 30 bis 78 Minuten (20.000 €): „Die Daumendreher" von Ciulei Films (München).

Deutscher Sozialpreis 2004 der Bundesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege – Print (5.000 €): **Beate Lakotta** (Der Spiegel); Hörfunk (5.000 €): **Karla Krause** (DLR / BR); Fernsehen (5.000 €): **Heike Raab** (RBB / KiKa).

Der Dietrich Oppenberg-Medienpreis für junge Journalisten wird von der Stiftung Lesen und der Stiftung Presse-Haus NRZ vergeben. Die diesjährigen Preisträger – 1. Preis (2.500 €): **Mithu M. Sanyal** für „Auf 26 Zeichen in eine andere Galaxie" (WDR 5); 2. Preis (1.500 €): **Beate Herkendell** für „Geschichten aus der Schmöker-

Anzeige

MENSCHEN MACHEN MEDIEN

ver.di

Die medienpolitische Fachzeitschrift für Journalismus, Verlage, audiovisuelle Medien, Rundfunk und Multimedia

Die Fachzeitschrift «M» hat eine Auflage von 57.000 Exemplaren und ist exklusiv, denn: «M» gibt es nicht am Kiosk!

Hiermit bestelle ich, beginnend mit Monat .....2005 ..... Exemplar(e) «M» – Menschen Machen Medien. Der Abonnementpreis beträgt 36,– Euro jährlich.

Ich bin ver.di-Mitglied (Mitglieds-Nr. .....). Für mich gilt daher der ermäßigte Bezugspreis von 18,– Euro. Sollte ich nicht bis zum 15. November des Bezugsjahres schriftlich beim Verlag kündigen, läuft mein Abonnement weiter.

.....
Name, Vorname

.....
Straße, Hausnummer

.....
PLZ, Ort

.....
Datum, Unterschrift

Probeheft und Abonnement: Verlagsgesellschaft W. E. Weinmann, Postfach 1207, 70773 Filderstadt
Tel. 0711 / 700 15 30, service@verlag-weinmann.com
oder per Abo-Formular bei: www.verdi.de/m/abo

Rechtlicher Hinweis:
Ich kann diese Bestellung binnen sieben Tagen widerrufen. Zur Wahrung der Frist genügt die rechtzeitige Absendung (Poststempel) an:
Verlagsgesellschaft W.E. Weinmann mbH,
Postfach 1207, D – 70773 Filderstadt.

.....
Datum, Unterschrift (für Widerrufsrecht)

ecke – Wie man die Liebe zum Lesen weckt" (SWR 2); 3. Preis (1.000 €): **Susanne Sobko** für „Die Bücher mussten zum Anfassen sein" (Südthüringer Zeitung); Sonderpreis (1.000 €): Redaktion einer Sonderbeilage der Frankfurter Rundschau zum Thema Analphabetismus.

28. Duisburger Filmwoche / Das Festival des deutschsprachigen Dokumentarfilms – 3sat-Dokumentarfilmpreis (6.000 €): „Hans im Glück" von **Peter Liechti** (Schweiz); ARTE-Dokumentarfilmpreis (6.000 €) sowie Dokumentarfilmpreis des Goethe-Instituts (2.000 €): „Hat Wolff von Amerongen Konkursdelikte begangen?" von **Gerhard Friedl** (Deutschland); Förderpreis der Stadt Duisburg (5.000 €): „Wilhelm der Schäfer" von **Josie Rücker** (Deutschland); Publikumspreis der Rheinischen Post (1.000 €): „Was lebst du?" von **Bettina Braun** (Deutschland).

Fernsehfilm-Festival Baden-Baden 2004 – Fernsehfilmpreis der Deutschen Akademie der Darstellenden Künste und Studentenpreis der Filmhochschule Ludwigsburg: „Hotte im Paradies" (BR/WDR/ARTE) von **Dominik Graf** (Regie) und **Rolf Basedow** (Buch); 3sat-Zuschauer-preis: „Experiment Bootcamp" (Pro Sieben) von **Andreas Linke**; Rolf-Hans-Müller-Preis für Filmmusik (10000 €): **Karim Sebastian Elias** (Berlin) für die Orchestermusik zu dem Film „Die Rosenzüchterin" (ZDF); Nachwuchs-Regiepreis MFG-Star: **Katinka Feistl** für „Bin ich sexy?" (ZDF); Studentenpreis des Collegiums Budapest: „Kalter Frühling" (ZDF/ ARTE) von **Dominik Graf** (Regie) und **Markus Busch** (Buch); Sonderpreise der Jury für herausragende darstellerische Leistungen: **Maria Simon** („Carola Stern – Doppelleben", „Kleine Schwester"), **Esther Zimmering** („Kleine Schwester") und **Matthias Schweighöfer** („Baal", „Kalter Frühling"). **Dominik Graf** wurde zudem mit dem erstmals vergebenen Hans-Abich-Preis für besondere Verdienste um den Fernsehfilm ausgezeichnet.

**Ulrike Gehring** (Frankfurt) gewann mit ihrem Film „Unternehmen Kaffeestückchen" („Mensch Alltag", SWR) den diesjährigen Deutschen Wirtschaftsfilmpreis des Bundesministeriums für Wirtschaft und Arbeit in der Kategorie „über wirtschaftliche Zusammenhänge und Entwicklungen in der sozialen Marktwirtschaft". Der zweite Preis ging an **Gitti Müller** (Bonn) für „Der neueste Hit vom Finanzamt" (WDR). Den dritten Preis erhielt Macondo Medien (Ober-Olm bei Mainz) für „Mit Volldampf aus der Flaute". Der mit 5.000 € dotierte Nachwuchspreis wurde **Tomasz Emil Rudzik** (München) für „Garage Love" im Auftrag von BMW zugesprochen. Platz 2 und 3 belegten **Sven Bohse** und **Tim Lauterborn**.

Georg von Holtzbrinck Preis für Wirtschaftspublizistik 2004 – Print (5.000 €): **Matthias Geyer** und **Alexander Smoltczyk** (Spiegel); elektronische Medien (5.000 €): **Maja Helmer** (Autorin bei autoren[werk], freie TV-Autorin für das ZDF); Nachwuchspreis (2.500 €): **Roman Pletter** (freier Journalist).

**Felix Graf**, **Goro Fujita** und **Moritz Bunk**, Studierende an der privaten Filmhochschule German Film School (Elstal bei Berlin), wurden für ihren Kurzfilm „Kong & Bird" beim 15. Bielefelder Film- und Videowettbewerb mit dem zweiten Preis der Jury (500 €) ausgezeichnet.

Den Karikaturisten **Achim Greser** und **Heribert Lenz** wurde für „Der Aufschwung ist da" der mit 5.000 € dotierte Deutsche Karikaturenpreis der Sächsischen Zeitung verliehen.

Hans-Klein-Medienpreis 2004 der Fernseh Akademie Mitteldeutschland (insgesamt 25.000 €): **Stephan Lamby** und **Michael Rutz** für die zweiteilige Dokumentation „Helmut Kohl – Ein deutscher Kanzler" (NDR / ARD) sowie ein Produktionsteam des MDR für den ersten Teil der Reihe „Damals in der DDR". Ehrenpreis (12.500 €): **Hans Mahr**, Executive Coordinator der RTL Group.

**Thomas Hausner** erhielt für die Sendung „Alphorn und Bankgeheimnis" (BR) den Negativ-Preis Saure Gurke 2004, den „Frauen in den Medien" dafür vergaben, dass in dieser Sendung über die Schweiz ausschließlich Männer zu Wort kamen.

Heureka-Journalistenpreis 2004 des Pharmakonzerns Aventis für junge Wissenschaftsjournalisten – Presse (5.000 €): **Sascha Karberg** (MIT Technology Review) und **Bas Kast** (Tagesspiegel), lobende Erwähnung: **Sabrina Mazzola** (Hannoversche Allgemeine Zeitung); Hörfunk (5.000 €): **Doris Schleich** (BR); Fernsehen (5.000 €): **Alenka Tschischka** (KiKa), lobende Erwähnung: **Kerstin Hoppenhaus** (SWR Fernsehen).

Die Hörfunkpreise der Landesanstalt für Medien NRW werden für journalistische Leistungen im privaten Hörfunk vergeben. Die diesjährigen Preisträger – Kommunale Berichterstattung: **Arne Hübscher** (Radio Hagen); Information / Beratung / Bildung: **Andreas Struppe** (radio NRW); Unterhaltung / Comedy / Satire: **Dirk Matlik** (Radio Siegen), Anerkennungspreis: **Michael Hendriks** und **Christian Saftig** (Radio 91,2, Dortmund); Projekt / Serie: **Sylvia Freitag** (Radio Hochstift, Höxter / Paderborn) und die Redaktion von Radio Leverkusen; Sonderpreis: Radio Westfalica (Minden-Lübbecke) für die „Gesamtleistung / Gesamtentwicklung eines Privatsenders". Lokale Werbespots: **Andreas Robitzky** und **Eckart Waage**

(Radio 91,2); lokale Werbekampagne: zweite Preise für **Andreas Robitzky** und **Eckart Waage** (Radio Herne 90acht) sowie **Andreas Hille** (Radio Köln); lokale Events / On- und Off-Air Promotion: **Steffen Ziegler** und **Harald Stark** (Radio Siegen). Die Hörfunkpreise sind mit je 2.500 €, die Anerkennungs- und zweiten Preise mit je 1.250 € dotiert.

53. Internationales Filmfestival Mannheim-Heidelberg – Hauptpreis: „Chlorox, Ammonia and Coffee" von **Mona J. Hoel** (Norwegen); Rainer Werner Fassbinder-Preis: „Mila from Mars" von **Sophia Zornitsa** (Bulgarien); Spezialpreis der Jury: „Ziggy außer Atem" von **David Lanzmann** (Frankreich), „Mein eifersüchtiger Friseur" von **Annette Sjursen** (Norwegen) und „Vor dem Absturz" von **Nathaniel Geary** (Kanada); Publikumspreis: „Folge der Feder!" von **Nuray Sahin** (Deutschland) und „Der graue Lastwagen ist rot" von **Srdjan Koljevic** (Montenegro / Slowenien / Deutschland); Kurzfilm: „Zwanzig unmögliche Standpunkte" von **Annemarie Jacir** (Palästina); FIPRESCI-Preis: „Ziggy außer Atem"; Preis der Ökumenischen Jury: „Mila from Mars"; Master of Cinema Award: **Edgar Reitz** und **Wim Wenders**.

Die Redaktion der monatlich erscheinenden Bürgerzeitung jot w.d. (**Ingeborg Dittmann, Ulrich Clauder, Ralf Nachtmann, Ellen Deubler**) wurde mit dem undotierten Ehrenpreis des Berliner Bezirks Marzahn-Hellersdorf gewürdigt.

Der Journalistenpreis ehrenamtliches Engagement wird von der Robert-Bosch-Stiftung (Stuttgart) verliehen. Die Preisträger 2004 – 1. Preis (2.500 €): **Kai M. Feldhaus** und **Johannes Strempel** (Berliner Morgenpost); 2. Preis (1.500 €): **Andreas Speen** (Rheinische Post); 3. Preis (1.000 €): **Kristina Maroldt** (Sächsische Zeitung). Marion-Dönhoff-Förderpreis für junge Journalisten (1.500 €): **Claudia Sebert** (Frankenpost). Serienpreis (2.500 €): **Lutz Würbach** und **Heidi Pohle** (Lokalredaktion Halle der Mitteldeutschen Zeitung).

Den Journalistenpreis des Presseklubs Bremerhaven-Unterweser erhielten – 1. Preis (750 €): **Timo Kühnemuth** (Kreiszeitung Wesermarsch); 2. Preis (500 €): **Susanne Schwan** (Nordsee-Zeitung); 3. Preis (250 €): **Natascha Saul** (Niederelbe-Zeitung).

**Mischa Kopmann** (Hamburg) erhielt für seine Geschichte „Monsieur Lumière" den mit 2.500 € dotierten Walter-Serner-Preis 2004, den das RBB-Kulturradio und das Literaturhaus Berlin vergeben.

Die Schauspielerin **Ulrike Kriener**, Darstellerin der Kommissarin Lucas in der gleichnamigen Krimi-Serie des ZDF, wurde für die Folge „Vertrauen bis zuletzt" mit dem Goldenen Gong ausgezeichnet.

Die Journalistin **Beate Lakotta** und der Fotograf **Walter Schels** erhielten für ihr Buch „Noch mal leben vor dem Tod – Wenn Menschen sterben" den Hospiz-Ehrenpreis 2004, der von der Bundesarbeitsgemeinschaft Hospiz verliehen wurde.

Der Medienethikpreis META 2004 wurde von der Hochschule der Medien in Stuttgart zum Thema „Wirtschaft und Medienethik" ausgelobt. Die Preisträger: **Janko Tietz** für „Unternehmen Jugendwahn" (Spiegel); **Thomas Fischermann** und Dr. **Kolja Rudzio** für „Die Arbeit wandert aus" (Die Zeit); **Michael Prellberg** und Dr. **Anton Notz** für „Auf die Pfoten" (Financial Times Deutschland). Ein Sonderpreis ging an **Gabriele Fischer**, Chefredakteurin von brand eins, für das Gesamtkonzept des Wirtschaftsmagazins.

Der Medienpreis Entwicklungspolitik wird vom Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung sowie dem Bundespräsidenten ausgeschrieben. Die Preisträger 2004 – TV (5.000 €): **Jihan El-Tahri** (ARTE); Print (5.000 €): **Harald Schumann** (Spiegel) und **Christian Tenbrock** (Die Zeit); Hörfunk (5.000 €): **Jutta Schmid-Glöckler** (SWR) und **Thomas Kruchem** (SR). Ein Sonderpreis (2.500 €) in „Würdigung seines jahrelangen entwicklungspolitischen Engagements" ging an **Kai Friedrich Schade**, Chefredakteur der Zeitschrift Entwicklungspolitik.

Den Menschenrechtspreis 2004 von „Reporter ohne Grenzen" und der Stiftung Fondation de France (Paris) erhielten: Der algerische Journalist **Hafnaoui Ghoul**, Redakteur der Tageszeitung El Youm, dem der Kampf gegen Korruption und Amtsmissbrauch in Algerien sechs Monate Haft eintrug; **Liu Xiaobo**, ehemaliger Philosophieprofessor und Präsident des einzigen unabhängigen Schriftstellerverbands in China, der sich für freie Medien engagiert, und die mexikanische Wochenzeitung Zeta, deren Motto „Veröffentlichen, was die anderen nicht veröffentlichen" zur Folge hatte, dass drei Mitarbeiter ermordet wurden. Die Preise sind mit je 2.500 € dotiert.

**Peter Neumann** erhielt für seine fünfteilige Serie „Berlins Bahnhöfe" (Berliner Zeitung) den mit 5.000 € dotierten „Journalistenpreis Bahnhof" 2004.

Niedersächsischer Hörfunkpreis 2004 / Medienpreis der Niedersächsischen Landesmedienanstalt (NLM) für Privatsender und Bürgerradios – Kategorie „Leben und Arbeiten in Niedersachsen": **Angela Behrens** und **Wolfgang Stelljes** vom Evangelischen Kirchenfunk (radio ffn); Kategorie Kultur / Unterhaltung / Musik: **Dieter Adler** und **Oliver Seidler** (Hit-Radio Antenne); Kategorie Comedy: **Tim Kuhse** (radio ffn); Kategorie Kinder: **Henrieke Brüdegam** und **Samira Rieker** (Bürgersender Radio Jade); Kategorie Eigenproduktionen: **Anna-Lena Koopmann**, **Andreas Bolte** und **Thomas Müller** (Hit-Radio Antenne); Sonderpreis Sport: **Oliver Seidler** und **Till Uhlig** (Hit-Radio Antenne); Förderpreis in der Kategorie Volontärsbeitrag: **Michael Maxen** (Hamelner Bürgersender Radio Aktiv); Sonderpreis Schüler-Internetradio: 8. Klasse der Hauptschule Ankum. Die Preise waren mit insgesamt 12.500 € dotiert.

Ökomedia 2004 / 21. Internationales Umwelt Film Festival in Freiburg – eine Auswahl der Preisträger. Künstlerische Leistung: „Heimat" von **Dietmar Höss** (Italien); journalistische Leistung: „Leben außer Kontrolle" von **Bertram Verhaag** (Deutschland); Naturfilm: „Europas wilder Osten: Der Nationalpark Zemaitija in Litauen" von **Cornelia Volk**, **Till Ludwig** und **Volker Miske** (Deutschland); Kinderfilm: „Wachsende Versprechen – Gentechnik in Mittelamerika" von **Barbara Lubich** und **Silke Pohl** (Deutschland); Europäischer Fernsehpreis der Ökomedia: „Der Arzt und die verstrahlten Kinder aus Basra" von **Frieder Wagner** (Deutschland); Sonderpreis des Bundesumweltministeriums: „Die Proteinpiraten" von **Inge Altemeier** und **Reinhard Hornung** (Deutschland); lobende Erwähnung der Ökomedia-Jury: „Das Rote Quadrat: Die Prestige" von **Georg M. Hafner** (Deutschland / Spanien / Griechenland) und „Biogas – Sauberer als man denkt" von **Robert Jenne**, **Georg Jenne** und **Kristof Franke**; Filmpreis der Erzdiözese Freiburg: „Neues Eldorado" von **Tibor Kocsis** (Ungarn), lobende Erwähnung: „My Dog Eats Beats" von Studierenden der German Film School.

Der Pater-Wolfgang-Seibel-Preis für junge Journalisten wurde vom Förderverein des ifp – Instituts zur Förderung publizistischen Nachwuchses gestiftet und zum ersten Mal vergeben. Print: **Lucas Wiegelmann** (FAZ); elektronische Medien: **Karin Becker** („Zündfunk", BR). Die Preise sind mit je 750 € dotiert.

**Heribert Prantls** (Ressortleiter Innenpolitik der SZ) Rede „Zivilgesellschaft ist vitaler Verfassungsschutz" wurde vom Seminar für Allgemeine Rhetorik der Universität Tübingen als „Rede des Jahres 2004" ausgezeichnet.

Preise für Wirtschaftsjournalisten 2004 der Friedrich und Isabel Vogel-Stiftung – Hauptpreise (je 3.500 €): **Götz Hamann** für „Der Mann, den sie Kleinholtz nannten" (Die Zeit) und **Wolfgang Uchatius** für „Der Norden sät den Hunger" (Die Zeit). Anerkennungspreise (je 2.500 €): **Johannes Eber** für „Moral und Marktwirtschaft, die M & M-Frage" (Südkurier) und **Hans von der Brelie** für den Film „Tschechisches Bier – Gerstensaft und ausländische Direktinvestitionen fließen in Strömen" (Euro-News TV). Nachwuchspreis (1.250 €): **Barbara Gärtner** für „Kleingewerbe spürt die Flaute am deutlichsten" (Stuttgarter Nachrichten).

Preise für ZDF-Produktionen: Beim Ekotopfilm-Festival in Bratislava erhielt **Jörg Brase** für seinen Beitrag „Eiszeit" (ZDF-Magazin „Frontal 21") den Preis der Slowakischen Arbeitgeber-Vereinigung; **Joachim Bublath** (Redaktion Naturwissenschaft und Technik) wurde für „Asien – Das Wasser des Lebens" (Reihe „Faszination Erde") mit dem Preis der Association for Industrial Ecology ausgezeichnet. Beim 21. Internationalen Kinderfilm-Festival in Chicago gewann **Bernd Sahling** mit „Die Blindgänger" (ZDF tivi) den ersten Preis in der Kategorie Live Action Feature Film; diese Produktion wurde beim 16. Internationalen Kinderfilmfestival in Wien mit dem UNICEF-Preis ausgezeichnet. Der Puppen-Trickfilm „Frau

Holle" (ZDF tivi) wurde beim Internationalen Cartoon and Digital Arts Festival in China als bester Beitrag in der Kategorie TV-Film ausgezeichnet. Der Hauptpreis des Vienna TV Award 2004 ging an „Der Tod Klinghoffers" (ZDF / ARTE, Regie: **Penny Woolcock**), eine filmische Adaption der gleichnamigen Oper von **John Adams** (Großbritannien). Beim 15. Kinofest Lünen wurden zwei Produktionen der Redaktion „Das kleine Fernsehspiel" ausgezeichnet: **Katinka Feistl** erhielt für „Bin ich sexy?" den Filmpreis der Stadt Lünen (12.500 €); **Gil Mehmert** wurde für „Aus der Tiefe des Raums" der Berndt-Media-Preis (2.000 €) zugesprochen. Das Wissensmagazin „Marvi Hämmer präsentiert National Geographic World" wurde beim Internationalen Festival für wissenschaftlichen Film 2004 in Peking in der Kategorie „Wissenschaft für Jugend und Bildung" ausgezeichnet; in der Kategorie „populäre Wissenschaft" ging ein Preis an **Axel Engstfeld** für den Film „Der Stromkrieg" aus der ZDF-Expeditionsreihe „Mission X". Beim 9. Internationalen Festival des archäologischen Films in Bordeaux erhielt die Folge „Roms Limes im Orient" (Reihe „Schliemanns Erben") von **Gisela Graichen** und **Peter Prestel** den Spezialpreis der Jury.

**Freddie Röckenhaus**, Sportjournalist bei der SZ, wurde mit dem Journalistenpreis „Goldener Apfel" ausgezeichnet, den der Bundesverband deutscher Pressesprecher (BdP) erstmals verlieh. Der „Faule Apfel 2004" ging an **Oliver Schröm** für den Artikel „Der Gesichtsverlust" (Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung).

**Andrea Schlaier**, **Jan Heidtmann** sowie **Stefanie Meyer-Negle** und **Peter Kveton** erhielten „für hervorragende journalistische Arbeiten über München" den mit je 3.500 € dotierten Herwig-Weber-Preis, den der Münchner PresseClub vergibt.

**Christian Schüle** (Text) und **Dirk Eisermann** (Fotos) wurde für ihre Reportage „Killer üben Nächstenliebe" (Die Zeit) der mit 6.000 € dotierte Hansel-Mieth-Preis für engagierte Reportagen der Reportage-Agentur Zeitenspiegel (Weinstadt-Endersbach) zuerkannt. Das ebenfalls mit 6.000 € dotierte Gabriel-Grüner-Stipendium ging an die Autorin **Inka Schmeling** und die Fotografin **Isadora Tast**.

**Alice Schwarzer**, Journalistin, Autorin und Herausgeberin der Emma, wurde im Namen des französischen Staatspräsidenten in den Rang eines Ritters der Ehrenlegion erhoben. Zusammen mit **Anneliese Brost**, Verlegerin der WAZ, wurde sie außerdem mit dem Staatspreis des Landes Nordrhein-Westfalen 2004 ausgezeichnet.

**Klaus Schweinsberg**, Chefredakteur der Zeitschrift Impulse (G+J), wird für sein Essay „Das Parlamentsmonopol brechen" (FTD) und sein Buch „Demokratiereform" der mit 5.000 € dotierte Friedwart-Bruckhaus-Preis der Hanns-Martin-Schleyer-Stiftung verliehen.

Die „Service-Feder 2004", einen Preis des Infocenters der R+V Versicherung „für herausragenden Verbraucherjournalismus in Tageszeitungen", erhielten – 1. Preis (5.000 €): **Mathias Begalke** (Peiner Allgemeine Zeitung); 2. Preis (3.000 €): **Margit Mertens** (Frankfurter Rundschau); 3. Preis (2.000 €): **Susanne Kornau** (Lüdenscheider Nachrichten).

**Bettina und Uwe Steinmüller** gewannen mit ihrem Buch „Die digitale Dunkelkammer" den Deutschen Fotobuchpreis 2004 des Börsenvereins des deutschen Buchhandels in der Kategorie Lehrbuch / Fachbuch.

**Stefan Theil** (Newsweek) und **Charles Thibo** (Mitteldeutsche Zeitung) wurde für ihre Berichterstattung über die deutsch-amerikanischen Beziehungen der mit je 12.500 € dotierte Karl-Klasen-Journalistenpreis zugesprochen.

Umwelt-Medienpreis 2004 der Deutschen Umwelthilfe – Fernsehen: **Volker Angres**, Leiter der ZDF-Redaktion Umwelt, und das Team des Wochenmagazins „ZDF.umwelt"; Print: **Peter-Matthias Gaede**, Chefredakteur von GEO, und der geschäftsführende Redakteur **Martin Meister** für das Team „GEO-Tag der Artenvielfalt"; Hörfunk: **Stefanie Peyk**, Umweltredakteurin beim SWR. Der Klimaforscher, Buchautor und Publizist Prof. **Mojib Latif** (Kiel) wurde für sein Lebenswerk geehrt.

**Birgit Walter**, Redakteurin der Berliner Zeitung, wurde der Preis für Kulturjournalismus 2004 verliehen, den der Deutsche Kulturrat und dessen Publikation Politik und Kultur vergeben.